- Bürgerschaftswahl Hamburg
- Hessen: Urteil gegen die ÖTV
- COOP-Nord
- Postgewerkschaft
- Jugendzentrum in Paderborn

# Arbeiterpolitik

27. Jahrgang
Nummer 5
1. Dezember 1986
2,- DM

RMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK


*Nach dem Rückkauf der NH:*

# Wem gehören die Gewerkschaften – Banken oder Mitgliedern?

Kaum 2 Monate ist es her, daß die Führungen des DGB und der Einzelgewerkschaften den Mitgliedern erklärten, die Kampfkraft sei nur noch zu erhalten, wenn die Probleme der »Neuen Heimat« durch den »Verkauf« des gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmens gelöst würden. Damit versuchten sie einen von nur wenigen Spitzenfunktionären ausgeheckten Winkelzug — Schenkung an Schiesser — nachträglich zu rechtfertigen. Die »Rechtfertigung« ist von allen gewerkschaftlichen Vorstandsgremien nach unten weitergegeben worden. Mit dem Rückkauf erweist sich diese »Rechtfertigung« als Bumerang, denn demnach wäre die Kampfkraft jetzt tatsächlich am Ende!

Bürgerliche Presse, Funk und Fernsehen waren seit 2 Monaten voll mit immer neuen Meldungen über die Eskalation dieser Krisenentwicklung im DGB und seiner Nebenorganisationen. Wer kann sich darüber wundern, daß die Regierung und die hinter ihr stehenden bürgerlich-reaktionären Kreise aus der Krise des DGB Honig saugen? Das wurde ihnen besonders dadurch erleichtert, daß die Mitgliedschaft ohne Informationen aus der eigenen Organisation blieb. Die Verteidigung der Gewerkschaften läßt sich aber nicht organisieren, wenn, mit Hinweis auf den Gegner, der Diskussion ausgewichen wird, sondern nur dadurch, daß über die notwendigen Maßnahmen der Gewerkschaften mit den Mitgliedern gesprochen wird. Wenn dies nicht geschieht, werden die Mitglieder immer wieder hilflos der gegnerischen Propaganda ausgesetzt sein.

Es ist lächerlich zu glauben, daß führende Gewerkschafter, die in der CDU oder CSU sind oder mit staatlichen Organen wie dem Verfassungsschutz zusammenarbeiten, ihr Wissen nicht weitergeben würden. Wie sonst ist es zu erklären, daß Regierung, Unternehmer und Banken — trotz aller »Geheimhaltung« — über die internen Vorgänge und Akten informiert sind? Wie sonst kann ein CDU-Mitglied des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über Akten aus dem Aufsichtsrat der NH verfügen?

*»Mir wäre es lieber gewesen, und anderen auch, wir hätten den Verkauf mit mehr gewerkschaftlicher Öffentlichkeit behandeln können. Aber die politischen Umstände haben dazu gezwungen, mit äußerster Diskretion zu verhandeln«* (Breit auf dem IGM-Gewerkschaftstag).

Der wirkliche Grund für die mangelnden Informationen an die Mitglieder muß darin gesehen werden, daß die Folgen bei der Mitgliedschaft gefürchtet werden, wenn diese ernsthafte Konsequenzen daraus zieht.

Die Erklärungen und Rechtfertigungsversuche der Gewerkschaftsvorstände konnten mit der Entwicklung der Ereignisse kaum Schritt halten. Der immer mehr bekannt werdende luxuriöse Umgang mit Gewerkschaftsgeldern (Lappas verdient mehr als 2000,- DM pro Tag; laut Rappe kann man ihm doch nicht weniger zahlen als seinen Mitarbeitern...!!!) in den eigenen Reihen und gegenüber Spekulanten wie Schiesser führte jedoch nicht dazu, daß allerorten Diskussionen über Weg und Ziel der Gewerkschaften aufkamen auf den Mitgliederversammlungen, die die Führungen wachrüttelten und einen Kurswechsel erzwingen konnten.

Aktive Teilnahme der Mitglieder ist in den letzten 30 Jahren durch die Gewerkschaftstätigkeit in der Konjunktur entweder vermieden oder als gewerkschaftsschädigend unterdrückt worden. Jetzt in der

*Moderne Gewerkschaftspolitik: »Hau weg den Scheiss«!*

wirtschaftlichen und inzwischen politischen Krise ist dies jedoch eine Voraussetzung, um sie im Interesse der Lohnabhängigen zu meistern und die Widerstandsfähigkeit für die kommenden Auseinandersetzungen zu stärken. Die Mehrheit der Mitglieder reagierte bisher aber so, wie es in einem Versicherungsunternehmen passend ist: Austritte, Wegbleiben, Schimpfen — aber nicht die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen.

Unter den ehrenamtlichen Funktionären in Betrieben und Gewerkschaftsgremien war überwiegend die Ansicht vertreten, man könnte den Ärger mit den schweigenden oder sich schimpfend abwendenden Mitgliedern einerseits und den unzureichenden und widersprüchlichen Erklärungen von »oben« andererseits bewältigen, indem man der Erklärung: »wir verkaufen unsere Probleme an einen Berliner Unternehmer«, folgte. Auch Kolleginnen und Kollegen, die sich als »links« oder kritisch bezeichneten, folgten dieser Auslegung, ohne jedoch zu überlegen, welche Folgen es für die Gewerkschaften insgesamt schon hat, wenn sie zum Beispiel 3000 Mitarbeiter der NH der Willkür eines maroden Unternehmers ausliefern. Sich von den Betriebsräten der NH — die doch dazu berufen sind — über die Tatsachen aufklären lassen, die den Erklärungen des DGB/BGAG kraß entgegen stehen, das war nur selten der Fall. Dort, wo es bisher zustande kam, führte es allerdings zu sehr nachdenklichen Diskussionen darüber, was im DGB alles möglich ist.

Der Gewerkschaftsapparat war gewohnt, es mit einer schweigenden Mehrheit zu tun zu haben, die keine politischen Schwierigkeiten bereitete, aber dennoch ist er nicht völlig unabhängig von der Mitgliedschaft. Sein entscheidendes Verhältnis zur Mitgliedschaft ist der Mitgliedsbeitrag: »Finanzkraft gleich Kampfkraft« ist der Weisheit letzter Schluß. Wenn Breit inzwischen davon spricht, daß es keinen Ausweg aus der *»desolaten Lage«* gibt, *»der die*

*Gewerkschaften, ihre materiellen und ihre politisch-moralischen Grundlagen ungeschoren läßt«*, dann zeigt das die Nervosität der Vorstände über die Reaktion der Mitgliedschaft, so wie sie sie registrieren: bei den Mitgliedsbeiträgen, durch die Ergebnisse der Umfragen von Meinungsforschungsinstituten u. ä.

## Die neuesten Maßnahmen nach der alten Methode

Inzwischen ist aus dem, was vor zwei Monaten noch die Krise der »Neuen Heimat« war, eine Krise der westdeutschen Gewerkschaften geworden.

Unser Versuch, in dieser »Arbeiterpolitik« das Grundsätzliche an dem Fall »NH« herauszuarbeiten, ist inzwischen durch den »Rückkauf« der NH durch den DGB insofern bestätigt worden — viele Dinge sind jetzt auch für viele Kolleginnen und Kollegen durch die vorliegenden Tatsachen deutlicher zu erkennen. Mit dem »Rückkauf« gibt der DGB folgende Tatsachen bekannt:

1. Der Rückkaufpreis beträgt nicht mehr eine DM, sondern 14 Millionen, die Schiesser für seine »Bemühungen« und Auslagen etc. erhält. 25 Millionen erhält er dazu noch als Kredit. Das sind lediglich die offiziellen Angaben. Aber so wie das Geschäft heimlich eingefädelt wurde, so wird es auch heimlich ausgefädelt werden müssen. Und Schiesser wäre nicht Schiesser, würde er nicht alle ihm möglichen legalen und inoffiziellen Wege suchen, weiteres Geld aus der Krise des DGB zu ziehen. Wer könnte ihn daran hindern?

2. Zu Beginn der Krise der »NH« hatten Gewerkschaftssekretäre noch die Ansicht vertreten, die BfG (das »Tafelsilber«) dürfe im Unterschied zur NH, die nur Geld kostet, nicht verkauft werden, denn wer sollte im Falle eines Streiks Kredite geben? Inzwischen ist die BfG nur noch zu weniger als 50 % in der Hand des DGB. Die Volksfürsorge soll ebenfalls an die Börse.

Die Wochenzeitung des DGB »Welt der Arbeit« fragte den Finanzchef des DGB, Teitzel, wie die Gewerkschaften nach einem Verkauf der BfG an die Aachen-Münchener Versicherungsgruppe die »Vertraulichkeit« der Streikkassen wahren wollen. Teitzel: *»Ein Unternehmen mit einer Geschäftsbank wird auf Seriosität achten. Deshalb sehe ich keinen Anlaß zur Besorgnis...«* Einige Seiten weiter in derselben Nummer ist zu lesen:

> **»Gewerkschaften läßt Gies nicht hochkommen«:**
>
> *»Lorenz Schwengler, Hauptvorstandsmitglied der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), versucht den Konzernchef der Aachener und Münchener Versicherungsgruppe zu charakterisieren: ‚Helmut Gies ist etwa so ein Typ wie Lothar Späth'. Der BfG-Käufer pflege zwar gesellschaftlichen Umgang mit den Gewerkschaften. Im eigenen Haus aber lasse er sie nicht gerne hochkommen, führt Schwengler aus«.* (WdA)

Bei all diesen Maßnahmen ist nicht der geringste Versuch unternommen worden, die Mitgliedschaft in die Entscheidung einzubeziehen. Die Mehrheit der Mitglieder will sich diese Information auch nicht erzwingen, sie zieht sich aus dem Schlamassel zurück. Das verhindert nicht, daß sie von der gewerkschaftsfeindlichen Presse und den Unternehmern in die Irre geführt wird — im Gegenteil.

Diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die jetzt schon Kritik an Einzelpunkten haben (unzureichende Tarifverträge, freiwillige Flexizugeständnisse, Mittragen von massenhaften Überstunden in den Betrieben), werden schnell darauf stoßen, was zwar noch vertuscht werden soll, aber den Lauf der Dinge inzwischen im DGB nachhaltig bestimmen wird:

**Durch den Verkauf der NH und der BfG haben die Banken einen entscheidenden Zugriff zum Gewerkschaftsvermögen erhalten. Das ermöglicht ihnen, politischen Druck auszuüben.**

Hinter dem Verkauf und Rückkauf der NH verbirgt sich die Ratlosigkeit der Führung der Gewerkschaften und der SPD über die weitere Politik. Es wird daher notwendig sein, zu der Politik der SPD und der Gewerkschaften, wie sie besonders auf dem IGM-Gewerkschaftstag zum Ausdruck kam, Stellung zu nehmen. Doch das wollen wir in der nächsten Nummer der Arbeiterpolitik versuchen.

## Weg mit der Gemeinwirtschaft?

Von politisch ganz entgegengesetzten Seiten ist jetzt mehr oder weniger lautstark der Ruf zu hören: Weg mit den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß wir, die wir die Vorstellungen von Genossenschaften und Gemeinwirtschaft (und »Verstaatlichung«) als Wege zum friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus abgelehnt haben, uns jetzt gegen die Wegwerfmentalität der geistigen Urheber dieser Vorstellungen stellen. Nicht nur die Gewerkschaftsvorstände werfen ihre Ideale von gestern ohne viel Federlesens auf den Müllhaufen, auch rechte und linke Aktive in Partei und Gewerkschaften schließen sich ihnen an und wiegen sich in der Hoffnung, »nach vorne blicken« sei der Ausweg, nachdem sie dies rückblickend unterlassen haben. Ohne sich über die Ursachen klar geworden zu sein, gibt es keinen Ausweg. Schließlich hoffen auch die Gegner der Gewerkschaften und die Grundstückseigentümer und Immobilienhändler und die »öffentliche Meinung«, daß mit Gemeinwirtschaft nun ein Ende sei. Wie Lothar Späth äußern immer mehr von dieser Seite, die Gewerkschaften hätten schon längst sich von ihren Unternehmen trennen sollen. Privatisierung ist »in«.

Bei gewerkschaftlich und politisch engagierten Kollegen hört man jetzt das — auch von den Gewerkschaftsführungen in die Welt gesetzte — Argument, die Kampfkraft der Gewerkschaften könne wiederhergestellt werden, wenn nur erst die NH weg wäre und auch die anderen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen wie BfG, Volksfürsorge und andere. Die Frage, was mit den Beschäftigten geschieht, wird dabei meistens verdrängt. Gleichzeitig wird aber auch verbreitet, man dürfe die Mitgliedschaft nicht über die wirkliche Finanzlage der Gewerkschaften aufklären, weil die Gegner doch dann Einblick in die Streikfähigkeit der Gewerkschaften bekämen. Beiden gemeinsam ist: Der Niedergang der Gewerkschaften und Arbeiterbewegung wird ohne Gegenwehr hingenommen und so der kampflosen Kapitulation der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung das Wort geredet. Beiden gemeinsam auch die gefährliche Vorstellung, daß die objektiven Verhältnisse durch Selbstbetrug verändert werden können. Ein Zeichen der Schwäche!

Die Gegner der Gewerkschaften wollen die »Wettbewerbsverzerrungen« los sein. Sie verstehen darunter die Konkurrenz, die der genossenschaftliche und gemeinwirtschaftliche Wohnungsbau in der Krise bedeuten, wo die Geschäfte nicht mehr so gut laufen. Schon lange war ihnen ja die Mietpreisbindung ein Dorn im Auge. Die genossenschaftlichen und gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbauunternehmen sind im Wege in **ihrem** Jagdrevier bei der »freien«

## Inhaltsverzeichnis


Wem gehören die Gewerkschaften? ..... 1
Gewerkschaftsführung flüchtet zum Kapital ..... 4
Die Hamburger Bürgerschaftswahl ..... 8
Jusos von SPD-Genossen angegriffen ..... 10
Bilanz nach vier Jahren absoluter SPD-Mehrheit ..... 12
Hessen: Urteil zum Personalvertretungsgesetz ..... 14
Herma Lübbe gestorben ..... 16

**Zur Diskussion über...**
Thesen zur SDI-Beurteilung ..... 16

**Arbeiterkorrespondenzen**
Postgewerkschaft: Rettungskampagne ..... 19
COOP-Nord: Abfuhr für Döding ..... 20
Paderborner Jugendzentrum: Es qualmt ..... 22


**Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.**


**Arbeiterpolitik**
INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübbe · Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V., Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15 Postscheck Hamburg 4100 77-205, BLZ 200 100 20

Festsetzung der Mieten. Wenn also die NH liquidiert bzw. privatisiert ist, könnten alle sagen: Wir haben den Weg zum Erfolg freigemacht.

Was jedoch von politisch und gewerkschaftlich engagierten Kolleginnen und Kollegen nicht bedacht wird, ist dies: Die Liquidierung von Tochterunternehmen der Gewerkschaften und ihre Übergabe an Privatkapitalisten kann niemals eine Stärkung der Arbeiterbewegung bedeuten.

Auch wenn Breit, Steinkühler und sogar Lappas meinen, mit Hinweis auf die Kampfkraft der Gewerkschaften ihre Politik schmackhaft machen zu können, so sprechen die Tatsachen der letzten Monate eine ganz andere Sprache. Nur schwer wird man wohl einen Torso, dem die Glieder abgeschlagen worden sind, noch als nun besonders lebensfähig ansehen können. Die so einfach aussehende »Lösung« erweist sich als Betrug an den Mitgliedern der Gewerkschaften. Aber so wünschen sich die Unternehmer und die herrschende Klasse die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung in der Zukunft.

## Historische Wurzeln

Vom Standpunkt der Arbeiter und Angestellten ist das, was sich in den letzten Monaten vollzogen hat und vollzieht, ein Schritt in den Abgrund. Gewerkschaftliches Eigentum, besser gesagt Arbeitereigentum, das den 2. Weltkrieg überdauert hat und den Gewerkschaften nach dem 2. Weltkrieg zu »treuen Händen« übergeben wurde, ist an die Gegner der Gewerkschaften (Schiesser, danach die Banken) ohne Widerstand der Gewerkschaftsmitglieder verscherbelt worden.

Die gewerkschaftlich-gemeinwirtschaftlichen Bauvereine sind in der Weimarer Zeit entstanden. Sie zeichneten sich durch Selbstverwaltung und Kontrolle ihrer Mitglieder aus. Das war auch der Grund dafür, daß sie die Wirtschaftskrise 1929 bis 1933 einigermaßen intakt überlebten. Die Mitglieder hatten ein — wenn auch beschränktes — Klassenbewußtsein, das sich in der Verantwortung für ihre Gemeinschaft ausdrückte. Sie wurden daher relativ intakt nach der kampflosen Niederlage der Gewerkschaften am 1. Mai 1933 von den Nazis in die DAF eingegliedert, weil nach der Kapitulation der Gewerkschaften auch die einzelnen Glieder der Gewerkschaften, die gemeinwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Unternehmen, nicht mehr verteidigt werden konnten. Daß der gewerkschaftliche Wohnungsbau sich von einem Zweig der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung weiter entwickelt hat zu einem kapitalistischen Konzern ist nur im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung der Arbeiterbewegung seit 1945 im Ganzen zu erklären. Der Klassengegensatz wurde unter den Teppich gekehrt — von den Führungen, und das wurde von der Mitgliedschaft in der Mehrheit hingenommen.

Es gibt andere Beispiele, wo die Bewohner der Arbeitersiedlungen mit dem Kampf der Arbeiterklasse verbunden waren. Man denke z. B. an die Wiener Arbeiterhöfe. Ohne hier auf die Frage eingehen zu wollen, ob der freiwillige Rückzug der Wiener Arbeiter auf diese Siedlungen vom strategischen Standpunkt aus richtig war, muß festgestellt werden, daß diese Arbeiterhöfe politische und militärische Stützpunkte der kämpfenden Arbeiter waren (Februaraufstand 1934). Die gewerkschaftliche Organisierung war selbstverständlich. Wo dieses Klassenbewußtsein fehlt, wie wir es heute z. B. bei den meisten Bewohnern der NH-Siedlungen feststellen müssen, wird der Ausverkauf von Arbeitereigentum ohne größeren Widerstand hingenommen, wird nur auf die »Eigentümer« geschimpft.

## »Eigentum in Arbeiterhand« — wird jetzt verschleudert!

Die Jahre nach dem 2. Weltkrieg, in denen im Rest-Deutschland, soweit es unter angloamerikanischem, militärischem »Schutz« stand, der Kapitalismus sich wie ein Phönix aus der Asche wieder erheben konnte, waren auch Jahre der Wohnungsnot. Nicht nur die Bewohner der Städte, auch die Flüchtlinge aus dem Teil, der unter sowjetrussischen Einfluß gekommen war, mußten wohnen können, wenn sie ihre Arbeitskraft dem industriellen Wiederaufbau zur Verfügung stellen sollten und sie gebraucht wurden dafür. Im Krieg selbst waren die Arbeiterbezirke in den Industriestädten von den Luftangriffen besonders hart betroffen und zerstört worden. Die Bevölkerung gerade in den Arbeiterbezirken hat Keller und Ruinen nach Kriegsende selbst wieder notdürftig bewohnbar gemacht. Die Übergabe des Gewerkschaftseigentums im Wohnungsbau aus der Weimarer Zeit, soweit es den Krieg überdauert hatte, erfolgte erst relativ spät in den 50er Jahren.

Der soziale Wohnungsbau war nun dringend geworden für die Restaurierung des Kapitalismus und den industriellen Aufbau. Die Zahl der Wohnungsneubauten stieg, und 1956 gab es bereits 65000 Wohnungen der NH, davon waren seit 1950 62000 gebaut worden. Bis 1976 wurden dann 370000 Wohnungen gebaut, in »Arbeitnehmerhand«. Der gewerkschaftliche Wohnungsbau stand auch Nichtmitgliedern der Gewerkschaften offen. Das war die Bedingung für die Inanspruchnahme von Bankkrediten und öffentlichen Subventionen, die die NH einging.

Dabei muß gesagt werden, daß die Grundstückspreise unerhört stiegen, alte Wohngebäude abgerissen wurden und an deren Stelle

## Den Mund zu voll genommen?

In eine prekäre Lage kommt jetzt der Bürgermeister von Bremen, Wedemeier, der nach dem Verkauf der NH an Schiesser sich »bitter« beklagte, daß er für Bremen die 40000 Wohnungen beansprucht habe.

Am 22.9.1986 schrieb er an Lappas u.a.: *»Mit großem Befremden habe ich am 19. 9. 1986 erfahren, daß sie den NH-Konzern insgesamt verkaufen wollen... Ich bitte Sie nachdrücklich darum, auch die NH Bremen aus dem Verkaufspaket herauszunehmen und nunmehr dem Land Bremen ein vergleichbares Angebot wie Herrn Schiesser unter Berücksichtigung unserer bisherigen Verhandlungsergebnisse zu unterbreiten. Ich darf Ihnen zusichern, daß ich auch meinerseits eine entsprechende positive Bereitschaft zur Lösung der restlichen Probleme einbringen werde...«*

Die Gelegenheit ist nach dem Rückkauf ja nun da, deshalb schrieb der Betriebsrat der NH Bremen, bzw. die Ortsverwaltung Bremen der Gewerkschaft HBV an Wedemeier diesen Brief:

**Gewerkschaft**
**Handel, Banken und Versicherungen**
IM DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUND

Ortsverwaltung
BREMEN
Bahnhofsplatz 22-28
2800 BREMEN 1
Telefon (0421) 32 62 83 / 32 81 84
BLZ Bremen
Nr. 1002 0214 00
(BLZ 290 101 11)
Postgiro Hamburg
Nr. 250 19-203
(BLZ 200 100 20)

(HBV Ortsverwaltung Bahnhofsplatz 22-28 2800 Bremen)

An den
Präsidenten des Senats
Herrn Wedemeier

Betrifft: Regionallösung für die Neue Heimat Bremen

Datum: 11.11.1986

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

als am 19.9.1986 der Verkauf der neue Heimat bekannt wurde, haben Sie, in einem Brief an die Mitglieder des Aufsichtsrates der Neue Heimat Hamburg, Ihre Bereitschaft erklärt, mit der Neue Heimat, den Banken und der BGAG, auf der Basis Verhandlungsstand Sommer '86, weiter zu verhandeln, um die Regionalisierung der NH-Bremen zu erreichen. Die Gewerkschaft HBV in Bremen hat, wie Ihnen bekannt ist, zu keinem Zeitpunkt daran gezweifelt, daß die angestrebte Regionallösung der richtige Weg ist, den Interessen der Mieter, der NH-Arbeitnehmer und vor allen Dingen auch des Landes Bremen gerecht zu werden.

Als zuständige Tarifgewerkschaft erkennen wir, daß in dieser Situation Sie es als Ihre sozialpolitische Hauptaufgabe ansehen werden, die Absicherung des sozialen Wohnungsbestandes zu erreichen und damit die Mieter vor Nachteilen zu schützen, doch werden Sie Verständnis dafür haben, daß wir nachdrücklich die Interessen der Arbeitnehmer der NH-Bremen vertreten und Sie deshalb dringend bitten, bei allen nun wieder möglichen Lösungen, sich auch für die Absicherung aller Arbeitsplätze der Mitarbeiter der NH-Bremen erfolgreich einzusetzen.

Es versteht sich von selbst, daß wir unseren Hauptvorstand und den DGB dringend auffordern, diesmal unseren Vorstellungen zu folgen, um mit Ihnen eine für alle Beteiligten akzeptable Lösung zu erreichen.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns und dem Betriebsrat der NH-Bremen erneut für ein Gespräch zur Verfügung stehen könnten.

Mit freundlichem Gruß

Gewerkschaft
Handel, Banken und Versicherungen
Ortsverwaltung Bremen

Bernhard Beimeister
- OV-Vorsitzender -

Hans-Jürgen Setting
- Geschäftsführer -

profitablere Lagerhäuser, Läden, Warenhäuser, Kontorsgebäude gesetzt wurden. Die Arbeiterwohnungen wurden auf die »grüne Wiese« gedrängt, wo die Grundstückspreise billiger waren.

Ohne viel Hemmungen geht heute Gewerkschaftseigentum in privatkapitalistisches Eigentum über. Der »soziale Friede« mit dem Kapitalismus darf auch nicht gestört werden. Der Erhaltung des sozialen Friedens opfert man erst die Konsumgenossenschaften, dann die NH, dann die BfG und »privatisiert«. Der gewerkschaftliche Gedanke, gemeinsam und solidarisch gegenüber den Unternehmern und dem Finanzkapital zu handeln, wird mehr und mehr untergraben. Die Gewerkschaftsvorstände rufen die Mitglieder nicht zum Kampf gegen die Angriffe des Kapitals, sondern suchen die Verständigung mit dem Kapital. Nicht nur in der Gemeinwirtschaft, auch bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit, um den Konkurrenzbedingungen des Kapitals Rechnung zu tragen.

Was auch immer die weitere Entwicklung der Neuen Heimat, der Gemeinwirtschaft und der Gewerkschaften bringen wird, so wird die Enttäuschung bei denen, die an die gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Ideale vom dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus und an die Sozialpartnerschaft glaubten, schwer erschüttert werden. Diese Erfahrungen mit dem »häßlichen« Ende gemeinwirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Vorstellungen wird den Gegnern der Gewerkschaften das Eindringen in die Reihen der Arbeiter und Angestellten erleichtern.

Was ist zu tun? Wir stehen in einem Wettlauf zwischen den alten Vorstellungen von gewerkschaftlicher und sozialer Politik für die Arbeiter und Angestellten, die untergehen, und den neuen, die zur Lösung der Aufgaben notwendig werden. Die Aufgaben, die die Krise der kapitalistischen Ordnung heute und in weit stärkerem Maße in der Zukunft stellen wird, werden angesichts des politischen und moralischen Verfalls von der Arbeiterbewegung, so wie sie heute dasteht, nicht gelöst werden können. **Es müssen entscheidende Lehren gezogen werden, um eine Wende herbeizuführen.**

1. Die bisherige Politik der Ausrichtung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung auf die Erhaltung und Rettung der Wettbewerbsfähigkeit der kapitalistischen Ordnung muß aufgegeben werden.
2. Ein Neuanfang, der die Gleichgültigkeit der Arbeiter und Angestellten gegenüber dem Schicksal der Arbeiterbewegung und damit ihrer eigenen Vergangenheit **und** Zukunft durchbrechen kann, muß von denen ausgehen, die in dem gesellschaftlichen Verfall und der politischen Konfusion Verantwortungsbewußtsein gegenüber den Arbeitern und Angestellten höher gestellt haben als die persönlichen Interessen.
3. Wo auch immer sie politisch organisiert waren und sind, müssen sie sich mit Gleichgesinnten, die über die Zukunft der Arbeiterbewegung beunruhigt sind, zusammenfinden und die Verbindung untereinander herstellen, um Klarheit über den Weg in die weitere Zukunft zu schaffen.
4. Überall, wo die Möglichkeit besteht, muß gegen die gefährliche und zerstörerische Politik der Erhaltung des »sozialen Friedens«, die eine Unterwerfung unter die Existenzbedingungen der herrschenden Klasse bedeutet, Stellung genommen werden.
5. Ohne neuen politischen Inhalt des Klassenbewußtseins und der sozialistischen Perspektive werden die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung wie ein führerlos gewordenes Schiff im Sturm am Ende scheitern. ●

*Der geplatzte Deal mit Schiesser zeigt:*

# Gewerkschaftsführung flüchtet zum Kapital

Die »Sackgasse« Schiesser hat die Gewerkschaften nach vorsichtigen Berechnungen ca. 70 Millionen gekostet — ohne daß eine Lösung gefunden wurde, die diesen »Einsatz« rechtfertigen könnte. Stellt man die 55 Millionen für den »Sozialplan« für die 3300 Beschäftigten (eingeschlossen der ausscheidenden Manager!) den ca. 70 Millionen für das Schiesser-Abenteuer gegenüber, so wird das Chaos erst richtig deutlich, das die Gewerkschaftsführung hinterläßt.

Wenn auch mit dem Rückkauf der NH durch die BGAG auf Druck der Banken dieses Kapitel abgeschlossen erscheint, so ist es doch wert, einiges Licht auf die Umstände dieses Verkaufs und die begleitenden Erklärungen der Gewerkschaftsführungen zu werfen. Zeigen diese doch den ganzen Niedergang, die ganze Verlogenheit und Prinzipienlosigkeit auf, mit der der Ausverkauf der Gewerkschaften an das Kapital betrieben wird, um den eigenen Kopf zu retten.

Der folgende Artikel ist **vor** dem Rückkauf der NH fertiggestellt worden. Er ist trotzdem nicht überholt. Wurde doch der Verkauf an Schiesser von Breit als die »drittbeste« Lösung bezeichnet. Demnach kann es sich bei dem Rückkauf bestenfalls um eine »viertbeste« Lösung handeln, wird also die Gewerkschaften noch teurer zu stehen kommen als der Schiesser-Handel mit einem Unterschied: das Geld wird jetzt direkt an die Banken fließen.

## »Finanzkraft = Kampfkraft«?

Die Gewerkschaftsvorstände lassen keine Gelegenheit aus, die Finanzen als den entscheidenden Hebel gewerkschaftlicher Tätigkeit hinzustellen. Die deutschen Gewerkschaften sind groß und stark geworden ohne volle Kassen. Eine Gewerkschaft ist kampfstark, weil und insoweit ihre Mitglieder bereit sind, Opfer zu bringen. Diese Bereitschaft schafft auch die für den gewerkschaftlichen Kampf notwendigen materiellen Voraussetzungen. Volle Kassen nützen auf die Dauer der Bewegung nichts, wo der Kampfwille fehlt und die Bereitschaft, das Errungene auch zu verteidigen.

Die Gewerkschaften und im besonderen die IGM berufen sich auf die Erfahrungen in dem über 3 Monate dauernden Streik der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein. Damals kämpften 30000 Metallarbeiter um die Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall. Dieser Streik hat die Gewerkschaften ca. 9 Millionen Mark gekostet. Man braucht sich nur vorzustellen, welche finanziellen Mittel heute notwendig wären, wenn es nur darum ginge, einige 100000 Metallarbeiter für einige Monate mit Streikunterstützungen in Lohnhöhe zu bezahlen. Dazu die finanzielle Lage der Gewerkschaften, die sich durch die Anbindung der gewerkschaftseigenen Unternehmen an den kapitalistischen Markt verschlechtert hat.

Mit 1 1/2 Milliarden für die NH-Städtebau sollte der Zusammenbruch der BFG und der NH-Gemeinnützig verhindert werden. Damals sprachen die Gewerkschaftsvorstände von einer **einmaligen** Zahlung. Der »Verkauf« der NH an Schiesser kostet wiederum Milliarden, womit der Konkurs abgewendet werden **soll**, der ja wohl letzten Endes die Finanzen der Gewerkschaften — im kapitalistischen Sinne — verschlingen wird, weil es nicht die letzte Zahlung sein wird. Der Preis von DM 1,- und die Milliardenzugaben lassen den Terminus Verkauf nicht zu. Es handelt sich um Verschenken.

So erhält Schießer bis zu einer Milliarde DM in Form von günstig verzinsten Darlehen des DGB (rückzahlbar bis zum Jahr 2005), womit die NH mindestens bis 1988 zahlungsfähig bleiben soll. Noch vor dem Verkauf am 1.10. wurde zugesagt, das Grundkapital der NH um 300 Millionen auf 360 Millionen DM zu erhöhen, falls Schiesser eine Einigung mit den Banken erreicht. (Die Betriebsräte der NH hatten schon seit langem die Aufsichtsräte auf die Unterkapitalisierung aufmerksam gemacht und eine Aufstockung des Grundkapitals gefordert — jetzt ist dies als Zusage an Schiesser möglich!). Darüber hinaus verpflichtet sich die BGAG, mindestens in diesem und im nächsten Jahr (auch 1988?) Verluste bis zur Höhe von (jeweils?) 300 Millionen auszugleichen. Auch für allgemeine Verluste, die bis 1988 anfallen und noch nicht exakt zu erkennen sind, soll sie bis zu 20 Millionen DM zahlen. Weiterhin verpflichtet sich die BGAG laut Kaufvertrag, die Bilanz des Jahres 1985 auszugleichen, die bis heute nicht vorliegt. (Die FAZ vom 18. 10. 1986 schätzt die Verluste der NH für 85 und 86 auf 600 Millionen DM.)

Da die BGAG sich verpflichtet hatte, bis zum 31. Dezember dieses Jahres die NH-Südwest und NRW zum Gesamtpreis von 300

FAZ 12.11.86

## „Parvenü" Schiesser

Das in Jesteburg in der Nordheide bei Hamburg erscheinende Anzeigenblatt „Jesteburg-Hanstedter Zeitung" beschäftigte sich unlängst mit der Person Horst Schiessers, des Berliner Bäckers, der schon seit längerem in Jesteburg eine „Wahlheimat" gefunden habe. Wir zitieren nachstehend aus diesem Bericht:

„Jetzt ist es endlich raus, wer der Fahrer des Rolls Royce ist, der gelegentlich mit Spitzentempo durch Jesteburg zur Autobahnauffahrt Hittfeld strebt: der Berliner Bäcker Horst Schiesser, der mit dem Kauf der Neuen Heimat schlagartig zum größten Immobilienbesitzer der Republik geworden ist. Schiesser hat einen Zweitwohnsitz in Jesteburg, einen großen Reiterhof, den er vor drei Jahren für 1,4 Millionen DM aus der Konkursmasse eines pleite gegangenen Jesteburger Immobilienhais erworben hat.

Nur, wenn er immer so wirtschaftet wie in Jesteburg, sieht es düster aus für die Neue Heimat. Schiesser wollte hier zunächst Polo-Pferde züchten. Das bringt gutes Geld, weil der Bedarf wegen der rauhen Sitten im Polosport sehr hoch ist. Aber aus dem Geschäft wurde nichts, weil der Chef wegen seiner zahlreichen anderweitigen Geschäfte keine Zeit hatte, sich um die Zucht zu kümmern. Dem Reitstallbesitzer blieb nichts anderes übrig, als seine Ställe an Hobbyreiter zu vermieten.

Zur Zeit dient das Haupthaus als Wochenendrefugium. Im Lager stapeln sich zum Teil unverkäufliche Ladenhüter, die Schiesser massenhaft zu Billig-Preisen eingekauft hat, um sie mit Gewinn zu verkaufen: kistenweise Teddybären und anderes Spielzeug, Tausende von Akupunkturgeräten, die keiner mehr haben will.

Die Jesteburger, die ihn kennengelernt haben, sind von Schiessers geschäftlichem Format nicht überzeugt. ‚Der Mann ist ein typischer Parvenü', sagt ein Reiter, der zeitweilig sein Pferd in dem Reitstall in Pflege hatte, ‚dicke Autos, bunte Klamotten, große Schnauze'."

Offenbar hatten einige Gläubigerbanken der Neuen Heimat einen ähnlichen Eindruck gewonnen. Wg.

Millionen DM von Schiesser zurückzukaufen, muß sie jetzt die 265 Millionen DM, die sie vom Land Hessen für die NH-Südwest erhalten hat, an Schiesser überweisen, abzüglich eines Betrages von 30 Millionen DM, der an die NH-Südwest überwiesen wird als »werterhöhende Zuführung«. Da für die NH-NRW kein Pfennig zu erwarten sein wird, bleibt ein Restbetrag von 65 Millionen, den die BGAG an Schiesser zu zahlen hat.

Weiterhin trägt die BGAG die Kosten eines Sozialplanes für alle Beschäftigten, die kurzfristig entlassen werden sollen, und die Lohnminderungen für die übrigen Belegschaftsmitglieder, bis zu einer Höhe von 55 Millionen DM. **Das sind also bislang schon runde 2 Milliarden DM, die der Verkauf gekostet hat.** Es kann aber noch erheblich teurer werden. So meldet der »Spiegel« am 20.10.1986, z.B., daß einige in- und ausländische Banken mit kleineren Krediten diese gekündigt haben, zusammen 283 Millionen DM. *»Dafür will nun die Gewerkschaftsholding BGAG mit rund 160 Millionen einspringen«*, um die anderen Gläubigerbanken still zu halten.

Selbst wenn man also der Gleichung »Finanzkraft = Kampfkraft« folgen wollte, trägt der Verkauf der NH nicht zur Erhaltung der Finanzkraft der Gewerkschaften bei, sondern untergräbt sie nur noch mehr.

In diesem Zusammenhang ist der Beschluß des IGM-Gewerkschaftstages, daß zur Sanierung der NH keine weiteren Mitgliedsbeiträge verwendet werden sollen, reine Augenwischerei und Ablenken von den Fakten. Denn bezahlen müssen die Gewerkschaften die Milliarden für die NH allemal, wenn nicht aus den Mitgliedsbeiträgen, dann durch Verscherbeln des Gewerkschaftsvermögens, d.h. durch Verkauf der BfG und der Volksfürsorge. Und was ist Gewerkschaftsvermögen eigentlich wesentlich anderes als angesammelte Mitgliedsgelder?

### »Mehr Mitbestimmung«?

Gewerkschaftskollegen reagieren entsetzt und empört auf die Art und Weise, wie der Verkauf über die Bühne gebracht wurde — so schreiben z.B. die Mitglieder des VK der Bremer Tageszeitungen am 26.9. einen Brief an den *»Werten Kollegen Breit«*, und an die *»werten DGB-Vorstandskollegen«*: *»Niemand von uns kann nachvollziehen, wie skrupellos Ihr Euch über Mitbestimmungsrechte der betroffenen Betriebsräte hinweggesetzt habt, daß in geradezu zynischer Art und Weise E. Breit die mögliche Aufhebung der Sozialbindung der Wohnungen durch ‚den Käufer' kommentiert«.*

Darin spiegelt sich der Zorn wider darüber, daß diejenigen, die sonst in kämpferischen **Reden** vorgeben, die Interessen der Kollegen gegen die Angriffe der Unternehmer zu verteidigen, jetzt in ihrem Tun als »Arbeitgeber« die gleichen Methoden einsetzen, die sie sonst oft so wortgewaltig kritisieren. Für Fehrenbach existieren selbst solche Widersprüche nicht; vielmehr erläutert er für die »Bild am Sonntag«, Beschlüsse über den Verkauf seien korrekt in den paritätisch mitbestimmten Aufsichtsräten der Beteiligungsgesellschaft und der NH gefällt worden. Hier habe mehr Mitbestimmung stattgefunden als in vergleichbaren anderen Unternehmen. Wer behaupte, der DGB hätte gegen das Betriebsverfassungsgesetz gestoßen, der sage nichts anderes, als daß jeder Aktienverkauf ohne vorherige Information des Betriebsrates ein Gesetzesverstoß wäre (nach FAZ,29.9.).

Mal abgesehen davon, daß der Verkauf eines ganzen Konzerns nicht einfach irgendein Aktienverkauf ist, tut Fehrenbach hier so, als ob die mit dem Kauf verabredeten 400 Entlassungen, Tarifverschlechterungen usw. den Betriebsrat nicht angingen. Damit höhlt der DGB das sowieso magere Betriebsverfassungsgesetz noch mehr aus.

Aber lassen wir E. Breit zu diesem Punkt selbst zu Worte kommen. In der »Quelle« (10.86) ist von ihm zu lesen: *»Tatsächlich wurden die Betriebsräte der NH zum frühestmöglichen Zeitpunkt über den beabsichtigten Verkauf der Gesellschaftsanteile ihrer Gesellschaft informiert, nämlich vor der Entscheidung des Aufsichtsrates der Konzernspitze, auf der ein einvernehmlicher Vorschlag zur Entscheidung gestellt wurde«.*

Die Betriebsräte der NH erklären dazu: *»Tatsache ist, daß am 18.9.1986 die Neue Heimat von der BGAG an Herrn Schiesser verkauft wurde. Am 25.9.1986 tagte der Aufsichtsrat der Neuen Heimat. Den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat der Neuen Heimat lagen die Kaufverträge* **nicht** *vor. Auch die Betriebsräte waren zu keinem Zeitpunkt über die Verkaufsabsichten der BGAG unterrichtet.* **Dieses ist ein Schlag gegen die gewerkschaftliche Forderung nach mehr Mitbestimmung, die der DGB zu Recht öffentlich vertritt...«**

Ernst Breit weiter: *»Es ist in den letzten Tagen von Politikern vor allem Kritik daran geübt worden, daß der DGB bei dieser Transaktion die von ihm selbst geforderte Mitbestimmung außer acht gelassen habe. Ich weise diese Kritik mit aller Entschiedenheit zurück. Der Wechsel eines Gesellschafters einer GmbH ist in keinem Falle eine Angelegenheit, die vor Vertragsabschluß mit dem Betriebsrat zu erörtern wäre...«* — So geht der 1. Vorsitzende mit denen um, die ihn schließlich bezahlen. Er verhält sich nicht anders als andere schlitzohrige kapitalistische Konzernherren. Formales Tricksen!

In einem Interview im NDR (25.10.) erläuterte der neue IGM-Vorsitzende Steinkühler, gegen die Mitbestimmung sei deshalb nicht verstoßen worden, weil der BR zum gleichen Zeitpunkt über den Verkauf unterrichtet worden sei wie die Anteilseigner (also die Einzelgewerkschaften) — nämlich drei Tage vor der entscheidenden Aufsichtsratssitzung! Zu diesem Verständnis der eigenen Forderungen der IGM kann man nur noch einen Betriebsrat der NH-Bremen vom 11. 10. zitieren: *»Zu diesem Kapitel können wir nur feststellen: Heilige Mitbestimmung, erbarme Dich unser!«*

Den wahren Grund, warum die eigenen hehren Mitbestimmungsgrundsätze auf einmal nicht mehr galten, läßt E. Breit im »Spiegel« verlauten: *»... wenn man die NH-Betriebsräte oder die Arbeitnehmer im Aufsichtsrat informiert hätte, dann wären die Verhandlungen mit Schiesser geplatzt«.* (Spiegel 40/86) Auf diese Argumentation werden sich Unternehmer und Staat in Zukunft berufen können!

Das, was jetzt zu Recht die besondere Empörung der Kollegen beim Verkauf der Neuen Heimat auslöst, ist die Tatsache, daß der DGB seinen eigenen Beschäftigten und den übrigen Gewerkschaftsmitgliedern einredete, mit den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen etwas Besonderes geschaffen zu haben: *»Durch die von der Gemeinwirtschaft gesetzten Beispiele wird aufgezeigt, durch welche Strukturen und Verhaltensweisen die von den Gewerkschaften angestrebte Ordnung geprägt sein soll. Dadurch kann ein wesentlicher Einfluß auf das gesamte Gesellschafts- und Wirtschaftssystem ausgeübt werden«.* (Leitsätze des DGB zur Gemeinwirtschaft 24. Mai 1972).

Ein leuchtendes Beispiel dieser *»Strukturen und Verhaltensweisen«* bot die entscheidende Aufsichtsratssitzung der NH am 25.9.1986, auf der der Verkauf der NH an Schiesser mit 11 gegen 8 Stimmen gebilligt wurde. Steinkühler als Anteilseigner ließ sich entschuldigen, stimmte aber schriftlich dem Verkauf zu wie auch alle übrigen Vertreter der Einzelgewerkschaften und des DGB auf der Anteilseignerbank, was zusammen 10 Ja-Stimmen bedeutet. Die 6 betrieblichen Arbeitnehmervertreter und der leitende Angestellte stimmten dagegen. Wie verhielten sich die drei Gewerkschaftsvertreter auf der Arbeitnehmerbank? Sie hätten mit ihren

Stimmen als Vertreter der Arbeitnehmer den Verkauf verhindern können, da Breit erklärt hatte, er würde seine zweite Stimme als Aufsichtsratsvorsitzender im Falle der Stimmengleichheit nicht wahrnehmen. Volkmar, Vorsitzender der HBV, die die Mehrheit der NH-Beschäftigten vertritt, erklärte vorher brieflich, er schließe sich der Mehrheit der Gewerkschaftsvertreter auf der Arbeitnehmerbank an. Da aber v. Haaren (Post) für den Verkauf und Jöns von IG Bau, Steine, Erden gegen den Verkauf stimmten, gab es keine Mehrheit, folglich — stimmte Volkmar nicht ab!

Die IG BSE brachte das Kunststück fertig, für und gegen den Verkauf zu stimmen, da sie auch einen Vertreter auf der Anteilseignerbank hatte. Daß die NH-Kollegen dieses Verhalten als »unverschämt empfinden« müssen, wie ein Betriebsrat der NH-Bremen am 11.10. schreibt, ist wohl nicht verwunderlich.

In einem »Rundschreiben« vom 1. und 2. 10. an die Beschäftigten preist die HBV ihre Erfolge für die NH-Kollegen bei den Sozialplanverhandlungen als von »prinzipieller Bedeutung« an, vom Abstimmungsverhalten ihres 1. Vorsitzenden aber kein Wort. Daß Volkmar dem »Besuch« bei seinen »Kollegen« der NH aus dem Wege geht, kann man gut verstehen. Was sollte er ihnen auch noch sagen?

## Sozialplanverhandlungen

Um so wortreicher wird der abgeschlossene Sozialplan gepriesen. Diktiert von dem Versuch, die wahren Konsequenzen des Verkaufs für die Beschäftigten der NH in der Öffentlichkeit zu vertuschen, ist die Erklärung, die Christian Götz in einem Rundschreiben (1.10. und 2.10.) abgibt: *»Die im letzten Augenblick erfolgte ‚Nachbesserung' ist von prinzipieller Bedeutung. Sie erhöht die Qualität des Sozialplanes bzw. Tarifvertrages ganz erheblich und erhärtet damit die von mir in der gestrigen Pressemitteilung vorgenommene Gesamteinschätzung«.* — Aber kein Wort über die Sicherung der Arbeitsplätze für die 3000 Beschäftigten der NH, die zum größten Teil der HBV (und BSE) angehören. Kein Wort über die durch die Tarifaufkündigungen nun verwirklichten Lohnkürzungen.

Glaubte Christian Götz wirklich, mit solchen Lobliedern auf die Sozialpläne etc. die Unruhe bei den Mitgliedern besänftigen zu können, so muß er — wie alle anderen Gewerkschaftsvorstände auch — bald merken, daß die Privatisierung keineswegs so leicht wie bei der co op unter den Teppich zu kehren ist.

So wie bei Christian Götz werden auch in der Erklärung von Monika Wulf-Mathies an die ÖTV-Mitglieder vom 8.10. die negativen Folgen kurzerhand verschwiegen und Behauptungen aufgestellt, die nicht der Wahrheit entsprechen. So ist die Rede *»von einem Sozialplan für 400 von insgesamt etwa 2500 Beschäftigten der NH«.* Dabei wird unterstellt, die ca 800 Kolleginnen und Kollegen der Regionalgesellschaften NRW und Südwest seien von dem Verkauf an Schiesser nicht betroffen; sie werden bewußt nicht genannt, da für sie kein Sozialplan abgeschlossen wurde — wohl im Vertrauen auf die Kaufabsichten der jeweiligen Landesregierung.

Verschwiegen wird auch, daß mit Inkrafttreten des Sozialplanes Schiesser zusichert, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, *»um schnellstmöglich die Anpassung der Mitarbeiterkonditionen umzusetzen«* und die von ihm auszuwählenden ca. 1100 Angestellten *»zu branchenüblichen und tarifgemäßen Bedingungen weiter zu beschäftigen«.* Anpassung bedeutet hier Anpassung an die Tarife der freien Wohnungswirtschaft — also eine gravierende Schlechterstellung der Beschäftigten!

Auch über das Abkappen von Kündigungsfristen, über die Aufhebung der Unkündbarkeit für ältere Mitglieder schweigen sich HBV und auch ÖTV aus. Monika Wulf-Mathies behauptet sogar schönfärberisch das Gegenteil. Kein Wort auch davon, unter welchen Bedingungen der Sozialplan ausgehandelt wurde: Nur 3 Tage vor der offiziellen Übernahme des Konzerns durch Schiesser wurde den Betriebsräten das Sozialplanangebot unterbreitet — sie sollten möglichst unter Druck verhandeln, verbunden mit der von Erich Frister offen ausgesprochenen Erpressung, daß — wenn eine Regionalgesellschaft dem Konzernbetriebsrat das Votum entziehe zu verhandeln — das Angebot verfallen würde. Danach müßte der Konzernbetriebsrat eben mit Schiesser verhandeln, und dessen Angebot sei sicher nicht besser!

Verständlich werden solche Erpressungsversuche á la Frister vor dem Hintergrund, daß die BGAG für die Kosten des Sozialplanes und des Interessenausgleichs aufkommen muß — deshalb ihr Versuch, auf Kosten der Mitarbeiter möglichst billig davon zu kommen! Der Gewerkschaftsöffentlichkeit wird jedoch eingeredet, als seien die Entschädigungen außerordentlich hoch — angeblich 55 Millionen DM für »nur« 400 Kollegen — unterschlagen wird dabei, daß mit dieser Summe auch der Interessenausgleich für alle Beschäftigten finanziert wird, die ab 1.6.1987 abgruppiert werden. Will man so eine Solidarisierung anderer Kolleginnen und Kollegen mit den Beschäftigten der NH verhindern?

Der DGB hat hinter dem Rücken der Beschäftigten und ihrer Vertreter im Unternehmen schon seit langem den Weg geebnet, auf dem Schiesser nun weitermacht. Die Tarifverträge wurden rechtzeitig gekündigt, um die Gehälter den Tarifen in der Wohnungswirtschaft anzupassen. Das Rationalisierungsschutzabkommen wurde

# Neue Heimat und co op: Manager ausgetauscht

## Schiessers Beziehungen zur Gemeinwirtschaft

Von WdA-Redakteur Klaus Keuter

**„Wie bei einem Putsch." So beschreibt ein Mitarbeiter der Neuen Heimat (NH) den Arbeitsbeginn der neuen Geschäftsführung am Mittwoch vergangener Woche. Kein Manager der früheren Geschäftsführung überdauert den Verkauf des Konzerns durch die gewerkschaftseigene Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft (BGAG). Gleichwohl sind die neuen Herren um NH-Käufer Horst Schiesser keine Neulinge in der Gemeinwirtschaft.**

Ein alter Bekannter für das Frankfurter BGAG-Management ist der Personalchef in Schiessers NH-Management: Peter J. Gardosch (55). Er war Geschäftsführer der Union-Baubedarf (UBB), einer Tochtergesellschaft der NH. Die UBB wurde Anfang 1983 an die co op AG verkauft. Seitdem firmiert sie unter „co op zentrale Baubedarfs GmbH". Geschäftsführer blieb Gardosch.

**Auch die Fähigkeiten des neuen NH-Geschäftsführers Helmut Lahmann (48) dürften der Frankfurter BGAG nicht unbekannt sein. Er verließ die NH vor fünf Monaten im Streit mit dem damaligen Chef Diether Hoffmann. Lahmann eilt der Ruf voraus, Meister im Personalabbau und beim Verhökern von Wohnungen zu sein.**

Enge geschäftliche Beziehungen pflegt Horst Schiesser schon länger zur co op. „Seine Firma Geschi-Brot liefert uns Backwaren wie andere auch", sagt Armin Peter, Pressesprecher des Einzelhandelskonzerns zur WdA. Weitere geschäftliche Beziehungen könne er „ausschließen". Das stimmt so nicht.

**Am 13. August 1985 unterzeichnete der Berliner Großbäcker Schiesser im Hotel „Zur Alten Mühle" im oldenburgischen Aselage einen seiner zahlreichen Gesellschafterverträge. Damit verschaffte er sich besseren Zugang zum damaligen gemeinwirtschaftlichen co-op-Konzern. Zusammen mit der norddeutschen Brotfirma Wendeln und der westfälischen Scherpel-Brot gründete Schiesser die Firma „Kornmark Gesellschaft zur Förderung des Brot- und Backwarenabsatzes".**

**„Kornmark"-Geschäftsführer Claus Ostendorf vereinbarte wenig später mit der co op AG ein Kooperationsabkommen und einen Beratungsvertrag zur Backwarenbelieferung.**

Verbindungen zwischen Schiesser und der co op AG gibt es auch über einen Großaktionär des Einzelhandelskonzerns. Schiesser ernannte Michael Knöffel (45) zum Geschäftsführer der Firma „Die Neue Gesellschaft mbH Vermögensbildung" (DNG). Diese hat 98 Prozent der NH gekauft. Knöffel war früher Filialleiter der niederländischen Amsterdam-Rotterdam Bank (amro) in Berlin. Die amro hält seit einigen Monaten rund sieben Prozent des co-op-Aktienkapitals.

Aufsichtsratsvorsitzender der co op AG ist noch immer der BGAG-Vorsitzende Alfons Lappas, obwohl die gewerkschaftseigene Beteiligungsgesellschaft zum Jahresbeginn ihre co-op-Aktien verkauft hat. Lappas bereitete mit seinem BGAG-Vorstandskollegen Rolf-J. Freyberg den NH-Verkauf vor.

WdA. 8.10.86

rechtzeitig beerdigt, wo es eigentlich jetzt zum Tragen kommen müßte. Breit hat immerhin »Verständnis« für die besondere Betroffenheit der Mitarbeiter der NH, die sich als Beschäftigte eines gemeinwirtschaftlichen Unternehmens der Gewerkschaften relativ sicher gefühlt haben und nun meinen, in eine »gefährdete Zone zu kommen«. Ist das nun Naivität oder Zynismus? Wer hat denn den Beschäftigten stets gesagt, sie sollten sich doch nicht beschweren, sie hätten doch einen sicheren und besseren Arbeitsplatz als in der Privatindustrie? Sind Sie denn nicht gefährdet?

Das Vertrauen zu den Beschäftigten und zu den Betriebsräten jedenfalls ist auf dem Nullpunkt — dafür ist das Vertrauen zu Schiesser und seiner Mannschaft um so größer. Freyberg, einer der engsten Mitarbeiter von Lappas, plaudert aus dem Nähkästchen: *»So verhielt sich die NH so wie der stets zum Vorbild erhobene private Unternehmer, der in erster Linie seine eigenen Ressourcen mobilisiert, und wurde gleichzeitig wegen dieses Vorgehens zum Gegenstand einer einmaligen Beschimpfungsaktion gemacht.«*

Das haben sie wirklich nicht verdient, wo sie sich doch solche »Mühe« gegeben haben. Im Handelsblatt (7.10.) erklärt er genauer, wie er Schiesser gekauft hat: Man begleite Schiesser mit viel Geld, weil er sich verpflichtet habe, die Sozialbindungen der Wohnungen im Interesse der Mieter zu erhalten. *»Schiesser denke nicht daran auszuschlachten«.* Das *»viele Geld«* habe die BGAG nur auf Grund dieser Verpflichtung Schiessers abgegeben. Die Sache ist also klar: Schiesser bleibt mit »viel Geld« Menschen- und Mieterfreund. Aber wenn dann das Geld ausgeht oder fehlt, hört die Gemütlichkeit auf. Soziales Gewissen mit Geld gekauft — sagt das nicht alles über Denken und Handeln unserer Gewerkschaftsmanager?

## Und der Aufsichtsrat?

Nachdem der Verkauf getätigt ist und die Mitgliedschaft vor vollendete Tatsachen gestellt ist, meint Monika Wulf-Mathies: *»Als Mitglieder der Gewerkschaft ÖTV habt ihr nicht nur den Anspruch auf sachliche Information, sondern auch auf eine gewerkschaftspolitische Bewertung der Vorgänge, die zum Verkauf der NH führten«.* — *»Betrug, Selbstbereicherung und Mißmanagement haben eine Idee, die die Gewerkschaftsbewegung über Jahrzehnte als einen möglichen Weg für sozialverpflichtetes Wirtschaften verfochten hat, bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt ... Vertrauensbruch, kriminelles Verhalten und eine verantwortungslose Geschäftspolitik«* wirft sie den früheren Geschäftsführern der NH vor, was *»uns heute in unseren Grundfesten erschüttert«.* Welch große Idee, die einfach verstümmelt, welche Gewerkschaftsbewegung, die so leicht in ihren »Grundfesten« erschüttert werden kann? So einfach kann das doch wohl nicht sein, wie Monika Wulf-Mathies es jetzt den Mitgliedern weismachen will.

Detlef Hensche, 2. Vorsitzender der IG Druck und Papier, sieht in den Rechtsformen das entscheidende Kriterium für das *»unschöne Ende eines häßlichen Niedergangs«: »Wir bleiben dabei, Konzerne dieser Größenordnung sind durch die Gewerkschaften nicht kontrollierbar, sie gehören in eine andere Rechtsform überführt«.* (20.9.86) Und:

*»Gewerkschaftsvorsitzende werden für andere Aufgaben als zur Führung eines weltweit operierenden Konzerns gewählt.«* (ebenda).

Er spricht — unfreiwillig? — ein vernichtendes Urteil über die Tätigkeit der Gewerkschaftsvertreter in den Aufsichtsräten der Konzerne. Danach ist die Mitbestimmung in den Aufsichtsräten nur ein Popanz, der die Funktion erfüllt, den Arbeitern und Angestellten vorzumachen, als könnten sie mitbestimmen durch ihre Mitbestimmungsvertreter. Aufsichtsräte haben nach kapitalistischen Vorstellungen die Aufgabe, die Unternehmensvorstände daraufhin zu kontrollieren, daß und ob sie gewinnbringend arbeiten. Dafür erhalten sie Tantiemen und andere Zuwendungen. Jetzt wird der in der Bevölkerung verbreiteten Auffassung neue Nahrung gegeben: Die Gewerkschaften und ihre Aufsichtsräte können nicht mit Geld umgehen, sie sollten das der Wirtschaft und den Unternehmern überlassen. Jedoch sind weder das kriminelle Verhalten und die persönliche Bereicherung einzelner noch die Rechtsform die Ursache der »Schweinereien« und des Versagens, sondern die verbürgerlichten Grundlagen der Gewerkschaftspolitik, die den unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse durch die Sozialpartnerschaft ersetzen wollten. Man wollte eben nicht mehr Gegner der Unternehmer sein, sondern Partner, teilhaben am wirtschaftlichen Wiederaufbau — nicht zuletzt durch die Unternehmen der Gemeinwirtschaft, mit denen der »dritte Weg zwischen Kapitalismus und kollektivistischer Zwangswirtschaft« sozusagen modellhaft vorgeführt werden sollte. Dieses Denken, das die Wirtschafts- und Eigentumsordnung nicht in Frage stellt, sondern sich vielmehr den in ihr herrschenden Gesetzmäßigkeiten in vollem Vertrauen auf ständigen konjunkturellen Aufschwung unterwarf und unterwirft, hat dazu geführt, daß es am Ende die Grundsätze des »gesamten Gesellschafts- und Wirtschaftssystems« waren, die den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen ihren Stempel aufdrücken. Hieß es 1954 noch: *»Die wiedererstandene Gewerkschaftsbewegung nach 1945 hat überall an ihre große Tradition und die Grundlagen angeknüpft, die vor 1933 geschaffen worden waren. Sie hat sich jedoch bewußt und systematisch weiterentwickelt in Richtung einer systematischen Einflußnahme auf Wirtschaft und Wirtschaftspolitik selbst...,* »so gibt Diether Hoffman, heute, indirekt das Scheitern zu, wenn er schreibt: *»Dabei erschien vieles, was heute kritisch betrachtet wird, selbstverständlich: Grundstücke, die knapp waren und von denen jeder sagte, daß sie nicht beliebig vermehrbar seien, mußten gehortet werden, der Zinsaufwand wurde durch die gerade für Immobilien geltende überdurchschnittliche Preissteigerungsrate kompensiert. Steigende Mieten und daraus sich ergebende Ertragssteigerungen konnten nach den Erfahrungen der ersten 10 bis 20 Jahre erwartet werden. Der verstärkte Ausbau des Eigentumsgeschäfts entsprach sowohl vielfältigen politischen Forderungen wie der Analyse des Marktgeschehens. Auch die Aufnahme der Tätigkeit im Bereich des Städtebaus entsprach dem Zeitgeist. Auch die Expansion hin zu ausländischen Absatzmärkten durch die NH-International paßte zum gewerkschaftlichen Selbstverständnis: Ihm wurde man mit Verbeugungen vor den Prinzipien der internationalen Solidarität gerecht«.* (Handelsblatt 10./11.10.86) Geht es noch demaskierender?

Dieser »Zeitgeist«, dem alle Aufsichtsräte der NH gemeinsam mit den Managern auch der übrigen Gewerkschaftsunternehmen gehuldigt haben, war und ist nichts anders als kapitalistisches Profitstreben. Die krummen Geschäfte, Bestechungen, Steuerhinterziehungen, Gründung von Scheinfirmen — kurz die »kriminellen« Machenschaften, die Wulf-Mathies so beklagt — sind alles normale Erscheinungsformen der kapitalistischen Geschäftswelt.

Losgelöst von den politischen Inhalten des gewerkschaftlichen Kampfes und der Arbeiterbewegung gegen die kapitalistische Ausbeutung müssen die »gemeinwirtschaftlichen« Unternehmen ebenso wie die Gewerkschaften von den Gesetzen des Kapitalismus **und** seinen Begleiterscheinungen — Mißwirtschaft und Korruption — eingeholt werden. Den Vetter, Loderer, Lappas und co fehlte Klassenbewußtsein, um den Verlockungen der kapitalistischen Hochkonjunktur und dem so schön glänzenden Kapital zu widerstehen. Spitzengehälter, Immobiliengeschäfte zu »ermäßigten« Preisen und Konditionen wurden als Zugabe »moderner« Gewerkschaftspolitik zu ihrem Lebensinhalt.

Wie wenig die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen — trotz gegenteiliger schönfärberischer Reden und Leitsätze, noch etwas mit den ursprünglichen Vorstellungen von Arbeiterselbsthilfe zu tun haben, sondern objektiv den gewerkschaftlichen Anteilseignern zu dem »unternehmerischen« Interesse des Gewinnmachens dienen, zeigt nicht zuletzt die Konstruktion der BGAG, der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft, unter deren Dach die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen seit 1974 zusammengefaßt wurden (die NH erst seit 1978) angeblich, um das Vermögen der Gewerkschaften transparenter zu machen. Dahinter steckte jedoch etwas ganz anderes: Bis zur Gründung der BGAG mußten die Gewerkschaften auf die Gewinne, die sie von ihren Unternehmen erhielten, Kapitalertragssteuer zahlen. Nach Gründung der BGAG gaben die Gewerkschaften ihrer Holding Darlehen (die nichts anderes darstellen als die Mitgliedsbeiträge — im letzten Jahr allein ca. 1,2 Millionen DM), die hoch verzinst werden; diese Zinsen müssen jedoch nicht versteuert werden. Die Gewerkschaften erhalten also die Gewinne in Form von Zinsen, die steuerfrei an die Aktionäre der Holding — also die gewerkschaftlichen Anteilseigner — weitergegeben werden (vgl. Zeit, 3.10.86). Die Konstruktion der BGAG stellt also nichts anderes dar, als ein »Modell zur Steuereinsparung«, wie es das Handelsblatt nennt.

Daß die BGAG diese Lücken oder Möglichkeiten ausnützt im Interesse der Bewegung, wäre nichts Angreifbares vom Standpunkt der Mitglieder. Aber daß die heutigen Manager der gewerkschaftlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen sich diesen »Idealen« verschworen haben, — Steuereinsparen, Gewinne

machen, was die Finanzen gefährdet, muß weg — das führt in den Abgrund. Um die Konkurrenzfähigkeit der übrigen Gewerkschaftsunternehmen zu erhalten, müssen sie dieselbe Rücksichtslosigkeit und Brutalität entwickeln, wie andere Unternehmer. Demnach ist es wenig verwunderlich, daß nach der Ansicht von Lappas in der Wohnungswirtschaft die Aufgaben der Gewerkschaften erledigt seien; an die Millionen von Arbeitslosen, an die Sozialhilfeempfänger, an die Arbeitslosen Jugendlichen, die auf billigen Wohnraum angewiesen sind — daran denken solche »Herren« nicht mehr!

## Die Affäre Lappas auf dem IGM-Gewerkschaftstag — Ein tragikomisches Passionsspiel

Ob nun gewollt oder ungewollt, hat der Vorstand der IGM Lappas zum Märtyrer der Gewerkschaftsbewegung gemacht, um die Delegierten des Gewerkschaftstages davon abzubringen, den angestauten Unmut in der Mitgliedschaft über die Vorgänge um die BGAG und NH zur Sprache zu bringen. »Solidarität« mit dem armen, verfolgten Lappas verbietet es, dem Unmut freien Lauf zu lassen. Wer will sich schon nachsagen lassen, er sei unsolidarisch.

Aber Mayr und Steinkühler täuschen sich da wohl, wenn sie meinen, die Mitglieder der Gewerkschaften so täuschen zu können. Sie können wohl den Ablauf des Gewerkschaftstages dirigieren und lenken, aber bei der Mitgliedschaft keine Solidarität erzeugen. Das wissen sie auch und daher auch die markige Antwort Steinkühlers auf die Verhaftung Lappas durch zwei Polizeibeamte: Wir werden bei Gericht Einspruch erheben! Daß dann noch der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft, Schröder, von 1933 sprach, kann man nur noch als makaber bezeichnen. Wollte er vielleicht seine Polizeikollegen auffordern, sich anders zu verhalten als die von 1933? Etwa zum Widerstand gegen die Staatsgewalt, die ja in der Person Dohnanyis schweigend dabei saß?

Der Umfall des »Helden« Schröder folgte bereits am Tage darauf. Wer würde da noch bezweifeln, daß der Schutz der »Demokratie« in den richtigen Händen liegt? Damals wie heute betrachtet die werktätige Bevölkerung allerdings das Treiben der Gewerkschaftsvorstände verwirrt und — teilnahmslos. Daher müssen alle Aufforderungen, die Gewerkschaften gegen die Angriffe der Unternehmer, Regierung und Koalitionspartner zu verteidigen, solange wirkungslos bleiben, solange die Gewerkschaften mit Namen wie Vietor, Vetter, Lappas und anderen gleichgesetzt werden.

## Die Sorge der CDU um »starke Gewerkschaften«

Wie ein Kartenhaus brechen alle schönen Vorstellungen und Zugpferde zusammen, die in der aufsteigenden Konjunktur werbewirksam für die Gewerkschaften eingesetzt wurden. Übrig bleibt am Beginn der Krise ein politisches Vakuum, in das jetzt die politischen Gegner der Arbeiterbewegung einzudringen versuchen, die stets Gewerkschaften als staatserhaltende und gesellschaftsfähige Organisationen im Kapitalismus sahen und bewahren wollten. Blüm schwingt sich zum moralischen und christlichen Apostel der Arbeiterbewegung auf und heulmeiert, wie bei einigen Funktionären die »Moral der Arbeiterbewegung« heruntergekommen sei. Die BRD brauche doch »starke Gewerkschaften«, und deshalb solle man allen Versuchungen widerstehen, jetzt großen Hausputz zu veranstalten.

Dahinter steht die Furcht, daß sich die Führung des DGB dermaßen vor ihren Mitgliedern diskreditiert, daß sie als Ordnungsfaktor versagt. *»Sind sie dazu nicht mehr fähig, gerät der soziale Frieden in Gefahr, der immer noch zu den wichtigsten Standortvorteilen der Bundesrepublik gehört«*, schreibt ein Kommentator der »Zeit« (10.10.86).

»Starke Gewerkschaften« sind für Blüm keine Kampforganisationen, die die Interessen ihrer Mitglieder gegen die Unternehmerangriffe verteidigen, sondern klassenversöhnlerische Gewerkschaften, die die Mitgliedschaft statt zum Kämpfen zum Betteln und Beten anhält.

Die politische Perversität der Blümschen Aussagen besteht darin, daß die deutschen Gewerkschaften seit dem Ende des 2. Weltkrieges von den Vorstellungen christlicher Gewerkschaften beeinflußt, gewerkschaftliches Klassenbewußtsein (von sozialistischem Denken ganz zu schweigen) strikt ablehnten, stattdessen Sozialpartnerschaft und schiedlich-friedliche Kooperation mit den Unternehmern pflegten, um die Wettbewerbsfähigkeit des kapitalistischen Systems und der Unternehmen zu gewährleisten.

Leute wie Blüm sind daher Verfechter der Mitbestimmung als Grundlage christlicher Arbeitnehmerideologie und Unterwürfigkeit gewesen. Blüm und seine Meinungsgenossen wurden und werden von der DGB-Führung in jeder Hinsicht gehätschelt und durften in den Einheitsgewerkschaften umgekehrt zu ihrer zahlenmäßigen Stärke Posten besetzen.

Wie Blüm haut auch Geißler in dieselbe Kerbe, um die Empörung über das bittere Ende einer Gewerkschaftspolitik — für die die deutschen Unternehmer eigentlich zu »Dank« verpflichtet wären — in die politischen Kanäle der CDU zu leiten: Die SPD habe mit der »Neuen Heimat« bewiesen, daß sie weder mit Geld noch mit Menschen umgehen könne. Aber auch er spricht davon, daß die BRD gerade jetzt »starke Gewerkschaften« brauche. Und jener Biedenkopf, den die IG Druck-Führung im Arbeitskampf um die 35-Stundenwoche als Schlichter wünschte und als arbeitnehmerfreundlich auswies, erklärt, die CDU müsse an die Stelle der »verbrauchten« SPD als Alternative treten. Ferlemann begrüßte Biedenkopf auf dem Gewerkschaftstag unter den Gästen, die hervorzuheben seien, laut Protokoll wie folgt: *»Für die CDU ist unserer Einladung — ich hoffe und ich stelle fest, mit Freuden — gefolgt Herr Professor Dr. Kurt Biedenkopf, der uns durch seine Vermittlungsbemühungen im 84er Tarifkonflikt sicher noch ein bißchen verbunden ist. (Beifall). Wir danken von hier aus noch einmal für seine Bemühungen, die nur deshalb nicht zum Ziel führen konnten, weil ihn die Unternehmer kurz vor dem Ziel ausbooteten, damit er nicht zum Ziel kommen sollte.«* (Er hat nicht schlecht daran verdient!).

Um die Verlogenheit der CDU-Herren auf die Spitze zu treiben, zitiert der CDU-Freund Biedenkopfs Geissler vor 400 Mandatsträgern der CDU in NRW das gewerkschaftliche Kampflied: »Vorwärts und nicht vergessen«. Das war das Kampflied revolutionärer Arbeiter, aber von dieser Tradition wissen diese Leute eben nichts. 1929 war das politische Versagen der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung begleitet von einer mit antikapitalistischen und scheinsozialistischen Floskeln geschmückten Demagogie. Eine davon war: Gegen das raffende und für das schaffende Kapital. Daneben richtete sich die Nazidemagogie gegen die Gewerkschaftsbonzen, die sich an den Mitgliedsbeiträgen bereichert haben, gegen den jüdisch-marxistischen Klassenkampf und für den nationalen Sozialismus. Viele sind aus Enttäuschung und materieller Not damals auf diese Demagogie reingefallen. Wenn Gewerkschaften und Arbeiterbewegung den Kapitalismus und seine Auswirkungen auf die arbeitende Bevölkerung nicht besiegen können, dann wendet sich der Haß am Ende leicht gegen die, die sie für das Versagen verantwortlich machen. An die Stelle des Kampfes gegen den Kapitalismus um die politische Macht in der Gesellschaft tritt dann »Tod dem Marxismus«. Dieser Entwicklung fiel die gesamte Arbeiterbewegung zum Opfer von der SPD bis zu den revolutionären Organisationen. Da half es den Sozialdemokraten und Gewerkschaftsvorständen nicht, daß sie auf ihre Verdienste um die Rettung des Kapitalismus am Ende des 1. Weltkriegs hinwiesen. Sie haben sich und die arbeitende Bevölkerung getäuscht über die angebliche Einsicht und Vernunft der Unternehmer. Heute kann ein Geißler Breit und Steinkühler für »skrupellose Kapitalisten« erklären, wohl zum Unterschied von Kapitalisten mit Skrupeln, die **sie** finanzieren. Da haben wir die Neuauflage des raffenden zum Unterschied vom schaffenden Kapital! So wie damals der Zusammenbruch der reformistischen Vorstellungen vom friedlichen Weg zum Sozialismus mit Hilfe des Stimmzettels den Gegnern der Arbeiterbewegung den Zugang in das Lager der Arbeiterbewegung öffnete, so wird auch heute der Zusammenbruch der politischen Vorstellungen der SPD und der Gewerkschaftsführung den Gewerkschaftsmitgliedern drastisch vor Augen geführt. Man darf gar nicht daran denken, wie viele der Mannen von Schiesser vielleicht sogar Mitglieder der Gewerkschaften sind oder der SPD oder ihr nahe stehen.

Der Niedergang der NH, der Genossenschaften, dem auch die Gewerkschaften mit den anderen gewerkschaftseigenen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen folgen werden, ist nicht zu trennen vom Niedergang der Arbeiterbewegung überhaupt. Dieser Niedergang hat politische Ursachen. Die »Schweinerei«, mit denen der Spiegel und andere Veröffentlichungen die Mitgliedschaft immer wieder von neuem überrascht, sind die Erscheinungsformen des verfallenden kapitalistischen Systems, dem sich die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung ausgeliefert haben. Nur eine Minderheit in der Arbeiterbewegung hat sich den Verlockungen, die der Kapitalismus ihnen anbot und anbietet, widersetzt; bei ihnen liegt die Zukunft der Arbeiterbewegung.

# Die Hamburger Bürgerschaftswahl

## Risse in der sozialdemokratischen Wählerbasis

Zuletzt die Landtagswahlen in Bayern und nun die Hamburger Bürgerschaftswahlen haben die Erwartung der SPD, bis zum Januar 1987 »Hoffnungsträger« des Protestes gegen CDU und FDP zu werden, zunichte gemacht. Während die bayerische SPD als Oppositionspartei nur noch mehr verlieren konnte, steht in Hamburg für die Sozialdemokratie mehr auf dem Spiel — denn hier will sie die Regierung, auch wenn sie seit dem 8. November über keine Mehrheit mehr verfügt.

Bei der Bürgerschaftswahl wurde die SPD hinter der CDU zur lediglich zweitstärksten Fraktion (wenn auch mit nur hauchdünnem Abstand von 0,2 %), den Weg zu einer »grün-roten« Zusammenarbeit hat die SPD-Führung vorläufig selbst abgeschnitten, gleichzeitig aber erklärt die Parteiführung, sie wolle auch keine große Koalition, die die CDU der SPD anbietet. So haben die Hamburger Wahlen eine »Regierungskrise« geschaffen, in der sich die Krise der Sozialdemokratie fortsetzt. Die politische Bedeutung des Wahlergebnisses besteht darin, daß die SPD bei ihrer Wählerbasis, vor allem den Arbeitern, an Vertrauen verliert — ähnlich wie am Ende der Schmidt-Regierung. Betrachtet man das Wahlergebnis genauer, so relativieren sich die Prozentergebnisse — zum Beispiel der CDU — erheblich. Tatsächlich nämlich konnte die CDU lediglich ca. 3500 Stimmen hinzugewinnen, während die SPD ganze 130000 verlor. Lediglich die GAL hat mit knapp 30000 Stimmen (insgesamt 99800) einen wirklichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen.

Entscheidend für das Wahlergebnis war also die größere Zahl der Nicht-Wähler, und diese sind in der Mehrheit frühere SPD-Wähler gewesen. Die Wahlenthaltungen und SPD-Verluste sind in den Stadtgebieten am größten, wo hauptsächlich Arbeiterfamilien leben. Hier konnten auch CDU und GAL kaum Stimmen hinzugewinnen. Prozentual, und damit in der parlamentarischen Zusammensetzung, kommt dies natürlich der CDU zugute, so daß von »Einbrüchen« der CDU in SPD-Hochburgen nur in bezug auf die Bürgerschaft und Bezirksversammlungen die Rede sein kann.

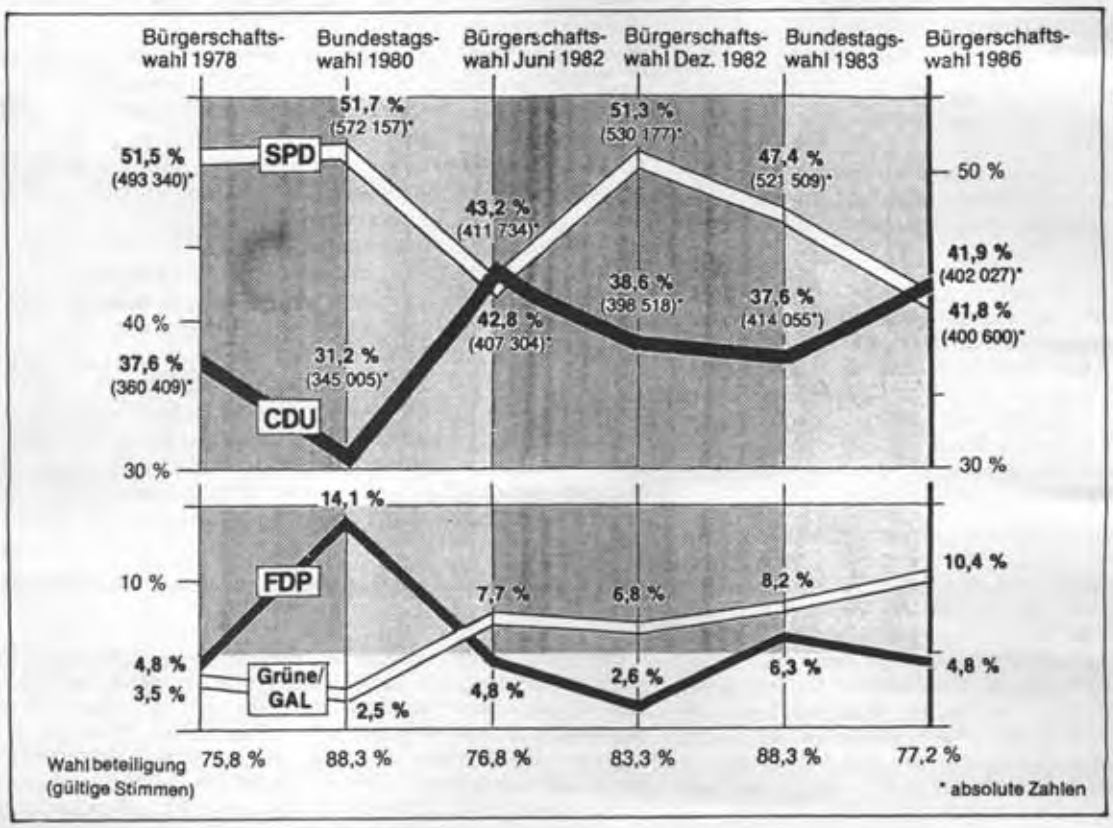
Auch wenn heute viele davon reden, jetzt seien die »Hamburger Verhältnisse« vom Juni 1982 wieder da, so muß man auf entscheidende Unterschiede hinweisen: Damals verlor die SPD die absolute Mehrheit zu einem Zeitpunkt, als in Bonn die SPD/FDP-Koalition in das Stadium der Agonie eingetreten war. Nach der »Wende« im Oktober 1982 konnte die Hamburger SPD noch einmal das gesamte sozialdemokratische Wählerpotential für sich mobilisieren (was sich in einer sprunghaft gestiegenen Wahlbeteiligung ausdrückte). Ging bei den Neuwahlen im Dezember 1982 noch ein »Ruck« durch die Arbeiterviertel, so bietet sich 1986 in den gleichen Stadtgebieten ein Bild der Lähmung und passiven Verweigerung.

Die Wahlenthaltung vieler Arbeiter drückt aus, wie wenig der SPD noch die Lösung der drückenden wirtschaftlichen Probleme zugetraut wird. Skandale und Einzelthemen wie die lange Latte von Senats-Affären, aber auch die Krise der Neuen Heimat, von der Hamburg besonders betroffen ist, können nicht jeweils einzeln als Gründe — oder Entschuldigung — angeführt werden. Die Auswirkung dieser Skandale in der Bevölkerung, ob es um »Mißwirtschaft« oder handfeste Korruption geht, drückt nur das allgemeine Problem der Sozialdemokratie aus: Daß die SPD nicht nur die Wirtschaftskrise nicht überwinden kann, sondern daß es ihr immer weniger zugetraut wird.

Was heute in Hamburg Arbeiter bewegt, nicht mehr SPD zu wählen und darum diesmal nicht zur Wahl zu gehen, hat in einem Fernsehinterview eine Werftarbeiterin kurz und bündig gesagt: *»Nachdem sie die Neue Heimat verkauft haben, nach der Hafenstraße — daß sie bei uns auf der Werft wieder Leute entlassen und daß uns auf der Werft keiner hilft — da kann ich doch nicht wählen gehen.«*

In dieser passiven Verweigerung schlägt die jahrzehntelange Haltung der passiven Stützen von Gewerkschaften und SPD in Hilflosigkeit um. Es ist die gleiche unheimliche Stille, mit der sich in vielen Bereichen Kollegen aus den Gewerkschaften zurückziehen — wohin, ist noch nicht absehbar.

Das schwindende Zutrauen in die SPD als Krisenlöserin trifft auch auf viele zu, die immer noch SPD wählen. Hier überwiegt oft die Erwartung, das »Erreichte zu bewahren«, es nicht schlimmer kommen zu lassen, und dieses »Schlimmere« wird mit der CDU verbunden — die SPD also weiterhin als »kleineres Übel«. Ein anderer Teil der SPD-Wählerbasis hat sich nicht durch Wahlenthaltung, sondern durch die Stimme für die GAL der SPD verweigert, in




**Hamburger Wahlergebnisse 1978 bis 1986**

der Erwartung, eine parlamentarisch gestärkte GAL könne die SPD zu einer »konsequenteren« sozialdemokratischen Politik zwingen. Eine solche Haltung hat in kritischen Gewerkschaftskreisen zugenommen. Hinzu kommt noch jener Teil der SPD-Wähler, die ihre Stimmen »gesplittert« haben: Der SPD die Stimme für die Bürgerschaft,der GAL die Stimme für die Bezirksversammlungen (die immer gleichzeitig mit der Bürgerschaft gewählt werden, ähnlich wie in Westberlin). So hat die SPD in den Bezirken noch mehr als bei den Bürgerschaftsstimmen verloren, während die GAL auch dort an absoluten Stimmen dazugewann.

Letztlich bedeutet diese Entwicklung in der sozialdemokratischen Wählerbasis, daß die SPD immer mehr die Fähigkeit verliert, Proteststimmen gegen das »bürgerliche Lager« von CDU und Unternehmern auf sich zu vereinen. Dieser Protest **verteilt** sich inzwischen auf Noch-SPD-Wahl, Nicht-Wahl und Stimmen für die GAL. Im Gegensatz zu dieser parlamentarischen Zerklüftung des Protestes begreifen sich viele SPD-Wähler gemeinsam mit den meisten GAL-Wählern als »ein Lager« gegenüber CDU und Unternehmern. Ihre eigenen politischen Grundlagen machen es der SPD jedoch nicht möglich, sich der GAL gegenüber im Sinne einer solchen politischen »Lagerbildung« und Polarisierung zu verhalten. Denn dies muß sie in immer schärfere Gegensätze zu den Unternehmern führen, von denen die SPD aber gerade die Lösung der wirtschaftlichen Probleme Hamburgs erwartet und erhofft.

### CDU im Aufwind

Dem steht die Hamburger CDU mit gut gemischten Karten gegenüber. Zwar hat sie an absoluten Stimmen nur wenig gewonnen, aber gegen den Zerfall der SPD-Wählerbasis hat sie ihr Wählerpotential voll halten und durchmobilisieren können. Und dies in einem — im Vergleich zu 1982 — veränderten politischen Klima. Denn zum einen regiert die CDU in Bonn — und Hamburg hat im »Nord-Süd-Gefälle« nicht gerade die Bonbons der letzten Konjunktur mitbekommen, zum anderen ist die Hamburger CDU in der letzten Zeit extrem »militant« für eine harte Ordnungspolitik aufgetreten — in der Frage der Haushaltssanierung wie im Bereich der sogenannten »inneren Sicherheit«.

Zu letzterem gehört das Thema der gestiegenen Kriminalität, die Hetze gegen die Hausbesetzer in der Hafenstraße in St. Pauli und Auseinandersetzungen um Demonstrationen in Hamburg, wobei die CDU als Scharfmacherin gegenüber der GAL auftrat (weil sich die GAL nicht von den »gewalttätigen« Demonstranten distanzierte und die Hausbesetzer politisch verteidigte). Dabei gelang es der CDU, nicht nur die Hauptthemen des Wahlkampfes (Haushalt und Innere Sicherheit) zu bestimmen, sondern sie zwang die SPD auch zu Konzessionen, die letztlich der CDU zugute kamen.

Verstärkte Polizeieinsätze (bei nächtlichen U-Bahn-Fahrten, Demonstrationen und der »Teilräumung« der Hafenstraße) während der letzten Monate schufen erst ein Klima von »Unsicherheit«, in dem die CDU so richtig aufleben konnte. Erfolgreich konnte sich die CDU auch noch zum politischen Anwalt des — nach den Auseinandersetzungen um den »Hamburger Kessel« etwas gebeutelten — Polizeiapparates machen.

In den Grundzügen der Wirtschaftspolitik gibt es sowieso kaum noch wesentliche Differenzen zwischen dem Dohnanyi-Senat und der CDU. Dohnanyis Konzept der »Standortpolitik« ist langfristig nur zusammen mit der CDU (vor allem der Bundesregierung) möglich. In diesen Fragen gibt es schon länger eine große Koalition im Stillen, die lediglich durch das Wahlkampfgetöse übertönt wurde. Der Hauptunterschied zwischen Senat und CDU liegt lediglich darin, daß der SPD-Senat noch gezwungen ist, die sozialen Folgen der Sparpolitik seinen Wählern zu »verkaufen«.

Die CDU hingegen kann auf eine Wählerbasis bauen, die **derzeit** solche Rücksichtnahme nicht braucht. Denn wenn die CDU mit ihrer harten Ordnungspolitik (und »trotz« der CDU-Regierung in Bonn) ihr Stimmenpotential halten konnte, so deutet das auch auf eine Veränderung bei der CDU-Wählerbasis hin. Früher hatte die CDU in Hamburg stets das Image der »Langweiler-Partei« ohne populäre Führer, was auch darauf zurückzuführen ist, daß es der CDU nie richtig gelang, in der Hamburger Bourgeoisie als **die** Unternehmerpartei anerkannt zu werden. (Noch kürzlich klagte Perschau (CDU-Spitzenkandidat), daß man in den Reichenvierteln an der Elbchaussee einen Empfang beim SPD-Senat und dem Bürgermeister höher werte als Kontakte zur CDU).

Die Stärke der Hamburger Sozialdemokratie bestand seit dem Krieg darin, daß sie sich als Schirmherrin der »hanseatischen Interessen«, der »Gemeinsamkeit« der Interessen von traditionellem gewerkschaftlichen Arbeitermilieu, Mittelschichten, Unternehmerlager und der Kaufmannschaft (den »Pfeffersäcken«), präsentieren konnte. Der Boden dieses sozialdemokratischen »Bündnisses« von Arbeiterinteressen und Unternehmern ist brüchig geworden. Und

*Brief eines Jungsozialisten:*

## Aus dem »Genossen Frust« wurde plötzlich ein »Genosse Noske«!

Es gehört viel dazu einen Sozialdemokraten über seine eigene Partei in Unruhe zu versetzen. Die freimütigen Äußerungen Klaus v. Dohnanyis über eine »Große Koalition« am Wahlabend waren für uns allerdings Anlaß genug, noch am Abend zur zentralen Wahlfeier der SPD zu gehen, um dort unseren Unmut über eine solche Lösung der »Hamburger Verhältnisse« kundzutun.
Wir, die Mühlenkamper Jusos, betraten mit zwei Transparenten, auf denen »Jusos gegen große Koalition« und »Sozialisten für rot-grünes Bündnis« zu lesen war, gegen 23 Uhr das Parteigebäude. Daß dort Katerstimmung herrschen würde, war zu erwarten. Daß sich um diese Zeit nur noch 20 – 30 Leute im Festsaal befinden würden, übertraf unsere Befürchtungen.
Angesichts dieses müden Haufens waren wir drauf und dran, die Jammerstätte wieder zu verlassen, als sich »Genosse Frust« an uns zu entladen begann. Ohne vorhergehenden Wortwechsel und ohne unsere Transparente entrollt zu haben, wurden wir als »Grüne« und »Parteiverräter« entlarvt. Diese blitzgescheite Analyse unserer äußeren Erscheinung honorierten wir mit dem Aufstellen unserer Transparente. Ein Genosse, den es schlagartig aus seiner Lethargie riß, parierte mit einem vollen Becher Bier, den er unter Gepöbel in unsere Richtung schleuderte. Da er den Abend lang offensichtlich nicht dem Zielwasser, sondern dem göttlichen Gerstensaftgetränk gefrönt hatte, können wir darauf verzichten, ihm die Reinigung unserer Kleidung in Rechnung zu stellen. Trotzdem war seine eindeutige Geste Anlaß für einen von uns, auf ihn zuzugehen und ihn zur Rede zu stellen. Dem Bierathleten, des Letzten entledigt, was bei ihm noch kühl und hell war, stand der Schaum nun ganz von selbst vor dem Mund. »Kommunisten, Hafenstraßenbewohner« sprudelte es aus ihm hervor. Er packte unseren Freund am Kragen, begann ihn zu schütteln und drohte mit Schlägen. Seine Mitstreiter sekundierten ihm mit »Acht-Groschen-Jungen« und ähnlichen Äußerungen.
Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung wurden wir aus dem Saal gedrängt, nicht ohne daß die Genossen Rausschmeißer ihrer Ordnermentalität durch Zerreißen unserer Transparente Genüge taten.
Die SPD hat in Hamburg einmal mehr die Quittung auch dafür erhalten, sich als die bessere CDU anzupreisen, indem sie im bürgerlichen Lager mit dem Polizeiknüppel hausieren gegangen ist. Doch das bürgerliche Lager hat mit der CDU noch immer das Original repressiver Politik gewählt.
Die ganz halsstarrigen unter den Genossen prügeln dann aus Enttäuschung und mangelnder Einsicht auf Leute ein, die es noch gut mit der SPD meinen, statt die Fehler zu erkennen, die in der SPD beheimatet sind. Sie richten ihr Augenmerk auf das Ausgucken eines Sündenbockes für den eigenen Bockmist. Das halten sie für eine Politik, die sie auch weiterhin befähigen soll mit den »Pfeffersäcken« der Stadt zu kungeln. Ihnen gilt es zu beweisen, daß die Jusos mehr sind als die Pappkameraden für Wurfübungen altgedienter Parteisoldaten. ■

die CDU unter Perschau dringt mit neuem, »volkstümlichem« Stil in die entstehenden Lücken. Sichtbar wurde dies im Wahlkampf, wo die SPD ganz auf die Ausstrahlung des nadelgestreiften Bürgermeisters setzte, während sich Perschau »klar« und »geradeaus« darstellte — eben der ehemalige Kompaniechef, der es versteht, eine knappe, aber deutliche Sprache zu sprechen — gegen die »Eitelkeit« und »Arroganz« des adligen »Landesvaters«.

Nun, nach der Wahl, macht die CDU nichts anderes, als die Themen der SPD-Propaganda aufzugreifen, der SPD alles vorzuhalten, was beiden Parteien »gemeinsam« ist. Perschau nimmt Dohnanyi beim Wort, wenn dieser davon schwafelt, ein »Bürgermeister für alle Hamburger« sein zu wollen. Die CDU bietet ihm diesen Posten sogar an — unter der Bedingung einer großen Koalition. Geschickt hält die CDU die parteieigenen Interessen noch zurück, in der Erwartung, daß die Zeit letztlich für sie arbeitet: *»Wenn die CDU in dieser Situation die Interessen der Stadt im Auge behält und der Versuchung widersteht, taktische Mätzchen zu machen; wenn sie die SPD zur Entscheidung zwingt, dann wird dem Bürger relativ rasch klar werden, auf welcher Seite seine Zukunftschancen liegen.«* So Perschau in der »Zeit« (14.11.1986).

Mit dieser »Einheitsfronttaktik von rechts« buhlt die CDU um jene Schichten unter den SPD-Wählern, die für eine große Koalition Verständnis haben, und sie packt die SPD bei ihrer eigenen Propaganda auch da, wo Perschau erklärt, die CDU müsse alles tun, um die SPD »im Interesse der Stadt« vor einem rot-grünen Bündnis zu bewahren. Genau auf dieses »Interesse« hat sich Dohnanyi aber noch am Wahlabend berufen, als er wiederholte, er könne mit der GAL »keinen Millimeter« gemeinsam gehen.

So stößt die CDU bei der Zersetzung der SPD-Wählerschaft von rechts nach. Diente Perschau vor der Wahl dem Senat als Stichwortgeber für die Propaganda gegen die GAL, so fordert er jetzt den Tribut.

## GAL: Protest-Volkspartei in der Polarisierung

Auf der anderen Seite steht nun die GAL. Mit 10,4% und absolut fast 100000 Stimmen (immerhin ein Viertel der SPD-Stimmen) kann sie selbstbewußt darauf hinweisen, daß sie als Parlamentspartei nicht einfach wegzureden ist.

Ihre prozentualen Zugewinne erzielte sie im gesamten Stadtgebiet, an absoluten Stimmen gewann sie vor allem in ihren Hochburgen.

Diese Gewinne bei den Wahlen bekommen — ähnlich den CDU-Stimmen — besondere Bedeutung, wenn man in Rechnung stellt, daß die GAL in den letzten Monaten **das** Hetzobjekt von CDU, SPD und Springerpresse war. Mehrfach geriet die Parlamentspartei GAL in die Situation, sich entweder auf den (Minderheiten-)Standpunkt des außerparlamentarischen Protestes (und dessen »militanten« Teilen) zu stellen, oder aber sich aus wahltaktischen Gründen zurückzuhalten, gar zu distanzieren. Daß die GAL den ersten Weg gewählt hat, hat ihr nicht geschadet, bei vielen sogar genutzt. In der Polarisierung um die »Innere Sicherheit« haben die Vertreter und Abgeordneten der GAL Mut bewiesen. Das hat dazu geführt, daß nicht nur noch mehr Wähler von der SPD zur GAL wechselten (zum Beispiel aus Protest gegen die Polizeipolitik des Senats), sondern daß auch die alternative »Szene« voll mobilisiert wurde.

Auch wenn heute in der GAL Meinungsumfragen herumgereicht werden, wonach die GAL-Frauenliste besonders auch Wählerinnen angesprochen hat — in der politischen Auseinandersetzung hat die Frauenliste kaum eine Rolle gespielt. Denn die Gegner der GAL, SPD und CDU, haben sich wohlweislich von diesem Thema ferngehalten (was die eigene »Frauenwerbung« nur gestört hätte) und stattdessen Situationen provoziert, in denen sie die GAL als Partei der »Gewalt« oder des »ungeklärten Verhältnisses zur Gewalt« denunzieren konnte.

Der CDU hat dies zur Profilierung vor den eigenen Wählern genutzt, der SPD letztlich geschadet. Denn indem sie die CDU-Propaganda aufnahm, aber nur »halbherzig« durchführte, trieb sie Wähler geradezu zur GAL oder mobilisierte selber die CDU-Wähler. Extremes Beispiel hierfür ist das Wahlergebnis in St. Pauli (über 20%), Schauplatz von Auseinandersetzungen zwischen Hausbesetzern, Demonstranten und Polizei um die Häuser in der Hafenstraße. Bis zu den großen Polizeieinsätzen der letzten Zeit hatten die Hausbesetzer im Stadtteil immer mehr Sympathien verloren. Mit der Polizei kam aber der tagelange Ausnahmezustand, rüde Behandlung auch von »normalen« Anwohnern. Nicht wenige Anwohner im Viertel wurden so mehr durch die Polizei als durch die Hausbesetzer abgeschreckt.

Insgesamt hat sich so die Entwicklung fortgesetzt, daß die Grünen all jene Stimmen sammeln und auf sich vereinigen, die ihren Protest gegen CDU und Unternehmerpolitik nicht mehr mit der Wahl der SPD verbinden können, aber noch den Stimmzettel gebrauchen. In der Öffentlichkeit ist die GAL als eine »linke Partei« bekannt, was letztlich auch die Zusammensetzung ihrer Wählerbasis ausdrückt: Auf der einen Seite die vor allem sozialdemokratischen Wähler, die nun GAL wählen, auf der anderen Seite die aktiven Protestbewegungen, von der die GAL immer wieder in die Pflicht genommen wird. Trotz der innerparteilichen Tendenzen zur »Parlamentarisierung« und dem Zwang zur Postenverteilung (Besetzung von Ausschüssen durch die wenigen Aktiven) hat die GAL, **wenn** sie in Anspruch genommen wurde, immer als ein Sprachrohr der Bewegungen und Betroffenen in der Bürgerschaft funktioniert. Das war so bei der HDW-Besetzung, bei der Kampagne für ein Verbot der Aussperrung (die nur die GAL im Parlament vertrat), bei den Brokdorf-Aktionen, dem Protest gegen den »Kessel« und zuletzt bei den Auseinandersetzungen um die Hafenstraße.

Das Hauptproblem für die GAL (ebenso wie für die Grünen anderswo) besteht ja darin, daß sie **sowohl** Stimmen von Protest-Wählern aus den Reihen der SPD bekommt, als auch abhängig ist von den aktiven Kernen der Protestbewegungen. Was letztlich bedeutet, daß sie weiterhin (auch nach dieser Wahl) den Seiltanz zwischen »Straße« und Parlament wagen muß. Das Dilemma der Grünen zwischen »Realos« und »Fundamentalisten« gibt es auch in der Hamburger GAL. Im Moment kann sie noch darauf verweisen, daß es an der SPD liegt, mit ihr Verhandlungen aufzunehmen. Aber die eigene Bedeutung wird dort überschätzt (und kann zu taktischen Fehlern führen), wo der Wahlerfolg gleichgesetzt wird mit einer Zustimmung zur »GAL-Politik« im Sinne des Parteiprogramms (das genauso wie alle anderen Parteiprogramme niemanden interessiert). Wenn führende Vertreter der GAL am Wahlabend erklären, dies sei vor allem eine Wahl für den »sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie« gewesen, dann haben sie noch gar nicht begriffen, weshalb sie gewählt wurden.

## Wohin geht nun die SPD?

Mittlerweile hat die SPD-Führung eindeutig erklärt, sie wolle weder ein »rot-grünes« Bündnis, noch die große Koalition. Tatsächlich aber ist bekannt, daß die Führungsriege um Dohnanyi für die große Koalition ist. Das aber würde die SPD in eine Zerreißprobe bringen, würde sie zwischen CDU und GAL aufreiben.

Die jüngsten Umfragen erscheinen realistisch, wonach über 60% der SPD-Wähler und ca. 90% der GAL-Wähler für ein Bündnis von SPD und GAL sind. Nach den gleichen Umfragen sind in der Gesamtwählerschaft jeweils ca. 40% der Wähler für eine große oder »rot-grüne« Koalition. Die SPD kann sich nicht nach beiden Seiten aufteilen, aber ihr selber droht, daß beide Tendenzen in der Partei auseinandertreiben. So blockieren sich derzeit Rechte und Linke, finden sich in dem Kompromiß des »Weder-Noch«, was nur auf ein Durchwurschteln hinausläuft. Die CDU hat eindeutig erklärt, daß sie für eine Politik der wechselnden Mehrheiten nicht zur Verfügung steht, die GAL pocht auf ihren Tolerierungskatalog.

So bleibt in den Reihen der SPD-Führung lediglich eine abenteuerliche Spekulation übrig: die Situation bis nach der Bundestagswahl zu verschleppen, um dann (in der Hoffnung, der »Wende-Effekt« von 1982 könnte sich wiederholen) Neuwahlen durchzusetzen. Wie lange diese Spekulation anhält, ist nicht zu beurteilen. Entscheidend ist, daß die SPD nur noch auf ein Ereignis **von außen** warten kann, um die Situation für sich zu retten. Dieses Hinauszögern kommt aber einer Vorbereitung der eigenen Niederlage gleich, und es bedeutet Wasser auf die Mühlen der CDU, die immer wieder nur ihr Angebot zur Zusammenarbeit erneuern muß.

Ob die Zeit aber tatsächlich für Perschau und seine Leute arbeitet, hängt jedoch noch von verschiedenen Faktoren ab. So zum Beispiel davon, ob die letzten Reste aktiver und kritischer Sozialdemokraten in den Bezirken und auch den Gewerkschaften diese Situation nur resignativ hinnehmen, oder ob sie — anders als vor der Wahl — nun öffentlich Stellung nehmen gegen die Politik des Senats. Und es hängt weiter von der politischen Auseinandersetzung in den Gewerkschaften mit der SPD ab. Denn die Gewerkschaftsfunktionäre in der Bürgerschaft (die traditionell zu den »Betonköpfen« der SPD-Rechten gehören) sind erst einmal auf

Tauchstation gegangen. Sie dort herauszuholen, ist eine Aufgabe gerade jener Gewerkschafter, die glaubten, mit der Stimme für die GAL die SPD »zwingen« zu können. Gerade die jetzige Situation zeigt, daß alleine die Stimme für GAL oder SPD keinen »Zwang« ausübt. Hinzukommen muß das politische Eingreifen. So ist es an der Zeit, daß zum Beispiel diejenigen Sozialdemokraten und Metaller auf den Werften, die vor der Wahl einen Offenen Brief an die Bürgerschaftsfraktion der SPD verfaßt, nach Beschwichtigungen durch die SPD nicht veröffentlicht haben, jetzt Stellung nehmen, sowohl in den Gewerkschaften, wie in der Sozialdemokratie.

Die GAL wird den aktiven Gewerkschaftern und kritischen Sozialdemokraten diese Aufgaben nicht abnehmen können.

20.11.86 ■

*SPD-Regierungspolitik in Hamburg*

# Bilanz nach vier Jahren absoluter Mehrheit

*»Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern.«* So oder ähnlich müßte Hamburgs Bürgermeister von Dohnanyi antworten, wenn er gefragt würde, ob denn seine Ankündigung *»Frontalangriff auf die Arbeitslosigkeit«* zu Beginn der Legislaturperiode heute noch ernstzunehmen sei.

Im November 1982 gab es in Hamburg etwa 50000 Arbeitslose, im September 1986 wurden fast 94000 registriert. Die Zahl der beschäftigungslosen Jugendlichen, Frauen und Männer hat sich seit dieser Zeit fast verdoppelt. Die Schließung von Dioxin-Boehringer mit etwa 200 Entlassungen, die Krise auf den Werften (z.B. kam der Vertrag über den Umbau der »United States« bei HDW nicht zustande) und in der Bau-Industrie und die allgemeine Konjunkturflaute mit dem Abbau von Arbeitsplätzen haben den Bürgermeister, seine Senatskollegen und die SPD-Funktionsträger in arge Bedrängnis gebracht.

Der »Frontalangriff auf die Arbeitslosigkeit« war ein Schlag ins Wasser. Auch die Entlastung durch Schaffung von Arbeitsplätzen mit Hilfe des sogenannten zweiten Arbeitsmarktes blieb gering. Mit einer Mark aus Hamburg und zwei Mark aus Nürnberg (Bundesanstalt für Arbeit) sind mit Arbeits-Beschaffungs-Maßnahmen (ABM) etwa 4930 Arbeitsplätze eingerichtet worden. Erwähnt werden muß, daß das ABM-Arbeitsverhältnis mit zumeist miserablen Bedingungen schon nach zwei Jahren endet. Was aber geschieht dann? — Ganz abgesehen davon, daß oft feste Arbeitsplätze eingespart und gleich oder später durch ABM-Kräfte ersetzt wurden.

Nach den Vorstellungen Dohnanyis (von 1984) hätten wir jetzt in Hamburg 30 bis 35000 ABM-Stellen haben müssen. Er wollte die Zahl **verzehnfachen.** Warum das Ergebnis nicht erreicht wurde, liegt nach Ansicht des Bürgermeisters bei der Bundesregierung, die die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanziell nur halbherzig unterstützte. So bleibt auch z.B. der Vorschlag Dohnanyis nach Elektrifizierung der wichtigsten Eisenbahnstrecken im Norden Deutschlands vorläufig als Plan in der Schublade.

Es ist falsch, den regierenden Sozialdemokraten der Hansestadt die Schuld für die hohe Arbeitslosigkeit zuzuweisen. Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung können in Krisenzeiten keine wesentlich andere Wirtschafts-, Gesellschafts- und Sozialpolitik betreiben als die anderen bürgerlichen Parteien. (Diese Aussage wird übrigens vom SPD-Geschäftsführer Glotz unter der Überschrift *»Für die neunziger Jahre...«* in der »FAZ« vom 11.7.1986 bestätigt.) Nur allein diese Feststellung genügt nicht, wenn wir beurteilen und bewerten wollen, wie der SPD-Senat gestern, heute und morgen die anstehenden Aufgaben und Schwierigkeiten lösen will.

## Verschafft sich der Senat Handlungsspielraum mit Kürzungen im öffentlichen Dienst?

Dohnanyi hat in den letzten vier Jahren die Haushalte mit einer Neuverschuldung von acht Milliarden DM belastet. Wohin sind diese Gelder geflossen, wenn doch die Arbeitslosigkeit gestiegen ist und sich die »Lebensqualität« der Werktätigen nicht sichtbar verbessert hat? Wo sind also die Steuergroschen geblieben, bei den Sozialämtern, bei den ABM-Stellen, bei den staatlichen Betrieben oder als Investitionshilfen bei den Unternehmern? Bei den staatlichen Unternehmen jedenfalls nicht. Denn dort wurden und werden vom SPD-Senat Einsparungen und Entlassungen vorgenommen. Es begann bei der HADAG, setzte sich fort bei der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA) und erreicht jetzt die sozialen Betriebe der Hansestadt.

Mit Kürzungen im Personalbereich möchte die Senatsregierung den politischen und wirtschaftlichen Handlungsspielraum wieder erlangen, den sie unbedingt für die innere Sicherheit und für ihre »neue« Standortpolitik benötigt. Für ca. 500000 DM ließ Pawelczyk für die Kindertagesheime ein Rationalisierungs-Gutachten erstellen, das nach einiger Kosmetik in abgeschwächter Form 181 Mitarbeiter einsparen soll. Opfer bringen Kinder und Eltern, bei denen die Bedürftigkeit ohnehin am dringendsten ist, und Mitarbeiter.

Auf dem Hamburger SPD-Parteitag sollte dieses Vorhaben mit Hilfe eines Initiativantrages gekippt werden. Dohnanyi hatte sich gegen den Antrag ausgesprochen, weil nach seiner Meinung die eingesparten Mitarbeiter für den Ausbau der im Vergleich mit anderen Städten noch zu geringen Zahl an Kindergartenplätzen benötigt würden. Schließlich scheiterte der Antrag bei Stimmengleichheit (134 zu 134) nach der Geschäftsordnung.

Hier zeigt sich aber auch, wie gespalten die SPD ist, wenn sie den Druck von Eltern und Beschäftigten der Kindertagesheime spürt. Zwar werden seitens des Senats seit zwei Jahren immer wieder neue Beschlüsse zu Stellenstreichungen gefaßt. Bislang sind sie aber noch nicht realisiert worden. Gesucht wird eine elegante Lösung, wie ohne viel Aufsehen in der Öffentlichkeit die beabsichtigten Sparziele umgesetzt werden können. Ausgerechnet Heinz Schnelle, Vorsitzender der ÖTV in Hamburg und SPD-Bürgerschaftsabgeordneter, unterbreitete dem SPD-Fraktionsvorsitzenden der Hamburger Bürgerschaft, Henning Voscherau, bereits am 21.2.1986 den Vorschlag, die Vereinigung der Hamburger Kindertagesheime in eine GmbH umzuwandeln, denn, so Schnelle, diese Lösung könne *»ohne viel Krawall in der Öffentlichkeit vonstatten gehen...«* Die von Senator Ehlers favorisierte *»Vereinslösung«* brächte *»...Tausende von Eltern gegen die SPD auf die Barrikaden, haben wir im Wahljahr Riesentheater mit den Betriebsräten, den Personalräten und Gewerkschaften und das alles ohne Not, denn die GmbH-Lösung könnte geräuschlos laufen.«*

Seit 30.5.1986 ist die GmbH-Lösung Beschlußlage des Senats. Ganz so geräuschlos wie Schnelle sich das vorstellte, verläuft sein Vorschlag dennoch nicht. Der Betriebsrat äußert bereits Bedenken, weil die Umwandlung der Vereinigung in eine GmbH dem Senat die Möglichkeit eröffnet, die bisherigen erweiterten Mitbestimmungsrechte zu kippen. Außerdem würde die Änderung der Rechtsform eine ganze Reihe von alten Betriebsvereinbarungen zur Disposition stellen. Eine willkommene Gelegenheit, die Betriebsänderung dazu zu nutzen, Verschlechterungen bei den Arbeitnehmern der Vereinigung durchzusetzen.

Gleichzeitig überträgt der Senat dem Vorstand der GmbH die betriebswirtschaftliche Verantwortung für die Kindertagesheime. Nach Abschluß von Pflegesatzvereinbarungen mit dem Senat wird es der GmbH eigenverantwortlich überlassen bleiben, »das Unternehmen Kindertagesheime« möglichst wirtschaftlich zu führen.

Bei Ausgaben von ca. 160 Mio DM und einem Eigenkapital von 50000 DM wird es sich keine Verluste erlauben können.

Während sich der SPD-Senat aus der Schußlinie der Eltern und Beschäftigten ziehen will, indem er seine wirtschaftliche Verantwortung für die Kindertagesheime reduziert, behält er jedoch u.a. durch seine Dominanz im Aufsichtsrat der GmbH seine politische Aufsicht und Einflußnahme. Ähnliches droht jetzt auch den Bereichen Krankenhäuser und Feuerwehr.

Der öffentliche Arbeitgeber wirft Ballast ab, verschlechtert damit die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und fordert gleichzeitig »Sonderopfer« von den Menschen, die die sozialen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes in Anspruch nehmen müssen.

## Alkoholismus und Verbrechen nehmen zu — Polizei und Justiz werden personell verstärkt

Lehrstunde und Anschauungsunterricht zugleich ergäben sich für Dohnanyi und seine politische Freunde, wenn sie statt Wahlkampfreden auf Gewerkschaftsveranstaltungen und Wochenmärkten einmal eine Besichtigungstour zu Hamburgs Bahnhöfen (z.B. Bergedorf oder Barmbek) unternähmen. Dann würden sie überrascht (und vielleicht auch entsetzt) feststellen, daß dort nicht nur alltägliches Verkehrstreiben herrscht, sondern daß dort auch zahlreiche beschäftigungslose Männer und Frauen herumstehen, die ihre Probleme mit Alkohol zu lösen versuchen.

Wer arbeitslos ist, muß nicht zwangsläufig dem Alkoholismus verfallen — wer aber ein Leben führt ohne Hoffnung in die Zukunft, der ist nun einmal besonders gefährdet gegenüber alkoholischen, kriminellen und politischen Anfechtungen. So war es z.B. in den ersten Nachkriegsjahren üblich, daß jedermann »organisierte«. Organisieren hieß damals nichts anderes, als sich mit Schiebungen, Schwarzmärkten und Diebstählen über Wasser zu halten. Die bürgerlichen Gesetze wurden ad absurdum geführt. Heute ist den staatlichen Stellen der Alkoholismus an Hamburger Bahnhöfen *»noch ein relativ neues Feld«*. Das mag sein. Diesen Menschen als Hilfe die Beratungsstellen für Alkoholgefährdete anzubieten, ist blanker Hohn. Diese Menschen bleiben mit ihren Alkoholproblemen sich selbst überlassen. Das »Recht auf Arbeit« degeneriert in der Krise zur Farce.

Als ähnlich belastend wird in der Öffentlichkeit die ständig zunehmende »Brutalität« Jugendlicher in Schnellbahnen, auf Sportplätzen, bei öffentlichen Veranstaltungen dargestellt. Warum das so ist, wird aber nicht erklärt. Anders als die Arbeitslosen vor den Bahnhöfen haben diese jungen Menschen meist noch unverbrauchte Kraft. Ihre Aussichten und Vorstellungen von ihrem zukünftigen Leben sind allerdings häufig nicht viel hoffnungsvoller als die der arbeitslosen Werktätigen. Ihre Hoffnungslosigkeit äußert sich immer öfter im organisierten Zorn gegen bürgerliche Tugenden (wie Ruhe, Ordnung und Sauberkeit) und deren satte Vertreter. Sie zählen zu den wenigen in unserer Gesellschaft, die gewalttätig in diesem Staat opponieren, sich mit ihren Mitteln gegen Unzufriedenheit, Lustlosigkeit und scheinbare Ausweglosigkeit wehren. Wie können wir verhindern, daß diese Jugendlichen nutzlos ihre Kräfte vergeuden, in Gefahr geraten, in den Fängen rechter Kreise zu landen, und wie können wir erreichen, daß sie Wut und Zukunftsangst überwinden und eine Perspektive erhalten, für die es sich lohnt, die Kräfte einzusetzen und sie nicht zu verpulvern?

Diese Fragen stellen, heißt nicht, sie auch beantworten zu können. Politische Allgemeinplätze nützen da nur wenig.

Der SPD-Senat löst die Probleme auf seine Art. Er sieht sich in der Pflicht, die ständig wachsende Zahl von Verbrechen einzudämmen. Er soll eine Antwort darauf geben, wie er der wachsenden Kriminalität, z.B. den Autoaufbrüchen (plus 36,5 Prozent), den knapp 2000 Straftaten in den Schnellbahnen und der Wirtschaftskriminalität begegnen will.

Für die »linken« Senatoren Ehlers und Kuhbier und deren Parteigänger gab es ein böses Erwachen. Zunächst hatten sie mit Unterstützung von Atomkraftgegnern öffentlich starke Kritik wegen der Einkesselung von Demonstranten auf dem Heiligengeistfeld in Hamburg nach der Brokdorf-Demo an Innensenator Rolf Lange geübt. Dann erlebten sie wenige Wochen später den Mord- und Selbstmord-Fall »Pinzner« und gleichzeitig den gewünschten Fall des kritisierten Senatskollegen und dessen vorläufiges Ende seiner Karriere.

Aber häufig wird die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Wurden Ehlers und Kuhbier wegen ihrer Kritik an Lange außerhalb des Senats vom Bürgermeister kräftig gerüffelt (was sie verschmerzen konnten), so fielen sie mit dem neu ernannten Innensenator Pawelczyk vom Regen in die Traufe. Der naßforsche und »rechte« Sozialdemokrat Pawelczyk schlechthin (der Ratgeber Rolf Langes) ergriff die Gelegenheit seiner Ernennung beim Schopfe und machte Nägel mit Köpfen.

Das »böse Erwachen« bringt Ehlers & Co. auch noch 292 Polizeibeamte und 74 Beamte für die Justiz und Ausgaben von etwa 16 Millionen DM in den nächsten Jahren. Personalaufstockung in den Kindergärten: nein — Personalaufstockung in der Polizei: ja. In der SPD gibt es mit Sicherheit noch Parteimitglieder, die nach den Ursachen der Mißstände in unserer Gesellschaft fragen und nach Lösungen suchen und nicht nach dem Knüppel der Obrigkeit rufen. Nur, äußern sie sich noch?

## Übereinstimmung von SPD und CDU in innen- und wirtschaftspolitischen Fragen

*»Die innere Sicherheit in dieser Stadt ist ähnlich wie ein Schweizer Käse.«* (CDU-Oppositionsführer Perschau, »Welt«, 2.8.1986) Die Löcher im Käse verstopft die Senatsregierung auf besonderes Drängen der CDU mit dem Aufblasen des Polizei- und Justizapparats.

45 Planstellen werden für die »neue« Sicherheit ab 22 Uhr in den Hamburger Schnellbahnen benötigt. Mit *»nahkampferfahrenen und äußerst kräftigen«*, mit Sprechfunk ausgerüsteten und bewaffneten Schutzmännern will der Senat nicht nur das *»subjektive Sicherheitsgefühl«* der Bürger wieder herstellen, sondern gleichzeitig das Abwandern der Fahrgäste und das Defizit im Verkehrsverbund stoppen.

Bei den Hamburger Verkehrsbetrieben wurde in den vergangenen 20 Jahren auf-Teufel-komm-raus rationalisiert. Das Personal auf den Bahnsteigen und in den Schalterhallen wurde durch Fernsehkameras und Fahrkartenautomaten ersetzt.

Mit 68 Fahrgastbetreuern (eine ABM-Maßnahme), Kontrolleuren und Polizei werden jetzt Steuergelder ausgegeben, die damals unter dem Gesichtspunkt Rationalisierung und Modernisierung angeblich eingespart werden mußten. So werden Planer und Rationalisierer von ihrer eigenen Vergangenheit, von ihrer »Fortschrittsgläubigkeit« wieder eingeholt. Die Wirklichkeit richtet sich eben nicht nach den Wünschen, Vorstellungen und Zielen von »Planungsgehirnen« und deren Vollstreckern. Oder doch?

130 Polizeibeamte sollen die Revierwachen verstärken und die Menschen »ermutigen«, abends wieder unbeschwert den Nachbarn, das Theater und die Sportveranstaltung zu besuchen. Der Auto- und Radio-Klau soll zurückgehen, und mit der verstärkten Verbrechensbekämpfung würde auch die Aufklärungsrate wieder steigen. Allein 40 neue Beamte sollen die Hehlerei bekämpfen. *»Wenn den Dieben die Absatzkanäle«* (oder Löcher im Köse) *»verstopft werden, macht sich das bald in der Kriminalstatistik bemerkbar.«* (»Hamburger Abendblatt«, 22.8.1986) So leicht ist das für den Senator und den Kommentator des »Abendblattes«.

Innensenator Pawelczyk macht unterdes ganze Arbeit. An Haupt und Gliedern soll der Polizeiapparat verbessert werden. Die Polizeidirektoren werden bei ihm zur Schule gehen, und die Landespolizeischule wird auf »Vordermann« gebracht, d.h. die Ausbildung der Polizisten wird so verbessert, daß sie zukünftig *»handwerklich sauber«* arbeiten und bei Streßsituationen (siehe Einkesselung) besonnener reagieren. Schließlich und endlich sollen mit einer geregelten Überstundenbezahlung (die jetzt durch fehlendes Personal verstärkt anfallen) und besseren Beförderungsmöglichkeiten die *»Motivation der Polizei«* verbessert werden. Und Lob blieb nicht aus, so ein Polizeibeamter: *»Ein 10.000-Mann-Betrieb wie die Polizei braucht eine starke Hand. Rolf Lange war ein freundlicher Mensch, aber mit Freundlichkeit kann man keine Polizei führen.«* (»Welt«, 9.8.1986).

Die CDU, in deren Sinne die beschriebenen »Staatsschutzaktionen« laufen, möchte es gründlicher machen, ihr geht das Senatskonzept nicht weit genug, wenn sie an der mangelnden inneren Sicherheit herummäkelt, weil z.B. *»die Beseitigung des rechtsfreien Raumes an der Hafenstraße«* wiederum *»vertagt«* wurde. (»Welt«, CDU-Müller, 8.8.1986).

Daß es um die »harte« Linie von Pawelczyk in Senat und Fraktion zu Auseinandersetzungen kommen würde, war vorauszusehen. Daß die »Linken« in der SPD bei ihrem Nein gegen den Abbau von Leistungen im Sozialbereich unterlagen, widerspiegelt die Kräfteverhältnisse in der Partei, daß sie sich aber in der Bürgerschaftsfraktion in einem so schwächlichen Zustand in der Ablehnung der Bewilligung von Geldern für die innere Sicherheit befanden, war wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die absolute Mehrheit der SPD bei der Bürgerschaftswahl im November verloren zu gehen drohte und bei einem erneuten Konflikt innerhalb der Partei mit Sicherheit verloren ginge. Diese Zwangslage der SPD-Abgeordneten und das Signal der CDU, dem Sicherheitspaket in der Bürgerschaft zuzustimmen, halfen Pawelczyk bei seiner Nacht- und Nebelaktion.

*»Wenn ich Sozialdemokrat bin und ein Unternehmen führe, muß ich dafür sorgen, daß ich durch Wettbewerbsfähigkeit die Arbeitsplätze erhalte... Wenn ich heute Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik oder in Hamburg mache, muß ich sie so gestalten, daß die Bundesrepublik und Hamburg konkurrenzfähig bleiben — in*

*einem in den Weltmarkt eingebundenen System. Wer diesen Maßstäben nicht genügt, kann nicht regieren. Es gibt in diesem Sinne keinen spezifisch sozialdemokratischen Umgang mit der Technik. Die Technik im Betrieb ist das Ergebnis von Rechenoperationen — und es gibt keine sozialdemokratische Algebra.«* (»Sonntagsblatt«, 18.11.1984)

Der HADAG- und HHLA-Sanierung folgen die Kindergärten und Krankenhäuser. Unternehmensberatungsfirmen erarbeiten für horrende Summen aus dem Steuersäckel rigorose Rationalisierungsvorschläge (wann ist die Müllabfuhr dran?).

Privatwirtschaftlich geführte Staatsbetriebe mit hartem, betriebswirtschaftlichem Sparkurs sollen dem Hamburger Senat den finanziellen Spielraum wiederbringen, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (sprich: Finanzspritzen) für die Unternehmen verbessern zu können. Die Gründung einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft (die es mittlerweile in vielen Bundesländern gibt) allein genügt nicht, wenn nicht auch die entsprechenden finanziellen Mittel bereitstehen, um ansiedlungsbereiten Unternehmen lukrative Angebote bei ihrer Standortentscheidung für Hamburg machen zu können. Das Umland (Schleswig-Holstein und Niedersachsen) wirbt mit aggressiven Abwerbekampagnen (z.B. billiges Bauland und Zonenrandförderung) um jedes Unternehmen — Hamburg muß dagegen halten.

Dieser Subventionswettlauf mit zwangsläufig zunehmender Schärfe kommt nur den Unternehmen zugute. Ob die Arbeitsplätze in Hamburg oder im Umland geschaffen werden, die Rechnung für Rationalisierung und Subvention zahlt so oder so der Werktätige (und Arbeitslose). Auch die Ansiedlung von »Zukunftstechnologie« (Philips/Valvo und Nixdorf), um die sich alle Bundesländer reißen, bedeuten über kurz oder lang und wo auch immer die Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Wenn Bürgermeister von Dohnanyi schreibt, *»daß der Unternehmer es nur bei Strafe seines Untergangs unterlassen könne,... auf grundlegende prozeßtechnische Neuerungen (zu) verzichten«* (»Zeit«, 22.8.1986), dann wird deutlich, warum auch ein sozialdemokratischer Regierungschef mit Steuergeldern ansiedlungswilligen Unternehmen »behilflich« sein muß. (Und nicht nur mit Finanzen, auch die Gewerbeaufsicht muß mitspielen: Bei der Ansiedlung von Valvo wurde »klammheimlich« die Sonntagsarbeit genehmigt). Das ist ein Teil seiner Perspektive und vieler seiner Parteifreunde und deckt sich mit den Vorstellungen von CDU und FDP.

Das jüngste Beispiel dazu kommt aus Baden-Württemberg, wo die CDU-Landesregierung 140 Millionen DM zur Verfügung stellt, damit Mercedes-Benz nicht nach Bremen abwandert, sondern das neue Werk für einen Quadratmeterpreis von 5 DM in Rastatt errichtet. Einem gut florierenden Unternehmen, das bei einer SPD- oder CDU-Regierung anklopft, müssen die gewünschten Finanzmittel gewährt werden, wenn das Unternehmen (sprich: Arbeitsplätze und Steuereinnahmen) im Lande angesiedelt oder gehalten werden soll.

Was aber denken darüber Arbeitslose und jene, deren Arbeitsplatz vernichtet wird? Identifizieren sie sich mit diesen Maßnahmen und sehen sie darin einen Ausweg für die Zukunft und für ihre eigenen Lebensbedingungen?

Hamburgs wirtschaftliche Lage bleibt labil, ganz gleich, ob nach der Bürgerschaftswahl die SPD oder die CDU das Ruder hält. Mit fast 94000 Arbeitslosen bei relativer Konjunktur, wie groß werden erst die politischen Probleme nach dem nächsten Wirtschaftsabschwung? (Abgeschlossen Ende Oktober) ■

*Hessen*

# Staatsgerichtshof urteilt über das Personalvertretungsgesetz

## Die Vorgeschichte

Mit taktischem Geschick hatten die hessischen Grünen um Sympathien in Gewerkschaftskreisen geworben, indem sie Anfang der 80er Jahre Gesetzesforderungen des DGB Hessen aufgegriffen und in die parlamentarische Diskussion gebracht hatten.

Auf Initiative der Grünen und mit den Stimmen auch der SPD wurde 1984 im Hessischen Landtag u.a. das Hessische Personalvertretungsgesetz (HPVG) novelliert, d.h. neu gefaßt. Im HPVG wurde den Personalräten z.T. erheblich erweiterte Initiativ- und Mitbestimmungsmöglichkeiten zugestanden. Das galt vor allem im Hinblick auf die Ausdehnung des Bereichs jener Mitbestimmungstatbestände, bei denen die Einigungsstelle — paritätisch besetzt — das letzte Wort hat. Diese sogenannte qualifizierte Mitbestimmung war durch die Gesetzesnovelle auf fast alle wichtigen personellen und sozialen Angelegenheiten ausgedehnt worden, ebenso auf die Einführung neuer Arbeitsmethoden und technische Rationalisierung sowie Privatisierungen. Es mag hier dahingestellt bleiben, ob und in welcher Weise Rationalisierung und Privatisierung und ihre negativen Auswirkungen für die Arbeitnehmer im Öffentlichen Dienst durch die Einführung der qualifizierten Mitbestimmung verhindert werden könnten. Angesichts der Erfahrungen in der Montanindustrie, wo seit 1951 die qualifizierte Mitbestimmung besteht, erscheint dies wenig wahrscheinlich. Aber die Frage bleibt notgedrungen akademisch, denn die HPVG-Novelle ist in ihren wesentlichen Punkten außer Kraft gesetzt worden.

## Das Urteil

In einem vom Landesanwalt beantragten Normenkontrollverfahren hat der Hessische Staatsgerichtshof am 30. April 1986 verkündet, das HPVG sei in wesentlichen Teilen verfassungswidrig. Ferner gibt es Klagen CDU-geführter Kommunen vor dem Bundesverfassungsgericht. Dessen Urteil steht noch aus.

Nach dem Antrag des Landesanwalts beschloß der hessische DGB-Vorstand, eine Unterschriftensammlung durchzuführen, um dem Verfahren beim Staatsgerichtshof beitreten zu können. Dazu bedarf es der Unterschriften von mindestens einem Prozent der wahlberechtigten Bürger — das waren mindestens 40757 Unterschriften. Zwischen dem 9. Januar und dem 8. Februar 1986 sammelten hessische DGB-Gewerkschafter 121956 beglaubigte Unterschriften, fast das Dreifache der erforderlichen Quote. Mit einem derartigen Erfolg hatte niemand gerechnet. Aber dabei blieb es dann auch.

Die Richter des Staatsgerichtshofs ließen sich offenbar davon nicht beeindrucken. Das Urteil geht in seiner Tragweite weit über die anfangs von führenden ÖTV-Funktionären geäußerten Befürchtungen hinaus. Grob zusammengefaßt urteilte der Hessische Staatsgerichtshof:

- Die qualifizierte Mitbestimmung (Letztentscheidungsrecht der Einigungsstelle) in organisatorischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten sei nichtig, weil mit der Hessischen Verfassung unvereinbar.
- Die qualifizierte Mitbestimmung in Personalangelegenheiten der Angestellten ab Vergütungsgruppe Vb Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) sei verfassungswidrig. Das Gericht bediente sich dabei der Formulierung von den *»hoheitlich tätigen Angestellten in gehobener Stellung«* — wobei es wohl eine Analogie zu den *»leitenden Angestellten«* im Geltungsbereich des Betriebsverfassungsgesetzes im Sinn hatte.
- Ferner sollen Gewerkschaftsbeauftragte an gemeinsamen Besprechungen (sog. Monatsgespräche) zwischen Dienststellenleiter und Personalrat nicht teilnehmen dürfen, sofern *»Gegenstände behandelt werden, die die Mitteilung oder Erörterung personenbezogener Daten einschließen«.*

Die Einzelentscheidungen des Gerichts stehen unter der Grundüberlegung, daß in wichtigen Staats- und Verwaltungsangelegenheiten die letzte Entscheidung bei den (gewählten) Verwaltungsspitzen liegen soll. Das ist der verfassungsgerichtliche Schlußstrich unter der Forderung nach Demokratisierung der Öffentlichen Verwaltung.

Die Herausnahme der sogenannten *»hoheitlich tätigen Angestellten in gehobener Stellung«* aus der wirksamen Mitbestimmung

des Personalrats bedeutet sogar eine Verschlechterung des ursprünglichen Rechtszustands, d.h. vor der Neufassung des HPVG im Jahre 1984. Auch insoweit hat das Urteil eine über Hessen weit hinausreichende Bedeutung, weil abzusehen ist, daß auf der Grundlage des Urteilstenors des Hessischen Staatsgerichtshofs von den Öffentlichen Arbeitgebern nach der Bundestagswahl im Januar 1987 Angriffe gegen günstigere Regelungen im Bundespersonalvertretungsgesetz sowie in den entsprechenden Gesetzen anderer Bundesländer erfolgen werden.

## Die Konsequenzen:
## Wie die Gewerkschaftsführung sie zieht

Das Urteil des Hessischen Staatsgerichtshofs ist unmittelbar geltendes Recht. Es bedarf also erst einmal keiner erneuten Änderung des Gesetzes durch den Hessischen Landtag. Ministerpräsident Börner und SPD haben auch deutlich gemacht, daß sie keinen Anlaß sehen, noch vor der Landtagswahl im Herbst 1987 eine erneute Diskussion um das HPVG zu entfachen. ÖTV und DGB tolerieren das.

**Erstens: Die Urteilsschelte.** Besonders empört sind die Kommentatoren des ÖTV-Apparats darüber, daß die Argumente der Gutachten des DGB vom Staatsgerichtshof so gut wie nicht gewürdigt worden seien. Ferner verstehen viele Funktionäre nicht, daß in einem Bundesland, in dem die SPD seit über vierzig Jahren regiert bzw. Regierungskoalitionen anführt, der Staatsgerichtshof derart reaktionär besetzt ist, wie es im Urteil zum Ausdruck kommt.

**Zweitens: Es ist alles doch nicht so schlimm!;** d.h. Abfinden mit dem Urteil, versuchen, das Beste daraus zu machen. Einerseits, so wird betont, habe man auch nach dem Staatsgerichtshofsurteil eines der fortschrittlichsten Personalvertretungsgesetze. Andererseits sei ja die Mitbestimmung im Grunde erhalten geblieben; nur die *»uneingeschränkte, durch das Letztentscheidungsrecht der Einigungsstelle gekennzeichnete Mitbestimmung des Personalrats in organisatorischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten sowie in Personalangelegenheiten der ‚hoheitlich tätigen Angestellten in gehobener Stellung'* (sei) *mit der Landesverfassung unvereinbar und nichtig.«* (ötv-Argumente 3-4/86, S. 17)

Aber man beruhigt sich gleich wieder, denn: *»Bis zum Spruch der Einigungsstelle ist das Verfahren der eingeschränkten Mitbestimmung identisch mit dem der uneingeschränkten.* **Andererseits gibt es auch bei eingeschränkter Mitbestimmung für keine Seite einen Zwang, die Aufhebung des Beschlusses der Einigungsstelle zu beantragen.** (Hervorh. der Red.) *Der Einspruch des jeweils zuständigen Gremiums bleibt eine politische Wertentscheidung, auf die es vor allem auch gewerkschaftlichen Einfluß zu nehmen gilt.«* (ötv-Argumente, S. 28)

Nachdem die Welt nun offenbar wieder in Ordnung ist, kommt der ÖTV-Bezirksvorstand Hessen am 26.6.86 zu einer für die meisten Funktionäre etwas überraschenden Schlußfolgerung: Die Vertrauensleute sollen nun bewirken, was die Pesonalräte nicht mehr können. Im Originalton klingt das so:

*»Auf die rechtliche Beschneidung einer wirklich qualifizierten Mitbestimmung in wirtschaftlichen und personellen Angelegenheiten gibt es nur politische Antworten:*
*Die Basis der ÖTV in den Betrieben und Verwaltungen ist zu vergrößern. Die Vertrauensleutearbeit muß intensiviert werden. Das heißt, diese stärker in personalrätliche Konflikte mit dem Arbeitgeber einzubeziehen.*
*Vertrauensleute sind weitaus weniger gesetzlichen Reglementierungen unterworfen und können zum Beispiel durch eine aktive Informationsarbeit auf geplante Rationalisierungsmaßnahmen und deren Auswirkungen hinweisen. ...*
*Dort, wo das Gericht Kürzungen an Mitbestimmungsrechten vorgenommen hat, gilt es jetzt, die gewerkschaftliche Arbeit zu intensivieren...« (ÖTV Hessen-Aktuell v. 11.7.86)*

## Wie wir sie ziehen

Die »offizielle Linke« in der ÖTV, zu der der Landesbezirk Hessen gerechnet wird, verhält sich hier ähnlich, wie die »offizielle Linke« im DGB (Hensche und Freunde) in der Angelegenheit Neue Heimat es in größerem Maßstab tut: Sie versucht sich an die Spitze der politischen Kritik zu setzen, um sie am Kern der Sache vorbeizuleiten.

Was das Staatsgerichtshofsurteil anlangt, so liegt es nahe, daß hier ein politisch motiviertes Urteil gefällt wurde, das dann notdürftig, mit viel Ach und Weh von den Richtern begründet worden ist. Dafür ist der skandalöse Umgang mit den Rechtsgutachten, die der DGB vorgelegt hat, ein überzeugender Beleg. Das kann aber für die Gewerkschaften keine neue Erfahrung sein; vielmehr ist es eine erneute Bestätigung unzähliger vergangener Erfahrungen mit der Rechtsprechung z.B. des Bundesarbeitsgerichts.

Neu und bemerkenswert ist indes, daß und vor allem wie im Schweinsgalopp die politische Entscheidung eines Landesparlaments durch Gerichtsbeschluß kassiert worden ist. Hatten doch die DGB-Gewerkschaften ihre Wahlkampfunterstützung für die SPD sehr deutlich mit der Mitbestimmungsfrage verknüpft. Für die DGB-Spitze müßte doch eigentlich eine Welt eingestürzt sein, nachdem selbst eine deutliche parlamentarische Mehrheit für eine mitbestimmungsfreundliche Koalition eine **Verschlechterung bereits bestehender** Mitbestimmungsregelungen nicht einmal verhindern kann.

Wie bereits in der Vergangenheit so oft: Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer erleben das Scheitern einer parlamentarischen Illusion, aber sie können nicht zugeben, daß es eine Illusion war. An Stelle der kritischen Aufarbeitung tritt halbherzige politische Wortfechterei und an die Mitglieder wird die Parole ausgegeben: Weiter so im alten Geist!

Einer der Gründungsväter der deutschen Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert, Ferdinand Lassalle, hatte in einer Schrift über das Verfassungswesen die Frage gestellt (und beantwortet), was eigentlich die Ursache für Gesetzesänderungen ist. Er wies nach, daß der geänderte Gesetzesinhalt in aller Regel ein geändertes Kräfteverhältnis zwischen den gesellschaftlichen Klassen und Schichten zum Ausdruck bringt und faßte diese Erkenntnis in dem einprägsamen Wort zusammen *»Verfassungsfragen sind Machtfragen«.*

Diese Überlegung legt den Schluß nahe, daß auch der Hessische Staatsgerichtshof das tatsächliche aktuelle gesellschaftliche Kräfteverhältnis zwischen Unternehmern und Gewerkschaften zur Geltung bringen und — sozusagen präventiv — die Regierungskoalition aus SPD und Grünen vor weiteren »Gesetzgebungsabenteuern« etwa im Bereich der Atomenergie warnen wollte.

Grundsätzlich ist sicherlich die Feststellung des hessischen ÖTV-Bezirksvorstands richtig, daß es zu diesem Urteil *»nur politische Antworten«* gibt. Aber was heißt das?

Der Bezirksvorstand versucht, den Mitgliedern den Eindruck zu vermitteln: Wir haben eine Schlacht verloren — aber wir haben eine Strategie, mit der wir den Krieg gewinnen werden.

Aber das eben stimmt nicht! Mit dem Staatsgerichtshofsurteil in der Hand läßt sich allein die Basis der ÖTV in den Betrieben und Verwaltungen nicht verbreitern. Damit allein läßt sich auch die Vertrauensleutearbeit nicht intensivieren, wie es der Bezirksvorstand fordert.

Und worin besteht die Strategie? Es gibt keine. Weder hat der ÖTV-Hauptvorstand eine, noch hat sie der Bezirk Hessen. Dies wird besonders deutlich in der gegenwärtigen Diskussion um die Tarifrunde 1987. Das Gerangel um den Vorruhestand ist geradezu eine Parodie auf die 35-Stunden-Woche-Diskussion vor zwei Jahren: Eine Forderung, bei der ein auch nur einigermaßen annehmbares Ergebnis von vornherein ausgeschlossen werden kann, mit der aber im Nachklapp Gemüter besänftigt werden sollen, die sich vor zwei Jahren über Gebühr erhitzt hatten. Die Angst vor innerorganisatorischen Konflikten mit den Gegnern der Wochenarbeitszeitverkürzung ist so groß, daß Große Tarifkommission und Hauptvorstand sich bereits ins Hemd machen, bevor es zum Krach kommt.

Die Führung schwankt haltlos wie ein Rohr im Wind, aber der »Basis« muß glauben gemacht werden, daß hinter alledem eine sieghafte Strategie steht.

Nun kann keiner, auch wir nicht, eine Strategie für die Gewerkschaftsbewegung am Grünen Tisch entwerfen; keine jedenfalls, die Bestand hätte. Aber es läßt sich doch eindeutig sagen, wie die Gewerkschaften allein zu einer Strategie gelangen können. Indem sie nämlich an jedem Punkt, an dem sie die Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern oder deren Helfern aufnehmen, ihre Kräfte in vollem Maße einbringen und im Anschluß daran die Erfahrungen kollektiv aufarbeiten. Dazu müßten diese »Führungen« aber gezwungen werden — von ihren eigenen Mitgliedern. Denn, wenn man sie nicht dazu zwingen kann, dann werden sie immer wieder so handeln, wie zuletzt beim Staatsgerichtshofsurteil: Sie werden die Niederlage wegzureden suchen und im übrigen den Schwarzen Peter weiterschieben, möglichst an die Vertrauensleute oder an die »Basis«.

Da., November '86■

# Herma Lübbe
## 20.5.1905—9.6.1986

*Sie hat ein schweres Gepäck durchs Leben getragen, das Gepäck ihrer Mitmenschen«* — mit diesen Worten Martin Andersen-Nexös nahmen im Juli viele Freunde von unserer Genossin Herma in Salzgitter Abschied; die meisten aus den Betrieben der Gegend, vor allem der Hütte, die für einige Jahre auch Hermas Arbeitsplatz gewesen war.

Vor wenigen Jahren haben wir über die Stationen ihres Lebens berichtet (Arbeiterpolitik, 30.6.1981): ihre Jugend in Wien, der Tschechoslowakei und Rumänien, wo sie sich nach dem Tod ihrer Eltern als Kinder- und Stubenmädchen und Köchin durchschlug, bis sie in der Weltwirtschaftskrise 1929 arbeitslos wurde und als Wirtschaftsemigrantin nach Frankreich ging; wie in Paris aus dem wirtschaftlichen das politische Exil wurde — an der Seite ihres Mannes; ihre Internierung im Lager Gurs; der Weg nach Salzgitter, weil es Fritz nicht möglich war, in Frankreich unterzutauchen; ihre Sorgen um Fritz nach seiner Verurteilung; ihre Arbeit in der »Gefolgschaftsabteilung der Hütte, angesichts der Leiden der Arbeiter unter Zwangsarbeit, Hunger, Lagerleben, KZ; nach 45 der erste Widerstand der Arbeiter gegen die Demontage der Hütte, die Anfänge der Gruppe Arbeiterpolitik, Hermas Arbeit als *»Schreibhilfe«* für Waldemar Bolze. Nie hat sie geklagt, weil ihr eine Belastung zu groß war. Bis zuletzt war sie bereit, jedes Opfer zu bringen, das die gemeinsame Sache erforderte. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges folgten für sie wirtschaftlich bessere Jahre, aber auch im Niedergang der Arbeiterbewegung infolge des Wirtschaftswunders ist sie die gleiche geblieben. Beharrlich arbeitete sie weiter. Politik für Arbeiter war für sie vor allem eine praktische Frage.

*Zeichnung einer Leidensgefährtin von der gemeinsamen Baracke in Gurs, 1940*

# Zur Diskussion über...

# Thesen zur SDI-Beurteilung

(Kritik des Artikels »Strategische Angriffs-Initiative«, in der »Arbeiterpolitik« 4/86, 12.7.1986, S. 12—17)

Zwei Dinge will der Artikel beweisen:

1. *»SDI«* (ist) *»nicht eine gleichförmige Weiterentwicklung der US-amerikanischen Rüstung«* (S. 13).
2. Die USA unternehme bereits gegenwärtig — nämlich mittels SDI — den *»Versuch, ... die SU... aus den Weg zu räumen«* (S. 13).

Beide Aussagen bedürfen der Relativierung.

### Die Notwendigkeit der militärischen Analyse

Behauptet man, bei SDI handle es sich gerade nicht nur um eine militärische *»Weiterentwicklung«*, sondern um einen *»Sprung«*, dann müßte zu Beginn einer Untersuchung über SDI auch eine militärpolitische Analyse stehen. Genau das geschieht in dem entsprechenden Artikel aber nur sehr ansatzweise.

Bliebe die Analyse auf diese militärpolitischen Aspekte beschränkt, wäre sie sicherlich fehlerhaft; als erster Schritt macht solch ein Vorgehen aber Sinn: Bekanntlich stellt das Militär eine spezifische Form von Handwerkszeug für die Politik dar. Die Wahl des jeweiligen Handwerkszeugs läßt also Rückschlüsse auf das Denken und die Ziele der Politik zu. Schlüsse, die eine vorwiegend politisch-ökonomische Analyse unter Umständen nicht (bzw. nur auf sehr allgemeiner, unpräziser Ebene) ermöglicht.

Umgekehrt heißt das aber auch, einer bestimmten Politik müssen die angemessenen handwerklichen Mittel — in diesem Fall militärische — zur Verfügung stehen, will sie sich durchsetzen. Nur zu behaupten, die USA habe ein Motiv, reicht nicht. Zeigt sich, daß die in Frage stehenden militärischen Mittel nicht tauglich sind, kann man trotz aller bösen Absichten, die man vielleicht auf Seiten der USA feststellen könnte, bis zu einem gewissen Grade Entwarnung geben. Einschränkend muß man sich allerdings daran erinnern, dasselbe Ziel kann man häufig durch die verschiedensten Mittel erreichen: Nur weil ein militärisches Mittel untauglich sein sollte, muß das eben nicht heißen, es gäbe überhaupt kein Mittel.

### Die Mängel der Argumentation vieler Linker

Gegenüber der offiziellen Argumentation, SDI sei vom Ansatz her strikt defensiv zu verstehen, sind innerhalb der Linken erhebliche Zweifel vorhanden:

Da in absehbarer Zeit kein US-Abwehrsystem so effizient sein könnte, daß die USA einen eventuellen Erstschlag der Sowjetunion in einem lohnenswerten Maße überstehen würde, somit das Geld für den Aufbau eines solchen Systems nur rausgeschmissen wäre, sind Zweifel an der offiziellen Argumentation angebracht. Diese Zweifel verstärken sich, wenn man sich daran erinnert, daß die strategische Diskussion in den USA sowie verschiedene bereits praktisch gewordene Maßnahmen (Pershing, Trident) darauf hindeuten, daß die Vereinigten Staaten ihre Atomstreitkräfte auf eine Erstschlags-/Enthauptungsschlagstrategie ihrerseits konzentrieren wollen. Dazu würde SDI passen: Erst zerschlägt man einen großen Teil der sowjetischen Offensivraketen, für die verbleibenden soll dann der SDI-Schirm ausreichen. So gründlich die Linke die offizielle Argumentation untersucht, so nachlässig überprüft sie ihre eigene. Die Kardinalfrage ist doch, wie stark muß der SDI-Schirm immerhin sein, damit eine US-Erstschlagsstrategie sinnvoll wird? Muß nicht dieselbe Frage, wie gegenüber der offiziellen Argumentation, gestellt werden, nämlich wie effizient kann solch ein Abwehrschirm sein? Setzt nicht auch ein Erstschlagskonzept genau das voraus, was die linken Kritiker bestritten haben, nämlich daß ein SDI-Schirm in dem Maße errichtbar und funktionstüchtig wäre, wie die US-Regierung das behauptet?

Dieselben Argumente, die gegen die offizielle Version vorgebracht werden, stehen auch dem angeblich dahinter stehendem Konzept entgegen:

Zum Beispiel: Es ist technisch nur schwer, wenn überhaupt verwirklichbar; es ist praktisch nicht finanzierbar, weil die Kosten für diesen Teil der Militärmaschinerie die Kosten übersteigen würden,

die heute für das gesamte Militär ausgegeben werden. Es hat, selbst wenn es optimal verwirklicht würde, praktisch kaum einen Sinn, denn selbst super-optimistische SDI-Befürworter gehen nicht davon aus, daß eine 100%ige Abwehr möglich sei. Wenn aber auch nur wenige SU-Raketen durchkommen, ist die direkte Zerstörung der USA mindestens genauso groß (wenn nicht größer) wie die des Deutschen Reiches nach 1945: Die Dimensionen werden deutlich, wenn man bedenkt, daß allein ein einziges US-Atom-U-Boot eine Zerstörungskraft hat, die der aller im II. Weltkrieg abgeworfenen Bomben entspricht. Neben den direkten Folgen muß man auch an die indirekten Folgewirkungen (atomarer Winter) denken.

All diese Gegenargumente gelten umso mehr, als die SU auf den tatsächlichen Aufbau eines SDI-Schirmes mit Gegenmaßnahmen reagieren würde. Sie wäre dabei insbesondere deshalb erfolgreich, weil letztere technologisch einfacher und billiger zu bewerkstelligen sind als das, was die USA planen.

## Militärische Pläne und die Wirklichkeit

Es ist naheliegend, daß man gegen die obige Argumentation einwendet, so könnte man es sehen, die Amis sehen das aber nicht so. Letztlich gelte ja das Argument, »der Atomkrieg kennt nur Verlierer«, für das gesamte Atomprogramm; aber die USA/NATO unternehmen trotzdem Anstrengungen, die man zumindest so interpretieren kann/muß, als ob sie meinen, sie könnten tatsächlich einen Atomkrieg nicht nur mit einem Pyrrhussieg beenden.

Auf den ersten Blick ist diese Gegenargumentation bestechend, bei näherem Hinsehen verliert sie aber etwas an Glanz: Es ist im Laufe der Geschichte nicht gerade selten vorgekommen, daß Militärs sich geirrt haben, was die Bedeutung bestimmter Waffen/Pläne/etc. für den jeweils nächsten Krieg anging; sie haben nicht nur die Bedeutung bestimmter Waffenbereiche (z.B. Chemie für den II. Weltkrieg) über-, sondern auch die anderer (z.B. Panzer für denselben Krieg) unterschätzt. Es ist also keine dilettantische Spielerei, wenn man überprüft, ob bestimmte offizielle militärische Pläne militärischen Kriterien standhalten, denn nur so kann man tatsächlich die Bedeutung dieser Pläne zutage fördern (das kann man nicht, wenn man einfach darauf vertraut, die Militärs verstünden schon ihr Handwerk). **Ein** Weg, um das zu tun, ist sich zu fragen, ob es Parallelen sowohl zur Chemie- wie zur Panzerwaffe im II. Weltkrieg gibt und was daraus folgt?

Vor dem letzten Weltkrieg wäre jeder, der die Bedeutung von chemischen Waffen für einen zukünftigen großen Krieg in Abrede gestellt hätte, als Ignorant bezeichnet worden. Darüber herrschte auch innerhalb des KPO-Spektrums Konsens: *»Die schlimmste aber von allen ist die Gasbombe. Infolge ihrer — man möchte sagen — kriegsentscheidenden Bedeutung ist sie die gefährlichste... Die Bevölkerung jedes Landes ist auf Gedeih und Verderb den Wirkungen der Gasbomben ausgeliefert«* (»Junge Kämpfer«, Nr. 4/1931 S. 45). Einzige Streitfrage war, ob diese Waffengattung **die** oder nur **eine** entscheidende Rolle spielen würde. Trotzdem ist die Chemiewaffe im Weltkrieg **militärisch** nicht eingesetzt worden. Einfache Angst kann dafür nicht ausschlaggebend gewesen sein, denn trotz der Erfahrungen des I. Weltkrieges haben z.B. die Italiener in Abessinien/Äthiopien Gas eingesetzt. Es muß etwas mehr gewesen sein, was z.B. Nazi-Deutschland davon abhielt, diese Waffe selbst in verzweifelter Situation einzusetzen, obwohl man damals als die führende Chemie-Nation wohl noch die besten Voraussetzungen gehabt hätte.

## Vergleich Atom-/Chemiekrieg

Verschiedentlich hat es innerhalb der damaligen Militär-, Partei-, Staatshierachie Vorstöße gegeben, die darauf abzielten, diese Waffe einzusetzen. Letztlich hat aber so etwas wie eine »Abschreckung« gewirkt und den Einsatz doch verhindert. Es lassen sich drei Elemente herauskristallisieren, die für die Entscheidung verantwortlich waren:

- Es gab Proleme mit der **Handhabbarkeit** der Waffe (simpelste klimatische Veränderungen können die Wirkung verändern).
- Die Auswirkungen waren nicht eindeutig **begrenzbar** (der Wind konnte das auf den Feind abgeschossene Nervengas wieder zurückbringen).
- Es gab relativ wenige **Schutzmöglichkeiten** gegenüber einem Gasangriff.

Diese drei Elemente stehen nicht gleichrangig nebeneinander: Handhabbarkeit konnte, Begrenzbarkeit sollte, Schutzmöglichkeiten mußten gegeben sein. Alldies zusammengenommen heißt aber nicht, quasi automatisch müsse aus der Abschreckungssituation die Entscheidung des Nicht-Einsatzes folgern: Sich so zu verhalten, setzt eine politische Entscheidung, eine Kosten-Nutzen-Rechnung, voraus.

Aber solch eine politische Entscheidung fußt auf der Situation der militärischen Abschreckung und wird durch sie eingegrenzt und bis zu einem gewissen Grade bestimmt. Das politische Verhalten der Nazi-Führung macht noch etwas deutlich: Abschreckung wirkt nicht an und für sich und in alle Ewigkeit, sondern nur in einer spezifischen Situation, wo die Kosten den Nutzen übersteigen; die Konsequenz heißt nicht, lassen wir die Finger davon, sondern, suchen wir Alternativen, verringern wir die Kosten.

Nimmt man die obigen drei Kriterien und überträgt sie auf die Atomwaffe, so ergeben sich Parallelen, zumindest was die Situation zwischen den USA und der Sowjetunion angeht.

— Stichworte für die Probleme der Handhabbarkeit sind: Elektromagnetischer Puls und Brudermord.

— Wie das mit der Begrenzbarkeit aussieht, hat Tschernobyl gezeigt.

— Schutz- und Abwehrmöglichkeiten stehen in keinem realistisch-sinnvollem Verhältnis zu den Folgen des Atomkrieges.

Zwar könnte man unter Umständen all diese Probleme irgendwann mal für viel Geld in den Griff bekommen (man arbeitet ja kräftig daran), zwar könnte die politische Entscheidung getroffen werden, der Nutzen (die SU von der Landkarte zu putzen) ist es wert, dafür immens hohe Kosten aufzubringen, aber plausibel ist es wohl, daß man versuchen wird, nach kostengünstigeren Lösungswegen zu suchen.

Selbst wenn man diese Schlußfolgerungen akzeptiert, tauchen jetzt selbstredend mehrere Fragen auf (wenn man die Folgerungen nicht nachvollziehen kann, tauchen sie erst recht auf): Ist das nicht letztlich alles Spekulation? Was hat das mit SDI zu tun? Unwahrscheinlich heißt nicht unmöglich, muß deshalb nicht auch ein Atomkrieg einkalkuliert werden? Heißt das dann aber nicht, es ist trotzdem sinnvoll, atomar aufzurüsten? Bringt dann diese Aufrüstung nicht die Folgeprobleme mit sich, die man u.a. Im Zusammenhang mit SDI kennt (rüsten, auch wenn man kaum eine sinnvolle Chance für »Danach« hat; Aufbringen der Kosten, auch wenn es ans Eingemachte geht)?

Es mag unter Umständen der Fall sein, daß man all diese Fragen mit »Ja« beantworten muß; bevor man aber an ihre Beantwortung herangeht, muß man sich erst einmal eine andere Frage stellen: Gibt es bereits jetzt die Suche nach dem oben angesprochenen kostengünstigen Lösungsweg? Oder anders formuliert: Zeichnen sich bereits jetzt Waffenentwicklungen (besser: neue Konzeptionen, was die Waffenanwendungen angeht) ab, die dazu führen werden, daß (wie der Panzer im II. Weltkrieg) in einem zukünftigen Weltkrieg ganz andere Waffen eine entscheidende Bedeutung erlangen werden? Die Beantwortung dieser Frage ist notwendig, weil man nur dann die Atomkriegsgefahr realistisch einschätzen kann: Sobald sich Alternativen abzeichnen, bekommen alle Probleme der Atombewaffnung einen anderen Stellenwert. Solange man keine Alternative hat, muß man auch größere Probleme in Kauf nehmen.

## Schwerpunkt: Konventionelle Aufrüstung

Es gibt Alternativen. Sie heißen: Air-land-Battle, Air-Land-Battle 2000, Rogers-Plan, Europäische Sicherheitsstudie, Low intensity warfare.

Im Kern handeln all diese Konzepte davon, wie man die konventionelle Kriegsführungsfähigkeit auf allen Ebenen und in allen Einsatzgebieten deutlich verbessern kann. Verbessern, indem man eher statische Strategie- und Taktik-Konzepte zugunsten von dynamischeren aufgibt.

Auf den ersten Blick mag die Einschätzung überraschen, das Wichtige **all** der oben aufgelisteten Pläne sei das konventionelle Element. Denn zumindest bei Air-Land-Battle nimmt der nukleare Teil einen wichtigen Stellenwert ein, ja es wird sogar die sogenannte nukleare Hemmschwelle deutlich gesenkt, denn die Kommandokompetenz bestimmter Nuklearеinsätze wird niedrigeren militärischen Rängen zugeordnet. Vom Ergebnis her ist das aber gar nicht so neu: Der Kernpunkt von »Flexible Response« lautet ja bereits: Die Sowjetunion muß in einer frühen Phase einer konventionellen Auseinandersetzung mit einem Nuklearеinsatz rechnen,

was heißt, letzterer könnte auf das Gefechtsfeld begrenzt sein. Der Umstand, daß der Einsatz bestimmter Nuklearwaffen von gefechtsnahen Rängen entschieden werden soll, kann aber letztlich sogar zu einer höheren Selbstabschreckung führen, weil dieser Offizier noch viel eher damit rechnen muß, daß er die Folgen seines Einsatzbefehles zu spüren bekommt.

Im konventionellen Teil von Air-Land-Battle finden sich aber gravierende Änderungen. Während lange Zeit die konventionellen Kriegsführungskonzepte der NATO an die Erfahrungen eines Montgomerey und Eisenhower im II. Weltkrieg anknüpfen (mit hochwertigem Materialeinsatz Stückchen für Stückchen vorwärts), werden jetzt die Konzepte der Nazi-Armee ausgeschlachtet: Blitzkrieg und Kesselschlachten heißen jetzt Deep Strike und Interdiction.

Über die militärische Effektivität der neuen konventionellen Waffengeneration sollte man keinen falschen Vorstellungen erliegen: Der direkte militärische Zerstörungswert konventioneller Bewaffnung kommt den Dimensionen des Atomeinsatzes immer näher. Beispielhaft zeigt sich das im Bereich der Luftwaffe. Um eine sowjetische Division aufzureiben, mußten bisher ca. 2200 Flugangriffe ausgeführt werden. Gegenwärtig wird die NATO-Luftwaffe mit Submunition ausgerüstet. Jetzt bedarf es nur noch 300 bis 800 Einsätze. Projektiert ist die Ausrüstung mit endphasengesteuerter Submunition. Die Zahl der notwendigen Einsätze verringert sich auf 50 bis 60. Da die Anzahl der NATO-Flugzeuge nicht verringert wird, potenziert sich also die Kampfkraft (eingeschränkt selbstverständlich durch SU-Abwehrmaßnahmen).

Wenn auch die USA/NATO ihre Kriegsführungsfähigkeit durch Effektivierung des konventionellen Bereiches auf breiter Front verbessern, der Schwerpunkt all ihrer Bemühungen liegt gegenwärtig doch dort, wo man sich auf die Konflikte in der III. Welt vorbereitet. Es wurde die Schnelle Eingreiftruppe aufgebaut; die Special Forces werden aufgestockt. Aus den Vietnam-Erfahrungen hat man gelernt (gegen Guerilleros helfen nicht so sehr Bomber und schwere Waffen, sondern es wird ein anderes Konzept des Anti-Guerilla-Kampfes gebraucht). Das Konzept der »low intensity warfare« baut auf diesem Lernprozeß auf. Verstärkt läßt man sich in Konflikte in der III. Welt ein. Es stellte sich jetzt die Frage, wenn die USA tatsächlich so sehr auf den konventionellen Bereich setzen müssen, wozu soll dann die Atomrüstung dienen? Warum investieren sie dort soviel?

## Bedeutung der atomaren Aufrüstung

Welche Bedeutung Atomwaffen haben können, auch wenn sie für die eigentliche Kriegsführung erst einmal überflüssig sind, wird deutlich, wenn man noch einmal die Beziehung der Nazis zur Chemiewaffe betrachtet.

Hätten sie nicht erwartet, daß die Alliierten chemisch zurückschlagen würden, hätten sie diese Waffe auch in bestimmten Situationen angewandt. Die Möglichkeit einer realen Vergeltung spielt eine immense Rolle. In dem Fall, wo letzteres wegfällt, bekommt die entsprechende Waffe (egal ob Chemie- oder Atomwaffe), die bis dahin vorwiegend nur eine politische Funktion gehabt hat, sofort wieder eine praktische Funktion.

Hieraus erklärt sich wohl auch, warum die Europäer so einen Drang zur Atomwaffe haben, entweder zu eigenen oder zu stationierten US-Waffen: Nur die Drohung in einer verzweifelten Situation den Gegner in den eigenen Selbstmord mit hineinzureißen, kann den Gegner dazu bewegen, nicht seinerseits die Atomwaffe einzusetzen.

Aus diesem Abschreckungsmoment heraus erklärt sich die Tendenz, daß sowohl USA wie SU ein Atompotential anhäufen, daß dem vielfachen entspricht, was nötig wäre, um den Gegner zu erledigen. Solch ein großes Potential ist dann nötig, wenn man gewährleisten will, daß man, egal wieviel der Feind z. B. durch einen Erstschlag vernichtet, immer noch soviel Waffen übrig hat, daß der Angreifer vernichtet werden kann. Würde die Sowjetunion nicht an der Errichtung der Eskalationsleiter mitwirken, hätte sie von vornherein schlechtere Karten, weil es für die USA weniger Gründe gäbe, nicht die Atomwaffe einzusetzen.

Abschreckung ist nur die eine Seite der Medaille, Überwindung der Abschreckung die andere.

Trotz der Tatsache, daß die Nazis sich immer wieder vor die Situation gestellt sahen, aus Angst vor Vergeltung die Chemiewaffen nicht anwenden zu können, haben sie sie bis Kriegsende weiterentwickelt. Bis zuletzt haben sie gehofft, die Probleme der Chemiewaffe soweit in den Griff zu bekommen, daß sie zu einer praktischen Waffe würde. Ähnliches dürfte selbstredend auch in bezug auf die Amis und die Atomwaffe gelten.

## Bedeutung für die Sowjetunion

Damit wäre wir aber wieder am Ausgangspunkt. Ist es realistisch, daß die USA mittels SDI und dem Aufbau der Erstschlagskapazität in absehbarer Zeit die SU in die Lage bringen können, wo die USA die Sowjetunion nicht mehr fürchten braucht? Wie oben schon gezeigt, kann man darauf mit »Nein« antworten, denn solange die SU nicht totgerüstet wird (daß das geschieht, ist unwahrscheinlich), ist es für die Sowjetunion immer ein leichtes, jeweils soweit nachzurüsten, daß die USA letztlich doch immer ausmanövriert wird.

Wenn das aber so ist, warum machen die Sowjets dann soviel Aufhebens um SDI? Untersucht man diese Frage, muß man zu dem Schluß kommen, was ihnen Sorgen bereitet, ist nicht der Raketenkampf im Weltraum: »*Vor einem Jahr noch war es« (SDI) »das alles beherrschende Thema, heute sind die Sowjets offenbar nicht mehr gleichermaßen von »Star Wars« hypnotisiert... vor allem die technischen Argumente sind solider geworden. Heute haben sich die Fachleute und wohl auch die politische Führung in Moskau davon überzeugt, daß das von Reagan geplante Abwehrsystem auch dann ausgeschaltet werden könnte, wenn Moskau nicht im Weltraum mit den Amerikanern gleichzieht*« (»DIE ZEIT«, 30.5.86).

Richtig bleibt aber, daß die Sowjetunion sich gegen das SDI-Programm wappnen und wehren muß, insofern es nur ein Synonym für »Aufrüstung« ist. Was wäre die Folge, gelänge es den Vereinigten Staaten, das eigene Atomkriegspotential (z. B. aufgrund von »Abfall«produkten aus der SDI-Forschung) wesentlich zu verbessern? In ihren eigenen Augen wäre der Moment der Abschreckung verbessert worden, sie könnten also verstärkt begrenzte konventionelle Konflikte riskieren. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß man sich dazu zuerst den hochgerüsteten mitteleuropäischen Kriegsschauplatz aussuchen wird, um die SU mittels konventionell geführter Auseinandersetzungen unter Druck zu setzen. Der damalige Vorsitzende der Vereinigten US-Stabchefs hat bereits 1981 deutlich gemacht, was das konkret heißt: »*Wir leben in einer Zeit, in der*

*ein Putsch, ein größerer Streik, ein terroristischer Angriff oder ein abgelegener Krieg zwischen zerstrittenen Nachbarn in einem noch nie dagewesenen Ausmaß weltweite Konsequenzen zur Folge haben kann, die unser nationales Wohlergehen und unsere nationale Sicherheit beeinträchtigen«.* Was David C. Jones hier anhand von Beispielen formulierte, verallgemeinerte US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger in einer Rede am 5. Mai 1981 so: *»Wir müssen darauf vorbereitet sein, Gegenoffensiven in anderen Regionen in Gang zu setzen und darauf, die Schwächen des Angreifers auszunutzen, wo immer wir sie finden«.* (Spiegel, 20.10.86) Die Praxis zeigt sich in Grenada, Nicaragua und Libyen, nicht aber im Weltraum. ■

# Arbeiterkorrespondenzen

## Kampagne der Post-Gewerkschaft:

## »Sichert die Post – rettet das Fernmeldewesen!«

Unter diesem Motto mobilisiert die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) ihre Mitglieder zu einer Kampagne gegen Privatisierung des Post- und Fernmeldewesens. Postminister Schwarz-Schilling und CDU halten dem entgegen, daß niemand an eine Privatisierung der Post denke, daß die Gewerkschaft mit Schwarzmalerei Wahlkampf betreibe und nur vom NH-Desaster ablenken wolle.

Die Mobilisierung der Mitgliedschaft zeigte ungeahnte Wirkung. Für die Auftaktkundgebung in Köln am 4.10. wurden intern 10000 Teilnehmer geplant. Diese Zahl sollte geheim gehalten werden, um sich nicht zu blamieren. Tatsächlich aber nahmen mehr als 20000 Kolleg(inn)en an dieser Kundgebung teil. Ein weiterer, allerdings nicht geplanter Effekt dieser Mobilisierung läuft den Interessen der DPG genau entgegen. Vom Postminister wird aus *»machtpolitischem Kalkül«* (DPG-Vorsitzender K. v. Haaren) die Verbeamtung von Arbeitern und Angestellter betrieben, um die Post streiksicher zu machen. Aus Angst um die berufliche Zukunft war ohnehin schon die Mehrzahl der Angesprochenen bereit, sich in das Beamtenverhältnis übernehmen zu lassen. Nun, da das Gespenst der Privatisierung droht, drängt es noch mehr Kolleg(inn)en aus dem Tarifbereich in das vermeintlich auf ewig sichere Beamtentum.

Anders reagieren Führungskräfte und Teile der technischen Intelligenz. Dort wird zunehmend diskutiert, daß eine Privatisierung so schlecht auch nicht wäre, dann könne man, von bürokratischen Hemmnissen befreit, endlich vernünftig arbeiten, und auch die Bezahlung wäre mit Sicherheit der eigenen Bedeutung angemessener.

Die Postler sind also in ziemlicher Aufregung. Was steckt eigentlich hinter dieser ganzen Angelegenheit? Es ist z.Zt. eine weltweite Erscheinung in den entwickelten kapitalistischen Ländern, daß die Post- und Fernmeldewesen organisatorisch getrennt werden, daß die klassische Post ein staatlicher Zuschußbetrieb bleibt und die Fernmeldeverwaltung in ein privatkapitalistisches Unternehmen umgewandelt wird. So geschah es z.B. in Großbritannien und in den Niederlanden. Auch die Entflechtung des ATT-Konzerns in den USA lief in die gleiche Richtung.

Dafür gibt es verschiedene Gründe:

**1.** Fernmeldedienstleistungen erfreuen sich ständig steigender Nachfrage, ihre Produktion ist hochautomatisiert, billig und damit profitträchtig.

**2.** Das Telefon konnte sich als Massenartikel durchsetzen, weil es überall und jedermann zu gleichen Konditionen verhältnismäßig billig angeboten wurde. Über das normale Telefon hinausgehende Fernmeldedienstleistungen waren bis vor etwa 15 Jahren mengenmäßig ohne Bedeutung. Von daher ging die Gebührenpolitik in der Regel dahin, für diese Sonderdienste (z.B. Datenübertragung) den tatsächlichen Kosten entsprechende Gebühren zu erheben. Praktisch: Wenn, einmal unterstellt, eine Datenleitung 100x mehr Kosten verursacht als Tante Emmas Telefon, dann hat die Firma XY dafür 100 x höhere Gebühren zu entrichten.

Da nun aber einerseits das Telefon ebenso wie Auto und Kühlschrank »unverzichtbarer Bestandteil des Lebens« geworden sind und andererseits die früheren Ausnahmedienste rasende Verbreitung finden, entspricht dieses Prinzip der Gebührenpolitik nicht mehr den wahren Kräfteverhältnissen. Im kapitalistischen Sinn vernünftig wäre es, Tante Emmas Gebühr um das 10fache zu steigern, um für die Firma XY die Datenleitung billiger zu machen. Dazu aber ist eine staatliche Verwaltung mit ihrem Zwang zu politischer Rücksichtnahme auf alle möglichen Interessengruppen nicht immer imstande.

**3.** Die Nachrichtentechnik und die Datenverarbeitungstechnik sind heute technisch fast dasselbe. Die praktische Folge davon ist, daß die großen Datenverarbeitungsmultis (IBM) in die Fernmeldemärkte drängen. Das Umgekehrte zu vollziehen, ist aber vor allem den europäischen Konzernen der Nachrichtentechnik (Siemens) nicht oder nur unvollkommen gelungen. Die Hersteller der klassischen Nachrichtentechnik sind aber aufs Engste mit den jeweiligen nationalen Fernmeldeverwaltungen verbunden.

Nationale Fernmeldeverwaltungen hatten — und haben in der BRD heute noch — die Funktion, als sicherer, geschützter Markt für nationale Produkte, ein staatlich subventioniertes Entwicklungsinstitut (und im Rahmen der internationalen Verflechtung der Fernmeldenetze eine international tätige Absatzorganisation) zu sein. Die beginnende Sättigung der Märkte führt dabei zu einem immer härter werdenden internationalen Konkurrenzkampf, der durch das Hinzutreten der Datenverarbeitungsmultis ständig eskaliert. Dabei fällt es nationalen Konzernen immer schwerer, ihren Heimvorteil zu behaupten. Aus diesem Grund wird auch international, z.B. von den USA und der EG, auf die BRD/DBP Druck ausgeübt, ihren Markt zu öffnen.

So gesehen bedeutet in der BRD die Forderung »Weg mit dem Postmonopol« in Wirklichkeit: *»Weg mit dem Siemens-Monopol«*, d.h. Zulassung von IBM, Sperry, Nixdorf usw. auf dem innerdeutschen Fernmeldemarkt.

**4.** Bei modernen Fernmeldeverwaltungen findet eine Gewichtsverlagerung vom reinen Netzbetrieb zur Dienstleistungsproduktion statt. Nach Einführung der Selbstwahl in Ortsnetzen, später dann national und international im Fernnetz, war der Aufbau und der Betrieb des Netzes (Leitungen, Vermittlungsstellen, Telefonapparate) die Hauptaufgabe der Fernmeldeverwaltungen. Die auf diesem Netz einzig mögliche Dienstleistung *»Abwickeln von Telefongesprächen«* wurde quasi vom Kunden selbst produziert. Mit der Fortentwicklung der Datenverarbeitungstechnik und ihrem Eindringen in die Nachrichtentechnik ist es nun möglich, mit demselben Fernmeldenetz viele neue Dienstleistungen zu produzieren und zu verkaufen. (Stichwort: VAL — Value-added networks) D.h., ein Computer mit entsprechender Software und Anschluß an das Fernmeldenetz reicht aus, eine spezielle Dienstleistung für exklusive Kunden zu produzieren und anzubieten.

Beispiel: Telex-Agentur. In London gibt es seit der Privatisierung hochautomatisierte Agenturen, die Fernschreiben von europäischen Firmen an überseeische Geschäftspartner aufnehmen und über festgeschaltete Standleitungen nach New York, Tokio usw. weiterleiten. Sie können dies billiger als jede Fernmeldeverwaltung tun, weil sie kein nationales und internationales Netz unterhalten müssen und die gemieteten Standleitungen rund um die Uhr ausgelastet sind.

An diesem Beispiel wird klar, daß nicht nur Multis ein Interesse an der Privatisierung der Fernmeldeverwaltung haben, denn eine solche Dienstleistungsproduktion ist auch für Mittelständler machbar.

Eine ähnliche Entwicklung hat sich auf dem Gebiet des Güter- und Personenverkehrs bereits vollzogen. Während früher die Eisenbahn ein weitverzweigtes Netz von Verkehrswegen baute und unterhielt und selbst damit die Dienstleistung *»Transport von Personen und Gütern«* produzierte, hat sich heute eine Arbeitsteilung entwickelt. Der Staat baut und unterhält die Autobahnen und eine Vielzahl von privaten Unternehmen produziert mit diesen die gleichen und andere, neue Dienstleistungen wie früher die Eisenbahn.

**5.** Das klassische Postwesen (Briefe und Päckchen) verliert als Infrastruktur für die Kapitalverwertung gegenüber dem Fernmelde-

wesen an Bedeutung. Das klassische Postwesen ist dem Fernmeldewesen gegenüber personalintensiv und teuer. Seine Defizite werden über Quersubventionierung aus dem Fernmeldewesen gedeckt. Dieses Geld fehlt nun aber, um den von allen Kapitalfraktionen als dringend angesehenen Ausbau der Fernmeldenetze zu beschleunigen.

Aus der Umkehrung dieser vorgenannten Gründe sind die Folgen einer Privatisierung für die Masse der Bevölkerung und die bei der Post Beschäftigten abzulesen:

— Abbau, Verschlechterung und und Verteuerung der Service-Leistungen für die Massenkundschaft

— Ausbau, Verbesserung und Verbilligung exklusiver Dienste für die Großkunden

— praktische Folge: Personalabbau im Service-Bereich des Massengeschäfts. In den USA und in GB gab es deshalb Massenentlassungen.

Das wissen die Postler, und deshalb fällt die Mobilisierung zu dieser Kampagne auf fruchtbareren Boden als jede Tarifrunde der letzten 10 Jahre.

Die Postgewerkschaft malt nun in ihrer Kampagne den Teufel eines Verkaufs der Post am Aktienmarkt an die Wand. Der Postminister beschwichtigt in einem Brief an alle 540000 Postangehörigen, daß in der BRD an so etwas niemand denke, daß die Post die *»Netzträgerschaft«* auf jeden Fall behielte, lediglich eine gewisse Liberalisierung des Endstellenmarktes und im Dienstleistungs-Bereich sei im Gespräch.

In der Tat fällt es schwer, bei Einschätzung der Kräfteverhältnisse der Gewerkschaftsagitation zu glauben. Eine totale Privatisierung des Fernmeldewesens hätte zur Folge:

— der Absatzmarkt Post würde internationalen Multis geöffnet, nationale Großkapitale können daran eigentlich kein Interesse haben.

— Bei der Größe der BRD wäre für mehrere Netzbetreiber, anders als in den USA, kein Platz. Also, das Staatsmonopol würde lediglich durch ein privates Monopol abgelöst. Ein privates Monopol ist aber vom Gesamtkapital schlechter zu kontrollieren als ein Staatsbetrieb mit der speziellen Organisationsform der DBP.

Es wird wahrscheinlich darauf hinauslaufen, daß die Post als Staatsbetrieb erhalten bleibt und weiter die Fernmeldenetze errichtet und betreibt. Die Dienstleistungsproduktion und der Endstellenmarkt aber werden entweder total privatisiert oder auch privaten Anbietern geöffnet. Das bedeutet, die Post stellt lediglich das Produktionsmittel Netz zur Verfügung und sorgt für dessen Verfügbarkeit,wo und wann immer es gebraucht wird. Die Produktion selbst und damit der Profit werden privatisiert. Die Post würde damit quasi zur Bundesautobahnverwaltung, die die Verkehrswege für private Speditionsunternehmen zur Verfügung stellt. Dies hätte den Vorteil, daß der deutsche Markt beim kapitalintensiven Netzausbau kontrollierbarer bleibt und daß mittelständische Unternehmen und internationale Multis ihre Dienstleistungen verkaufen könnten.

*»Liberalisierung des Endstellenmarktes«* heißt, die Post liefert die Leitung nur mit einer Steckdose. Das dazugehörige Telefon, Datenmodem oder was auch immer kauft man sich im Fachhandel oder im Supermarkt, der dann natürlich auch den Service für diese Geräte übernimmt. Damit würde zwar ein Teil des Marktes internationaler Konkurrenz preisgegeben. Aber dies geschieht stückweise schon seit langem und ist ohnehin nicht aufzuhalten. Darüber hinaus könnte dadurch der internationale Druck auf den deutschen Fernmeldeprotektionismus etwas aufgefangen werden.

Die oben dargestellten Privatisierungsfolgen würden dadurch etwa in dem gleichen Maße durchschlagen wie bei einem Totalausverkauf. Dies alles ist alleine schon schlimm genug für die Masse der Postkunden und der Postler. Die Frage stellt sich nun, ob die Postgewerkschaftsführung die Lage anders einschätzt oder aus anderen Gründen mit dem *»Totalausverkauf«* droht, und es damit dem Postminister und bürgerlichen Kommentatoren leicht macht, sie als unverantwortliche Agitatoren hinzustellen.

Soll etwa die dargestellte Teilprivatisierung á la Bundesautobahnverwaltung später als Erfolg des Kampfes gegen die Totalprivatisierung verkauft werden?

Als Anfang der 20er Jahre der rheinische Kapitalist Stinnes dem Deutschen Reich die Reichsbahn abkaufen wollte, streikten die Eisenbahner. Der Verkauf wurde so verhindert. Aber die Reichsbahn, die Notenbank und die Reichspost wurden aus dem Reichsvermögen und dem Reichshaushalt, also der parlamentarischen Kontrolle ausgegliedert und über Verwaltungs- bzw. Aufsichtsräte der direkten Kontrolle des nationalen Kapitals unterstellt. Sie blieben nur der inneren Organisationsform nach noch staatliche Verwaltungen. Werden jetzt nach mehr als 60 Jahren die Postler streiken, um den nächsten Angriff abzuwehren? *Da., 11/86*■

## *COOP-Nord*

# Abfuhr für Döding

Die neueste Entwicklung bei der Neuen Heimat (NH) hat die noch **etwas** ruhigeren Verhältnisse in der coop Nord ein wenig in den Hintergrund gedrängt. Die privaten Immobiliengeschäfte von Vorstandsmitgliedern, Aufsichtsräten und Betriebsrat Albers in Sarstedt und deren Folgen sind aber bei der Belegschaft keineswegs vergessen.

Der Betriebsrat der coop hatte gegen diese Grundstücksgeschäft seinerzeit protestiert, weil sie sich über getroffene Absprachen hinwegsetzten und den Verlust von über 100 Arbeitsplätzen zur Folge hatten. Die »Bauherren« in Sarstedt vermieteten diesen Bau an die coop Nord mit der Folge der Verlegung der Verwaltung der coop Nord von Hamburg (Strohhaus) nach Sarstedt.

An dem Bau waren führende Vorstandsmitglieder (Otto, Caspar u. a.) mit persönlichen Einlagen, die in die 100000 e gingen, beteiligt und unter anderen auch der ehemalige Betriebsratsvorsitzende der coop Nord, Albers. Nach Bekanntwerden seiner Teilnahme an den obskuren Geschäften mußte er aus dem Betriebsrat ausscheiden (behielt aber sein Aufsichtsratmandat für die NGG). Als die Sache ans Licht kam, wußte die Geschäftsleitung sich keinen besseren Rat, als den neuen Betriebsratsvorsitzenden Siewert, der gegen den Vertragsbruch die Interessen der Beschäftigten vertrat, zu feuern.

Der Betriebsrat lehnte die Zustimmung zu der fristlosen Entlassung ab. Der Antrag der Geschäftsleitung auf eine ersatzweise Zustimmung wurde vom Arbeitsgericht abgewiesen. Nach der ersten Instanz vor dem Arbeitsgericht erklärte die Geschäftsleitung, der Richter sei »befangen« gewesen, hatte er doch geäußert, daß die coop für die Verletzung der Mitbestimmung bekannt sei. Der Befangenheitsantrag wurde vom Gericht abgewiesen und die Geschäftsleitung mußte in die Revision vor dem LAG gehen.

Dort liegt die Sache seit vielen Monaten, weil die Termine immer wieder verschoben werden. Manchmal sind die Vertreter der Geschäftsleitung gerade auf Urlaub, manchmal hatte die der NGG keine Zeit, meistens aber erfährt man gar nichts über die Gründe der Verschiebung. Eins scheint klar zu sein: Die Geschäftsleitung hofft, daß der Prozeß verzögert wird, damit würde bei der Belegschaft Gras über die Sache wachsen und inzwischen das für die Geschäftsleitung ungünstige Kräfteverhältnis im Betriebsrat verändert werden können. Sie taten einiges dafür.

Am 16.5. hatte der Betriebsrat seinen Rücktritt erklärt, um zu Neuwahlen zu kommen. Den Grund dafür konnte man dem Geschäftsbericht des Betriebsrates auf der Betriebsversammlung am 24. Juli entnehmen. Darin hieß es: »Der *Rücktritt des Betriebsrates war notwendig geworden, weil durch das Ausscheiden bzw. beabsichtigte Ausscheiden von freigestellten Betriebsratsmitgliedern Ihre* (d.h. der Beschäftigten, die Red.) *Interessenvertretung nicht mehr gewährleistet war... Es ist Fakt, daß der Arbeitgeber sein Ziel erreicht hat, den Betriebsrat zu entsolidarisieren. Lassen sich mit Geld und guten Positionen alle Probleme in unserem Unternehmen regeln? ... Die Entscheidung des Kollegen Genz, aus dem Betriebsrat zum 1. Juli 1986 auszuscheiden, hat der Betriebsrat nicht verstanden. Sein Argument, daß er sich die Aufgabe ausgedacht hat, macht alles noch viel undurchschaubarer. Der Arbeitsplatz wurde speziell für ihn geschaffen. Der Arbeitsvertrag wurde von ihm unterschrieben. Es wurden erste Gespräche geführt. Danach hat die NGG mit Konzernspitze über die berufliche Zukunft des Kollegen Genz verhandelt und erreicht, daß er seine neue Aufgabe nicht wahrnimmt. In einem persönlichen Brief teilte Klaus* (d. i. Genz, die Red.) *mit, daß er weiterhin dem Betriebsrat zur Verfügung steht. Mit dem Unternehmen ist vereinbart, daß er jederzeit Gespräche mit dem Arbeitgeber über seinen beruflichen Weg aufnehmen kann. Er werde dies selbstverständlich auch tun. Dafür hatte kein Betriebsratsmitglied mehr Verständnis. Das war ein weiterer Grund für den Rücktritt des Betriebsrates.«*

(Dieser Bericht wurde einstimmig vom Betriebsrat verabschiedet, also auch mit der Stimme von Genz. Er wurde allen Betriebsangehörigen durch die HBV zugesandt. Die Empörung über die Vorgänge hinter dem Rücken des Betriebsrates muß so stark gewesen sein, daß der Bericht von Siewert auf der Betriebsversammlung, dem wir das vorstehende Zitat entnommen haben, auch die Zustimmung von Klaus Genz fand.)

## Der Hintergrund

Die Geschäftsleitung sucht nach einem Weg, die Geschlossenheit des Betriebsrates gegen die fristlose Entlassung Siewerts aufzuspalten. Sie kann das dadurch erreichen, daß sie an Leute, die in gewerkschaftlicher und politischer Hinsicht nicht sattelfest genug sind, bessere Posten vergibt, um sie auf ihre Seite zu ziehen. Hatte sie doch schon Klaus Albers, den ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden, mit der Beteiligung von 100000,- DM an dem Immobiliensché in Sarstedt eingefangen, das zu seinem Rücktritt geführt hatte.

Daß die NGG, vertreten durch den 1. Vorsitzenden Döding als stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der coop in enger Fühlung mit Bernd Otto (Vorstandsvorsitzender der coop), davon nichts gewußt haben sollte, kann die NGG nicht einmal behaupten. Auf der Betriebsversammlung selbst nahm daher der Vertreter der NGG zu diesem Bericht keine Stellung. Was sollte er auch noch sagen, wo die NGG ihre Rolle nicht verteidigen kann? Zuvor waren 7 Betriebsratsmitglieder der NGG zur HBV übergetreten.

Bei der infolge des Rücktritts des Betriebsrates um einige Monate vorgezogenen Neuwahl wurde getrennt zwischen Angestellten und Gewerblichen gewählt. Neben den 3 Tarifgewerkschaften (DAG, NGG, HBV) trat auch eine »Hamburger Liste« auf. Spitzenkandidat Albers (siehe oben!) — obwohl er sein Betriebsratsmandat vorher niedergelegt hatte. Seine große Hoffnung war es, aus den Gegensätzen zwischen den Tarifgewerkschaften Stimmen für seine Liste zu gewinnen. Er bot sich für eine gute Zusammenarbeit mit der Unternehmensleitung an.

Das Wahlergebnis sah so aus:

| **Bei den Einzelhandelsangestellten** | | | **Bei den Gewerblichen** | |
|---|---|---|---|---|
| HBV | 9 Mandate | (1) | HBV | 4 (1) |
| NGG | 3 | (17) | NGG | 2 (6) |
| DAG | 3 | (8) | | |
| HL | 2 | — | | |

(in Klammern die alte Zusammensetzung)

Insgesamt hat die Liste der HBV 13 Mandate, DAG 3, NGG 5 und Hamburger Liste 2 Mandate. Das bedeutet die absolute Mehrheit für Siewert und seine HBV-Mannschaft. Die NGG hat ihre überragende absolute Mehrheit im Betriebsrat verloren, obgleich die NGG heute noch die mitgliederstärkste Gewerkschaft bei coop Nord ist. Die DAG, in den 50er Jahren noch die mitgliederstärkste und im Betriebsrat einflußreichste Gewerkschaft, hat 5 ihrer Mandate verloren.

Das Wahlergebnis ist zuerst eine deutliche Absage an Döding als Vorsitzenden der NGG. Er und die NGG sind bei der Belegschaft unglaubwürdig geworden wegen ihres Verhaltens sowohl in der Immobilienaffäre Sarstedt als auch bei der fristlosen Kündigung Siewerts, der der NGG bis zum Austritt der 7 NGG-Betriebsräte und deren Übertritt zur HBV angehörte. Die NGG gab sich alle Mühe, um Siewert bei der Belegschaft zu diskreditieren, hat aber dabei so überzogen, daß es ihr zum Nachteil wurde. So etwa der Vorwurf, daß er aus Konjunkturgründen die Gewerkschaft wechsle, was im Widerspruch stand zu dem Fakt, daß die HBV die »kleinste« Gewerkschaft bei coop Nord ist. Der Spitzenkandidat der NGG-Liste für die Gewerblichen stellte in einem Flugblatt die Forderung auf: *»Wiederherstellung von mehr Vertrauen zum Betriebsrat bei der Vertretung der Interessen gegenüber dem Arbeitgeber...* (Thiem) — Die NGG hatte jedoch Vertrauen verloren, nicht der Betriebsrat!!

Der Spitzenkandidat der NGG bei den Angestellten, Genz, schrieb u.a. in einem Flugblatt an die Belegschaft: *»Die NGG hat uns zu jeder Zeit bei unserer Arbeit tatkräftig unterstützt... Wir haben besonders auch dann die Gerichte bemüht, wenn es sich um die Verteidigung der Rechte des einzelnen Arbeitnehmers handelte. Denn der BR ist die Interessenvertretung der Arbeitnehmer und diese hat er auch konsequent zu vertreten. Aber seine eigenen Interessen dürfen und sollen dabei keine Rolle spielen...* (Das sagt einer, der gerade erst mit der Geschäftsleitung über einen Posten für sich im Unternehmen verhandelt hat! die Red.)

In einer Sonderausgabe der »NGG-Einigkeit« konnten die Beschäftigten lesen: *»Wußten sie schon, daß der Rechtsstreit coop/Siewert erledigt sein könnte? Der Arbeitgeber war bereit, den Antrag auf fristlose Entlassung zurückzunehmen. Der Einigungstext wurde vom Rechtsbeistand des Kollegen Siewert formuliert und vorgeschlagen.*
*Der Kollege Siewert war auch dann nicht verhandlungsbereit.«*
Diese Aussage ist keine Antwort — im Gegenteil geht die Prozessiererei der Geschäftsleitung gegen Siewert weiter. Warum verbreitet die NGG solche Gerüchte, die der Grundlage entbehren. ■

*Mein Ziel ist es nicht, den Arbeitgeber zu vernichten, und dieses darf auch nicht das Ziel des Betriebsrates sein, sondern wir dürfen den Arbeitgeber nur in seine Schranken verweisen und darauf hinwirken, daß er mit den Arbeitnehmern dieses Unternehmens menschlicher umgeht. Den Stil der Erpressung des Arbeitgebers überlasse ich anderen...«* — Wer ist da gemeint? — *»Keiner kann Kollegen vertreten, wenn er mit lauter Tricks, Gerüchten und Erpressungen gegen die Geschäftsleitung arbeitet...«*

Die Betriebsratsmehrheit mit Siewert will angeblich die GL vernichten, erpressen? Kann man Dinge mehr auf den Kopf stellen? Es war schon immer üblich, das Opfer zum Täter zu machen.

Diese Auslassungen sind umso penetranter, als der vorzeitige Rücktritt des Betriebsrates auf Verhandlungen desselben NGG-Spitzenkandidaten über **seine** Beförderung hinter dem Rücken des Betriebsrates zurückzuführen ist.

Auch die DAG schoß sich auf Siewert und die HBV ein. Sie hoffte wohl, wie Albers (HL), aus dem gewerkschaftlichen Streit Stimmen für ihre Liste gewinnen zu können: *»Jürgen Siewert und die anderen Spitzenkandidaten der HBV-Liste sind unglaubwürdig und unzuverlässig«.* — Warum Siewert unglaubwürdig sei, wurde allerdings nicht von der DAG erklärt. — *»Nicht Personen sondern Organisationen stehen auf dem Prüfstand«*, hieß es bei der DAG. Die Hoffnungen der DAG wurden »auf dem Prüfstand« arg enttäuscht.

In dem gemeinsamen Chor gegen Siewert durfte auch die Geschäftsleitung nicht fehlen. In einem »Offenen Brief« an »Herrn Jürgen Siewert« schrieb sie:

*»Schließlich hat die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Geschäftsleitung und Betriebsräten wesentlich mit dazu beigetragen, daß in der BRD der soziale Frieden gewahrt blieb und große wirtschaftliche Fortschritte erzielt wurden... Nicht zuletzt ihr Verhalten als Betriebsrat, sehr geehrter Herr Siewert, trägt in unserer Niederlassung Nord dazu bei, das Betriebsklima zu verschlechtern. Sie suchen den Kompromiß in der Verhandlung mit dem Arbeitgeber, zu dem wir ständig bereit waren und sind, sondern die öffentliche Auseinandersetzung oder den Streit vor dem Arbeitsgericht... Wir wünschen als Geschäftsleitung, daß der neu gewählte Betriebsrat sich wieder auf dieses Gebot des Betriebsverfassungsgesetzes besinnt und auf dieser Basis seine Arbeit aufnehmen wird...«*

Dies wurde vor der Wahl geschrieben. Das Wahlergebnis zeigt, daß die Mehrheit der Belegschaft sehr wohl verstanden hat, worum es bei der Wahl ging und warum diese gemeinsame Front von NGG, DAG, HL und Geschäftsleitung gegen Siewert durchfiel. *»Ein Betriebsrat zum Anfassen«*, hatte der HL-Führer Albers geschrieben. Ein klein wenig hat die Belegschaft seinen Wunsch erfüllt und angefaßt. Die Belegschaft hat sich auch nicht täuschen lassen von der Nachrede der angeblichen Gewerkschaftsschädigung durch Siewerts Übertritt zur HBV.

Bei Licht besehen ist es gerade das integre persönliche Verhalten der Betriebsräte in ihrer Arbeit gegenüber allen Versuchen, Betriebsräte mit Immobiliengeschäften und anderen Aufstiegsangeboten mit finanziellen Versprechungen zu kaufen, daß gewerkschaftliches Ansehen und die Solidarität bewahrte. Das Verhalten von Gewerkschaftsspitzen wie Döding von der NGG hingegen, fügte den Gewerkschaften bei den Beschäftigten schweren Schaden zu. Das wird sich auch in anderen Unternehmen zeigen.

Die Gewerkschaft HBV hat bei den Beschäftigten der coop Nord deshalb Vertrauen gewonnen, weil sie sich auf Kolleginnen und Kollegen im Betriebsrat stützen konnte, die sich als nicht bestechlich erwiesen haben. Der Übertritt von der NGG zur HBV erfolgte, weil die NGG Siewert fallen gelassen hatte, während die HBV sich in diesem Konflikt auf die Seite der Kollegen gestellt und Siewert unterstützt hat. Ganz anders hat sich der HBV-Bundes-

vorstand gegenüber den Kolleginnen und Kollegen der NH gezeigt — mit den entsprechenden negativen Folgeerscheinungen. Das allerdings ist nicht der Hamburger HBV-Verwaltungsstelle anzulasten.

Das unterschiedliche Verhalten der Hamburger Ortsverwaltung der Gewerkschaft HBV zu dem Verhalten des Hauptvorstandes derselben Gewerkschaft ist offenbar kein einmaliger Fakt. Es wird erneut bestätigt durch das Geschehen im Vorfeld der fälligen Aufsichtsratswahlen bei der coop.

Den Beschäftigten der coop Nord steht eine Vertretung im Aufsichtsrat der coop zu. Auf einer Betriebsrätekonferenz aus dem Bundesgebiet, auf der die HBV-Betriebsräte die Mehrheit haben (140 HBV zu 80 NGG) wurde gegen den Willen der Betriebsräte und Beschäftigten der coop Nord (die Siewert vorgeschlagen hatten) ausgerechnet jener Klaus Albers von der »Hamburger Liste« benannt, der an den obenerwähnten Immobiliengeschäften der Geschäftsleitung beteiligt ist und deswegen im alten Betriebsrat sein Mandat und den Vorsitz niedergelegt hatte. Zugrunde lag eine Absprache zwischen den oberen HBV- und NGG-Instanzen, die für die Beschäftigung der coop Nord eine glatte Provokation ist. Die engen Beziehungen zwischen Döding und Volkmar (HBV) im Aufsichtsrat der coop zeigen ihre Wirkung. Daß Klaus Albers als Mitglied der NGG bei den Hamburger Betriebsratswahlen eine eigene Liste aufstellte (obwohl es eine NGG-Liste gab), zeigt, daß hier ein Spiel hinter den Kulissen gegenüber der Belegschaft gespielt wurde — denn wie könnte er sonst jetzt als Aufsichtsratsvertreter von der NGG und HBV nominiert werden. Daß ein solches Vorgehen und Umgehen mit den organisierten Beschäftigten bei der coop Nord diese vor den Kopf stoßen muß, interessiert diese Herren nicht, wird aber sicherlich bei den Wahlen selbst seinen Ausdruck finden.

Inzwischen hat das Landesarbeitsgericht in der Berufungsinstanz den Antrag der coop, ersatzweise die Zustimmung zur fristlosen Entlassung Siewerts zu geben, abgelehnt. Einen Vergleichsvorschlag des Gerichts, daß die Geschäftsleitung der coop ihrerseits eine Abmahnung in die Personalakten geben sollte und Siewert seinerseits eine Gegendarstellung schreiben dürfe, wurde von der Geschäftsleitung der coop abgelehnt. Sie wollte eine Erklärung Siewerts zu den Akten, daß er sich falsch verhalten habe in der Auseinandersetzung um das Sarstedter Immobiliengeschäft, im besonderen durch das Interview, das er im Fernsehen gab. ■

*Paderborner Jugendzentrum*

# Im Bistum qualmt es weiter

Das Paderborner Kultur- und Kommunikationszentrum (KuKoZ) bestand vier Jahre lang. Das Zentrum bot eine breite Palette oft gut besuchter Kulturveranstaltungen, vom Punkkonzert über eine nicaraguanische Landarbeitercombo bis hin zu avantgardistischem Theater. Es veranstaltete zweimal wöchentlich, als finanzielles Rückgrat, Discos. Es bot politischen Gruppen, soweit es die beengten räumlichen Möglichkeiten erlauben, Tagungsmöglichkeiten und Räume für Veranstaltungen. Vor allem aber war es Bezugspunkt für einen Teil der Jugendlichen, für die diese Gesellschaft keine Perspektive mehr anzubieten hat oder die sich mit den angebotenen Perspektiven nicht zufriedengeben wollen. Von den Gruppen des linken und alternativen Spektrums (Frauenstadtplenum, 3. Welt-Gruppen, Grüne, DKP), wurde das KuKoZ, wenn schon nicht als ihr Zentrum, so doch als politischer Ort begriffen.

Daß in Paderborn der Versuch gemacht wurde, ein alternatives Kultur- und Kommunikationszentrum zu schaffen, hängt eng mit dem Ende der Anti-AKW-Bewegung zusammen. Ein Teil der Aktiven, der später den Kern der Initiative für das KuKoZ bildete, suchte mit dem Niedergang der Bürgerinitiative Umweltschutz und nach den Auseinandersetzungen um die Platzbesetzung in Gorleben und der Brokdorf-Demonstration im Februar 1981 nach neuen breiteren Möglichkeiten der politischen Arbeit. Für sie sollte ein alternatives Zentrum nicht nur Möglichkeiten bieten, kritische Kultur- und Jugendarbeit zu leisten. Sie wollten vor allem einen Kristallisationspunkt für die politische Szene in Paderborn schaffen, einen Ort, an dem die Arbeit der einzelnen Gruppen auch für die anderen Gruppen und für unorganisierte Leute durchsichtig gemacht werden könnte, an dem durch engeren Kontakt eine intensivere inhaltliche Auseinandersetzung stattfinden könnte. Sie hofften, so Berührungsängste überwinden zu helfen, eine inhaltliche Annäherung zu ermöglichen und die Wirkungsmöglichkeiten der zahlreichen kleinen politischen Gruppen und Einzelinitiativen insgesamt zu verbessern. Die Entscheidung, Ende 1981 selbst eine ehemalige Diskothek mit Lagerräumen anzumieten, war mit der Vorstellung verbunden, dort einige Jahre zu arbeiten, um dann die Stadt besser unter Druck setzen zu können, Geld bereitzustellen.

## Die innere Entwicklung

...mußte von Anfang an davon gekennzeichnet sein, daß einerseits Monat für Monat Forderungen für Pacht, Nebenkosten usw. in Höhe von etwa 8000,- DM zu begleichen waren und andererseits die anfallenden Arbeiten (Umbau der Lagerhalle zu Gruppenräumen, Thekendienst, Organisation von Veranstaltungen) fast ausschließlich auf Sach- und Geldspenden und unbezahlte Mitarbeit angewiesen waren.

Die Vorstellung, mit dem Zentrum politisch vereinheitlichend zu wirken, ließ sich allerdings nicht verwirklichen. Zwar trafen sich nach einigen Monaten ein weites Spektrum politischer Gruppen, von den Grünen über eine gewerkschaftliche Gruppe, DFG/VK und DKP bis zu den Autonomen, im KuKoZ. Für die meisten dieser Gruppen blieb aber das KuKoZ nur Versammmlungsort. Das gemütliche Bier wurde woanders gesoffen, eine Erscheinung, die, von den KuKoZ-Aktiven heftig kritisiert, auf den Großteil der Leute aus der Alternativen Szene, die die Einrichtung des Zentrums unterstützt hatten, ebenfalls zutrifft.

Nicht die politischen Gruppen und ihre Aktivitäten prägten den Alltag des Zentrums, sondern die Ausräumung von Schwierigkeiten mit Besuchern, die Herausbildung und Verbesserung der inneren Struktur (Selbstverwaltung), vor allem aber die ständige Sorge um die Beschaffung des nötigen Geldes und, z.T. damit zusammenhängend, die Auseinandersetzung mit der Stadt Paderborn.

Entscheidungen, die in diesen Fragen anstehen, wurden dem Anspruch nach von den Besuchern und Aktiven des KuKoZ gemeinsam getroffen. Die Beteiligung an diesen Entscheidungen ist aber im Laufe der Jahre deutlich zurückgegangen.

Im KuKoZ blieben wenige der ehemaligen Gründer und die Leute zurück, für die KuKoZ mittlerweile »ihr« Zentrum ist.

Da sind einmal die Schüler verschiedener Schulen, die einen Treffpunkt ohne Konsumzwang und Aufsicht suchen, um ihre Freizeitgestaltung selbst bestimmen zu können. Die meisten von ihnen fühlen sich in ihrer schulischen Situation isoliert, besonders durch Passivität und Kritiklosigkeit ihrer Mitschüler. Schule wird heute mehr denn je als Durchlaufstation bis zum Abitur gesehen, und das mit dem kleinstmöglichen Kräfteaufwand. Die wenigen Schüler, die sich als kritisch begreifen, versuchen die Isolaton in ihrer Freizeit zu überwinden, in der Schule selbst scheint die Anstrengung zu groß. Obwohl durchaus das Interesse besteht, im Unterricht auch inhaltlich zu diskutieren, scheitert dies am allgemeinen Desinteresse.

Erwartungen, durch Schülerverwaltungs-Arbeit irgendwie im Schulgeschehen eingreifen zu können, bestehen kaum, zum einen, weil man weiß, daß diese Gremienarbeit nichts bringt und an der Mehrzahl der Schüler vorbeigeht, zum anderen hat man Angst davor, in so einer Arbeit verschlissen und manipuliert zu werden.

Auch ganz offensichtliche Repressalien gegen einzelne Schüler führen nicht zu solidarischem Handeln. So an einer Realschule, wo »KuKoZ-Schüler« von Neonazis angepöbelt werden, rechte Flugblätter verteilt werden und die Schulleitung aber erst dann reagiert, als in einem Aufruf zu einem antifaschistischen Wochenende im Kukoz dies Beispiel beschrieben steht. Es gab eine Schulkonferenz darüber, inwieweit man es diesen Schülern gestatten könne, durch Auftreten und Äußeres Propaganda fürs Kukoz zu machen. Der einzige Ort, wo dieser Vorfall diskutiert werden konnte, wo sich persönliche Zusammenhänge über mehrere Schulen hinaus bildeten, war das Kukoz.

So bestand über den Zeitraum von ca. 2 Jahren eine Schülergruppe: Man traf sich einmal wöchentlich, um Freizeit zusammen zu verbringen und ab und zu über Themen wie Bundestagswahl, Jugendsituation in PB zu diskutieren. Unterschiedliche Erwartungen unter den Schülern dieser Gruppe führten im Laufe der Zeit zu Fluktuation, weil sich politisch-praktische Ansprüche dort wenig erfüllen ließen. Ein Teil der Schüler fing an, sich mehr im Kukoz selbst zu engagieren (Thekendienst, Renovierungsarbeiten) und darüber hinaus, sich politisch zu orientieren. So beteiligten sich gerade Schüler an der Vorbereitung des antifaschistischen Wochenendes oder an Aktionen nach dem Polizeieinsatz gegen das KuKoZ. Im Vordergrund stand dabei das Bedürfnis, nach außen hin aktiv zu werden, die inhaltliche Einschätzung, was Faschismus überhaupt ist, spielte eine untergeordnete Rolle. An einem

Wochenendtreffen der Schülergruppe zu diesem Thema nahmen nur noch 3 Leute teil. Die praktische Fixierung auf Aktionen wird durch die Autonomen unterstützt und ausgebaut. Doch für sie ist es genauso schwierig wie für andere Linke, eine kontinuierliche Arbeit herzustellen, die unabhängiger ist von der jeweiligen Situation des KuKoZ gegenüber Stadt und Parteien. Da die äußere Bedrohung des Zentrums in den meisten Fällen der Grund für weitergehende Aktivitäten ist, bestehen diese aus Reaktionen. Der Versuch, über eine Analyse der Kräfteverhältnisse in Paderborn und insbesondere der Widersprüche des anderen Lagers langfristige Überlegungen anzustellen, ist bisher immer so gut wie im Ansatz steckengeblieben.

Die Auszubildenden, die ins KuKoZ gingen, arbeiten meist in den größeren Firmen in PB (Nixdorf, Benteler). Im Betrieb sind sie oft in einer noch extremeren Situation als auf der Schule durch Repressalien von seiten der Kollegen und Ausbildungsleitung wegen nicht ins Firmenbild passender Äußerlichkeiten. Ein Teil der Punks im KuKoZ sind z.B. in der Ausbildung. Es gab wenig Interesse im KuKoZ an Gewerkschaften, was nicht zuletzt an der kaum vorhandenen Jugendarbeit innerhalb der Paderborner Gewerkschaften liegt und an der Einstellung der betrieblichen Gewerkschaftskollegen, denen zumeist, wie allen anderen Bürgern, das KuKoZ ein Dorn im Auge ihrer Ruhe ist. So traf sich die Auszubildenden-Gruppe der IG-Metall Nixdorf in einem der Gruppenräume. Sie versteht sich als gewerkschaftliche Jugendgruppe, die aber auch für Unorganisierte offen ist. Anfangs traf man sich im Gewerkschaftshaus, wo man sich einen Tagungsraum mit vielen anderen teilen mußte. Das KuKoZ wurde aber auch deswegen als Tagungsort ausgeguckt, um die einzige »andersgeartete« Jugendeinrichtung zu unterstützen. Während anfangs Azubis insbesondere aus zwei Ausbildungsklassen kamen, waren es später einzelne, die kritisch eingestellt sind und sich über Gewerkschaften und andere Themen informieren wollen. Andere haben in PB eine Bude und suchen über die Azubi-Gruppe auch persönlichen Anschluß. Alle versuchen die Isolation in ihren Klassenverbänden durch das Treffen zu überwinden und sich irgendwie gegen die Strukturen in der Ausbildung zu wehren. Jugendvertreter arbeiten mit, weil sie entweder schon vor Amtsübernahme dabei waren oder ihrer Abgehobenheit als JV etwas entgegensetzen wollen.

Die Arbeit der Azubi-Gruppe wird im KuKoZ gutgeheißen, und es wird punktuell darüber diskutiert, was so etwas bringt. Es gab Aktionen in Zusammenhang mit dem Kukoz, z.B. eine Soli-Fete zum Bergarbeiterstreik, veranstaltet von Azubis, Schülern und Kukoz, oder ein Gespräch mit der Gewerkschaft der Polizei in Zusammenhang mit Polizeiübergriffen gegen das KuKoZ. Diese Art von Gewerkschaftsarbeit wurde im Kukoz als eine von mehreren Möglichkeiten, politisch zu arbeiten, akzeptiert.

Gewerkschaften allgemein werden wohl als notwenige Organisationen anerkannt im KuKoZ, laufende Aktionen wie zum § 116 gutgeheißen, aber man fühlt sich damit nicht verbunden, hat damit nichts zu tun. Den meisten KuKoZ-Aktiven ist eine solche Form der politischen Arbeit fremd, wo die Kritik an einer verkrusteten Struktur wie der Gewerkschaft und ein gewisser Einfluß darauf nur durch kontinuierliche Arbeit möglich ist und voraussetzt, Mitglied zu sein. Für sie sieht diese Form der politischen Arbeit nach dem berüchtigten »Gang durch die Institutionen« aus, und man lehnt es ab, sich in irgendeiner Form, und sei es taktisch notwendig, einbinden zu lassen, weil damit der Verlust von inhaltlichen Standpunkten gleichgesetzt wird.

Das Spektrum der sogenannten Autonomen im KuKoZ ist am schwersten faßbar. Als Autonome politisch aktiv, auch überregional, sind sehr wenige, an Aktionen in autonomer Richtung beteiligen sich aber viele KuKoZler, z.B. an Demos gegen Rekrutenvereidigung oder Aktionen gegen Neo-Nazis. Die meisten Jugendlichen empfinden sich selbst als »links«, ohne festgelegt zu sein. Allgemein zählt für sie, inwieweit jemand mitanpackt und auch, ob jemand Mauscheleien mit Parteien und Stadt an Stelle von Aktionen bevorzugt. Die Anti-Haltung gegenüber diesem Staat führt bei einem Teil zur Orientierung an autonomen Positionen, weil diese Unmut am ehesten integrieren können, da sie sich am kompromißlosesten von allem Etablierten abgrenzen (gemessen an Grünen, SPD) und die Möglichkeiten, sich praktisch zu wehren, von Sprühaktionen bis Bewaffnung gegen Neo-Nazis, einschließen. Das Abgrenzen, egal wie politisch, drückt sich erstmal als Subkultur aus *durch gemeinsame Musik*, Äußerlichkeiten, Einstellungen. Jedoch geht das bei einzelnen weiter, sie werden politischer, sei es durch Erfahrungen mit der Stadt oder Polizei oder wachsendem Interesse an verschiedenen politischen Strömungen z.B. an der autonomen Szene außerhalb von PB, oder an Anarchismus und Politik überhaupt.

Diese Haltung macht es einerseits Parteien fast unmöglich, diese Jugendlichen an sich zu binden, und erschwert den Zugang für all diejenigen, deren politische Tradition in anderen Zusammenhängen gewachsen ist. Sie trägt aber andererseits zur weiteren Isolierung bei, weil es auch für andere Jugendliche schwierig wird, an den harten Kern der Aktiven heranzukommen und von ihm für voll genommen zu werden, und weil sie die Suche nach Bündnispartnern behindert.

In den politischen Aktionen des KuKoZ kommt diese Haltung ebenfalls zum Ausdruck. Wenn immer wieder Rats- oder Ausschußsitzungen besucht werden, geht es nur zum Teil um die Hoffnung, daß bei diesen Sitzungen konkrete Erfolge für KuKoZ herauskommen. Ebenso wichtig ist, die »Honoratioren« mit dem »Abschaum« zu konfrontieren und Präsenz zu zeigen.

Von den Jugendlichen hat kaum jemand Interesse daran, eine längerfristige Vorgehensweise gegenüber der Stadt zu entwickeln oder sich gar an Verhandlungen mit Vertretern von Rat und Verwaltung zu beteiligen. Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen, Verhandlungen mit Ämtern und Parteien usw. wurden seit Eröffnung des Zentrums von einem kleinen Kreis von Leuten gewährleistet, die z.T. langjährige politische Erfahrung gesammelt haben oder bereits sehr lange im KuKoZ arbeiten.

Der Paderborner CDU, mit 60% der Wählerstimmen seit langem politisch entscheidende Kraft der Stadt, war das KuKoZ von Anfang an ein Dorn im Auge. Es war Ausgangspunkt spontaner Demonstrationen, auf seinen Plakatständern war ein brennendes Paderborner Rathaus zu sehen, es wurde mit Sprühparolen auf Hauswänden, z.B. anläßlich des Todes des Demonstranten Jürgen Rattay in Berlin, in Verbindung gebracht. Die CDU sah im KuKoZ schon lange auch einen Ort, an dem sich »politische Gewalttäter« treffen und organisieren könnten.

Dennoch hatte sie das KuKoZ 1984 und 1985 mit Zuschüssen (Verlustzuschuß von 50%) zum Kulturprogramm von 6000 bzw. 20000 DM unterstützt. Die Arbeitsverwaltung hat dem Zentrum bisher fünf ABM-Kräfte bezahlt. Daß diese angesichts der Kosten unzureichende Unterstützung überhaupt geleistet wurde, hat im wesentlichen zwei Gründe: Zum einen war auch für die Stadt klar, daß das KuKoZ Kultur- und Jugendarbeit leistete, die kein anderer Träger in Paderborn abdecken konnte. Den weitsichtigeren Leuten in der CDU war klar, daß das KuKoZ Gruppen von Jugendlichen »versorgt«, die die städtische und kirchliche Jugendarbeit selbst beim besten Willen nicht erreichen kann: Sogenannte Problemjugendliche, Flippis, Punker, Rocker, Drogies usw.

Zum anderen ermöglichte die geringe finanzielle Unterstützung der CDU, eine abwartende Haltung einzunehmen. Sie konnte die innere Entwicklung des Zentrums beobachten und herausfinden, inwieweit das KuKoZ zu Zugeständnissen bereit und fähig sein würde, wenn dafür mehr Geld flösse. Sie konnte andererseits darauf hoffen, daß die mit der finanziellen Misere des Zentrums verbundenen ständigen Anspannungen für die aktiven KuKoZler zu einer inneren Auszehrung des Zentrums beitragen würden, die entweder eine Schließung des Zentrums oder — als unwahrscheinliche Möglichkeit — eine Weiterführung durch die Stadt ermöglichen würde.

Daß diese Politik nicht unbefristet weitergefahren werden konnte, wurde der CDU klar, als sie im Frühjahr über die weitere Nutzung einer ehemaligen Brauereivilla zu entscheiden hatte.

## Verstärkter Druck aufs KuKoZ

Hatten in der Vergangenheit Ämter und Behörden das KuKoZ weitgehend in Ruhe gelassen, Probleme unbürokratisch und informell geregelt und vor allem die Discos, für die das KuKoZ nie eine Konzession hatte, geduldet, tauchte nach der Brauerei-Villa-Debatte die Polizei des öfteren beim KuKoZ auf, um die laute Musik zu bemängeln. Als bei einem dieser Einsätze der Discjockey festgenommen werden sollte, kam es zu heftigen verbalen Auseinandersetzungen zwischen den Polizisten und dem Publikum. Zwei Besucher wurden festgenommen. Daraufhin gab es eine spontane Demonstration von 50 Leuten zum Polizeipräsidium. Später in der Nacht folgt eine Durchsuchung des Zentrums. In den folgenden Tagen gehen die Bemühungen der Polizei, ihren Einsatz zu rechtfertigen, einher mit verstärktem Druck der städtischen Ämter. Während die Polizei das KuKoZ als eine Brutstätte politischer Gewalt darstellt, bemängeln Ordnungs-, Bauaufsicht-, Gesundheitsamt den Zustand des Zentrums, die Lärmbelästigung der Anwohner und stellen so das KuKoZ als Dreckloch und Quelle ständiger Störungen hin.

Auf diesem Hintergrund lehnt die CDU jetzt alle finanziellen Forderungen des KuKoZ ab. Dem KuKoZ flattert ein Brief ins Haus, der die Unterbindung unkonzessionierter Musikveranstaltungen fordert. Die CDU hatte sich so ihrer Selbstverpflichtung, ein Konzept für das KuKoZ vorzulegen, ohne Schaden entledigt. Auch die Versuche, der öffentlichen Kampagne entgegenzuwirken, Aktionen in der Stadt, Leserbriefe, vorsichtige Unterstützung durch SPD und GRÜNE, haben das nicht verhindern können. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung sind für die Paderborner Bürger immer noch gewichtigere Anliegen als die Interessen einer Gruppe von Jugendlichen. Die CDU hätte die Schließung auf dem kalten, dem Verwaltungswege erzwingen können. Sie entschied sich für einen anderen Weg:

Anfang November 1985 beschloß der Stadtrat, das Gebäude eines ehemaligen Möbel-SB für 2 Millionen DM aufzukaufen und zu einer »Kulturwerkstatt« auszubauen. Die Stadt trägt damit dem Umstand Rechnung, daß es auch in Paderborn eine große Zahl von alternativen Freizeitschaffenden gibt, daß Alternativkultur und Kleinkunst Anhänger bis weit in bürgerliche und kleinbürgerliche Kreise haben. Sie läßt sich den Versuch einiges kosten, dieses Potential unter ihre Fittiche zu nehmen: Bei jährlichen Folgekosten von mindestens 100000 DM sollen auf über 3000 qm Musik-, Theater-, Bastel- und sonstige Freizeitgruppen, das gesamte Spektrum der »alternativen« Kulturarbeit und Freizeitgestaltung, Gruppen- und Werkräume und Auftrittsmöglichkeiten erhalten.

Für die CDU war in diesem Zusammenhang zentral, daß die »Kulturwerkstatt« in der Trägerschaft der Stadt geführt wird, daß die Stadt Benutzerordnung und Konzept bestimmt und daß das Zentrum von einem Angestellten der Stadt geleitet wird — selbstverständlich sollen die Besucher mitbestimmen und ihre unbezahlte Arbeit einbringen dürfen. Von der politischen Kontrolle über die Kulturwerkstatt versprechen Stadt und CDU sich, den politisch und sozial »auffälligen« Teil der Jugend- und Kulturszene von vornherein raushalten zu können. Aus der Kulturwerkstatt soll keine Molliwerkstatt werden.

In Bezug auf das KuKoZ kann die Stadt damit den Besuchern und Aktiven, die das KuKoZ vor allem als Kulturzentrum schätzen, ein eigenes Angebot machen. Die Unsicherheit, wie diese Leute reagiert hätten, wenn das KuKoZ dichtgemacht worden wäre, ohne daß es Ersatz gegeben hätte, ist dadurch wesentlich geringer geworden. Den Rest der KuKoZler, vor allem Punks und Autonome, kann man nun noch unbesorgter auf die Straße schicken.

## Das Dilemma des KuKoZ

Wie in dieser Situation praktisch reagiert wurde, zeigt die Grenzen des politischen Bewußtseins im KuKoZ: Nachdem geklärt war, daß das Zentrum früher oder später das schon ziemlich marode Gebäude verläßt auf Basis eines ausgehandelten Kompromisses mit dem Zwangsverwalter (sprich der Sparkasse PB) über den Erlaß eines großen Teils der aufgesammelten Mietrückstände, gab es umfangreiche Auseinandersetzungen im KuKoZ über die Zukunft der Arbeit bei gleichzeitiger Auswertung der gemachten Erfahrungen.

Während auf der einen Seite von den Autonomen und den politischeren KuKoZlern die Vorstellung vertreten wurde, das Zentrum zu verkleinern, die anfallenden praktischen Arbeiten zu verringern, um sich mehr politischer Arbeit widmen zu können, gab es mindestens genauso viele Leute mit der Vorstellung, mit einem größeren, professionelleren Zentrum, als es das KuKoZ ist, mit der Kulturwerkstatt in Konkurrenz zu treten. Das Beibehalten der Forderungen nach Selbstverwaltung und der Versuch, ein eigenes Konzept in Zusammenarbeit mit Gruppen wie dem Frauenstadtplenum, der Azubi-Gruppe, der Initiative gegen Jugendarbeitslosigkeit u.a. durchzusetzen, wurde von vornherein als Verschleiß der eigenen Leute angesehen. Daraus folgten 2 wichtige Konsequenzen:

**1.** Die Konflikte um die beiden Vorstellungen von einem neuen Zentrum stellten im KuKoZ kurzzeitig auch den persönlichen Zusammenhang in Frage, dies wurde zugunsten der unpolitischeren Möglichkeit gelöst: dem Versuch, ein größeres, ausbaufähigeres Gebäude anzumieten.

**2.** Die wenigen anderen Gruppen aus dem alternativen Spektrum, die das KuKoZ immer unterstützt hatten, engagierten sich erstmal weiter in Bezug auf die Kulturwerkstatt, um auf die Konzeption Einfluß nehmen zu können. Damit hatte sich das KuKoZ noch weiter isoliert.

Die Stadt wird mit der Kulturwerkstatt die Differenzierung der Paderborner Jugend in einen Teil, der von offiziellen Angeboten erreicht wird, und einen — noch kleineren — Teil, der so nicht mehr erreicht werden kann, vorantreiben (ein Prozeß, der in anderen Städten schon wesentlich weiter fortgeschritten ist als in Paderborn). Sie schafft sich damit bessere Voraussetzungen für den Versuch, den letzteren Teil polizeilich in den Griff zu kriegen.

Zumindest die Mehrzahl der Aktiven im KuKoZ hat die Erfahrung gemacht und macht weiter die Erfahrung, daß sie ausgegrenzt werden, daß für ihre Ansprüche und Bedürfnisse in Paderborn kein Platz ist, daß ihr Versuch, einen für sie wichtigen, in erster Linie persönlichen Zusammenhang aufzubauen, zerschlagen wird, weil sie politisch nicht genehm sind. Sie machen die Erfahrung, daß sie bei ihrem Versuch, diesen Zusammenhang zu retten, im Grunde allein dastehen, daß von den politischen Parteien keine echte Unterstützung zu erwarten ist (die Gewerkschaften sind in dieser Frage völlig außen vor), daß auch keine andere politische Kraft besteht, die diese Unterstützung leisten kann. Diese Erfahrung, auf sich allein gestellt und zugleich machtlos zu sein, muß auf der einen Seite Unmut und Haß auf dieses System und seine Institutionen schüren, auf der anderen Seite aber bei vielen die Hoffnung zerstören, durch eigenen Einsatz Erfolge erzielen zu können. Anhand dieser Erfahrungen werden — wenn überhaupt — nur einzelne die politischen Mechanismen in Paderborn begreifen oder gar den Weg zu organisierter politischer Arbeit finden.

Aber selbst wenn das KuKoZ geschlossen wird: Seine Besucher, Symphatisanten und Mitarbeiter bleiben mit diesen Erfahrungen in Paderborn. Jugendliche, die diese Erfahrungen nicht gemacht haben, denen aber auch das KuKoZ fehlen wird und eine städtische Kulturwerkstatt nicht ausreicht, werden nachwachsen. Die Entwicklungen in der Gesellschaft, die diese Jugendlichen dazu zwingen oder bewegen, nach anderen als den normalerweise angebotenen Möglichkeiten für ihr Leben zu suchen, werden auch in Paderborn wachsen. Die Stadt Paderborn mag das Problem KuKoZ vom Tisch haben. Sie wird sich andere Probleme einhandeln. Die Paderborner Bürger werden die alte, wieder herbeigesehnte Ruhe auch dann nicht finden, wenn das KuKoZ dicht ist.

## Nachtrag

Das KuKoz ist seit dem 1.6.86 geschlossen. Neue Räumlichkeiten sind nicht in Aussicht. Die Schließungswoche konnte die Stadt nochmals zu einer großangelegten Diffamierungskampagne gegen das KuKoz benutzen, da sie ein auf Flugblättern angekündigtes Punkkonzert, verbunden mit der Aufforderung, die Schließung zu verhindern (was nicht mit dem KuKoz abgesprochen war), als Vorwand für einen Großensatz der Polizei benutzen konnte.

»KuKoz auf der Straße« nennt sich der kleine Rest von Aktiven, der durch Aktionen und Veranstaltungen versuchen will, den Zusammenhang aufrechtzuerhalten. Doch der fehlende Raum als Anlaufpunkt auch für Außenstehendere bewirkt, daß sich der Informationsfluß und die Planung für weitere Aktionen innerhalb enger persönlicher Kreise bildet und zum Teil auch nicht darüber hinausgeht. Wer nicht zum Kern gehört, kriegt nicht so viel mit und verliert langsam aber sicher den Zusammenhang.

Die symbolische Besetzung eines leeren städtlischen Raumes, sowie die nachfolgende Besetzung der ehemaligen Polizeistation wurde von der Stadt dazu benutzt, den KuKoz-Verein und dessen Vorstandsmitglieder zu kriminalisieren, als Verantwortliche für die widerrechtliche Aneignung fremden Besitzes, was in der örtlichen Lokalpresse so weit ging, daß der zuständige städtische Beigeordnete behauptete, das KuKoz verstoße gegen das Grundgesetz.

Parallel dazu erklärte die CDU schon im Juni ihre direkte Ablehnung einer weiteren Förderung des KuKoz und beantragte nachfolgend die Aberkennung des Status »Träger der freien Jugendhilfe« nach Jugendwohlfahrtsgesetz.

Von Seiten der KuKoz versucht man neben den Auseinandersetzungen mit der Stadt durch größere Veranstaltungen mit der bewährten Mischung aus Musik und ein bißchen Politik wieder öffentlich ein Bein an die Erde zu kriegen. So wurde ein zweitägiges Festival »Rock gegen Rechts« organisiert und im Oktober fand ein zweitägiger »Landespaukenschlag« mit etlichen selbstverwalteten Zentren aus NRW statt. Zwei Dinge wurden hierbei deutlich. Die KuKoz-Veranstaltungen finden nach wie vor Anklang, aber nicht mehr als andere gute Veranstaltungen auch, und sie führen nicht dazu, daß Besucher sich verstärkter mit der Situation des KuKoz auseinandersetzen, auf ein neues Zentrum drängen. Zum anderen ist die gesamte Arbeitskapazität der jetzt noch Aktiven für die Organisation dieser Veranstaltungen eingesetzt; hier fängt für die Leute mit noch etwas politischeren Ansprüchen die Arbeit an, völlig sinnlos zu werden. Man begibt sich wieder in die Rolle des alternativen Kulturanbieters in Paderborn, was für viele nicht mehr mit den Erfahrungen übereingeht. ■